

# Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

**1981**

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

DEZEMBER



## INHALT

---

### Entwicklung und Tendenzen der amtlichen Statistik

- 255 Vor 25 Jahren wurde der Statistische Landesausschuß Rheinland-Pfalz konstituiert. Dies ist Anlaß, die Entwicklungslinien der amtlichen Statistik aufzuzeigen und eine Standortbestimmung für die 80er Jahre zu versuchen.
- 

### Zu- und Fortzüge 1950 bis 1980

- 260 Wanderungen über die Landesgrenzen hängen in erster Linie von der wirtschaftlichen Entwicklung ab. Die Binnenwanderung orientiert sich mehr am Wohnungsmarkt.
- 

### Wachstumsbranche Straßenfahrzeugbau

- 265 Moderne Produktionsstätten in Wörth und Kaiserslautern verändern die Wirtschaftsstruktur dieser Räume. Jeder dritte Arbeitsplatz der Industrie in Kaiserslautern befindet sich im neuen Opelwerk, im Landkreis Germersheim jeder zweite in der LKW-Fertigung von Daimler-Benz.
- 

### Kaufkraft der D-Mark im Ausland

- 271 Die Kaufkraft der D-Mark im Ausland hängt nicht allein vom jeweiligen Wechselkurs ab. Über Verbrauchergeld- und Reisegeldparitäten läßt sich feststellen, ob beim Umtausch der D-Mark in andere Währungen für im Ausland lebende Deutsche und Touristen ein Kaufkraftgewinn oder -verlust eintritt.
- 

### Fächerwahl in der Mainzer Studienstufe 1975 bis 1980

- 273 Entsprechend einer Vereinbarung der Kultusministerkonferenz von 1972 wurden in allen Bundesländern die gymnasialen Oberstufen reformiert. Das rheinland-pfälzische Oberstufenmodell, die Mainzer Studienstufe, ermöglicht jedem Schüler die Wahl der Fächerkombination, die seiner Eignung und Neigung am ehesten entspricht und sichert dabei die notwendige Grundbildung.
- 

### Auszubildende 1980

- 278 Die Zahl der Auszubildenden hat in Rheinland-Pfalz seit 1976 beachtlich zugenommen. Sie erreichte 1980 über 109 000. Strukturdaten über die Auszubildenden lassen sich aus der 1980 auf freiwilliger Basis durchgeführten Berufsbildungsstatistik und aus der Statistik über Schüler an Berufsschulen gewinnen.
- 

### Anhang

- 81\* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz  
87\* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes
-



### **Amtliche Statistik in den 80er Jahren**

Nach dem Auf- und Ausbau und der technischen Perfektionierung geht die amtliche Statistik mit schwerwiegenden Problemen in die 80er Jahre. Bereits vor einigen Jahren begann sich eine Diskrepanz zwischen den Anforderungen und Aufgaben einerseits und den verfügbaren Mitteln zu ihrer Erfüllung andererseits abzuzeichnen. Nicht nur die immer knapper werdenden Finanzmittel der öffentlichen Haushalte führten zu einer zunehmenden Erschwerung der statistischen Arbeit, sondern auch eine kritischere Einstellung von Bevölkerung und Wirtschaft zur Verwaltung sowie ein wachsendes Datenschutzbedürfnis des einzelnen Bürgers. ku

Mehr über dieses Thema auf Seite 255

### **Zahl der Auszubildenden steigt weiter an**

Ende Dezember 1980 bestanden in Rheinland-Pfalz 109 343 Auszubildendenverhältnisse. Gegenüber 1976, als die Zahl der Auszubildenden mit 78 766 ihren tiefsten Stand erreicht hatte, bedeutet dies eine Steigerung um 39%. Doch auch im Vergleich zum Vorjahr fiel die Steigerungsrate mit 4,6% noch deutlich aus.

Unter den Auszubildenden sind die Mädchen in der Minderheit, denn nur 37% der Auszubildendenverträge waren von weiblichen Jugendlichen abgeschlossen worden.

Drei von zehn Auszubildenden befanden sich im ersten Ausbildungsjahr, 37% im zweiten und 29% im dritten Ausbildungsjahr. Knapp 4% absolvierten ein viertes Ausbildungsjahr, was nur für wenige Berufe mit einer Ausbildungsdauer von dreieinhalb Jahren erforderlich ist. ke

Mehr über dieses Thema auf Seite 278

### **Zahl der Gruppen an Schulkindergärten gleich geblieben**

Der Rückgang der Geburtenzahlen wirkt sich auch auf die Zahl der Kinder an vorschulischen Einrichtungen aus. Die Schulkindergärten, die an 79 Grundschulen in Rheinland-Pfalz eingerichtet sind, werden im Schuljahr 1981/82 von 803 Kindern besucht. Das sind 32 Schüler weniger als vor einem Jahr. Die Sonderschulkindergärten, die drei Sonderschulen angeschlossen sind, unterrichten im laufenden Schuljahr 53 Schüler und damit 8 weniger als vor einem Jahr.

Da trotz rückläufiger Schülerzahlen die Zahl der Gruppen an Schulkindergärten (80) und an Sonderschulkindergärten (8) konstant gehalten wurde, verbesserte sich die durchschnittliche Gruppengröße an Schulkindergärten gegenüber dem Vorjahr von 10,4 auf 10 Kinder je Gruppe, an den Sonderschulkindergärten von 7,6 auf 6,6 Kinder.

An dem auslaufenden Schulversuch mit Vorschulen sind im Schuljahr 1981/82 noch zwei Grundschulen beteiligt, an denen zur Zeit in zwei Gruppen 27 Schüler unterrichtet werden. ke

### **Kleinere Klassen an Grund- und Hauptschulen**

Weiterhin rückläufige Schülerzahlen kennzeichnen die Situation an den Grund- und Hauptschulen in Rheinland-Pfalz. Im Schuljahr 1981/82 werden an den 1 191 Grund- und Hauptschulen 287 798 Schüler unterrichtet. Das sind rund 21 200 weniger als im Vorjahr.

Von den sinkenden Schülerzahlen sind alle Klassenstufen betroffen. Im Primarbereich (Klassenstufen 1 bis 4) war der Rückgang stärker als im Sekundarbereich I (Klassenstufen 5 bis 10). Im laufenden Schuljahr werden im Primarbereich 151 945 Schüler unterrichtet (Vorjahr 163 570), im Sekundarbereich I 135 853 (145 451).

Da die Zahl der Klassen nicht so stark reduziert wurde, wie es den rückläufigen Schülerzahlen entsprechen würde, verbesserte sich die Relation Schüler je Klasse an Grund- und Hauptschulen weiter. 1981/82 wurden 11 773 Klassen gebildet (1980/81: 12 000), wodurch die durchschnittliche Klassengröße auf 24,4 (Vorjahr 25,8) zurückging. Das bedeutet, daß im laufenden Schuljahr im Durchschnitt jede Klasse zehn Schüler weniger hat als im Schuljahr 1970/71. Die durchschnittliche Klassengröße liegt zur Zeit im Primarbereich bei 22,1 (Vorjahr 23,5), im Sekundarbereich I bei 27,7 (28,9). ke

### **Mehr Klassen, aber weniger Schüler an Sonderschulen**

Die seit dem Schuljahr 1977/78 in Rheinland-Pfalz zu beobachtende rückläufige Tendenz der Schülerzahlen an Sonderschulen setzte sich auch im Schuljahr 1981/82 fort. Im laufenden Schuljahr werden an den 156 Sonderschulen des Landes 16 814 Schüler und damit 1 280 weniger als im Vorjahr unterrichtet. Gleichzeitig stieg die Zahl der Klassen auf 1 510 (Vorjahr 1 497), wodurch sich die Relation Schüler je Klasse von 12,1 im Vorjahr auf 11,1 im laufenden Schuljahr verbesserte.

Zahlenmäßig am stärksten wirkte sich der Rückgang der Schülerzahlen an den 92 Schulen für Lernbehinderte aus, an denen in diesem Schuljahr 11 547 Schüler (Vorjahr 12 678) in 785 Klassen unterrichtet werden. Die 42 Schulen für Geistigbehinderte werden von 2 866 Kindern (Vorjahr 3 022) besucht, die zu 398 Klassen zusammengefaßt sind. Auch die vier Schulen für Verhaltensbehinderte und die drei Schulen für Gehörlose und Hörbehinderte haben mit 341 (Vorjahr 375) bzw. 580 (595) geringere Schülerzahlen als im Vorjahr, während die acht Schulen für Körperbehinderte von mehr Schülern besucht werden als im Vorjahr (1 019 gegenüber 1 004). Ebenso werden an der Schule für Blinde und Sehbehinderte mit 191 (Vorjahr 179) und den sechs Schulen für Sprachbehinderte mit 270 (241) im laufenden Schuljahr mehr Schüler unterrichtet als noch vor einem Jahr. ke



### **Relation Schüler je Klasse an Realschulen weiter verbessert**

An den 104 Realschulen des Landes werden im laufenden Schuljahr 67 969 Schüler unterrichtet. Das sind fast 1 000 Schüler weniger als vor einem Jahr (68 924). Da trotz rückläufiger Schülerzahlen mehr Klassen (2 152) gebildet wurden als 1980/81, verbesserte sich die durchschnittliche Klassengröße an Realschulen von 32,2 im vergangenen Jahr auf nunmehr 31,6 Schüler je Klasse. ke

### **Erstmals weniger Schüler an Gymnasien**

Im Schuljahr 1981/82 werden an den 139 rheinland-pfälzischen Gymnasien 125 524 Schüler unterrichtet. Damit ging an diesen Schulen die Schülerzahl erstmals zurück, und zwar um rund 1 300 gegenüber dem Vorjahr (126 845). In den vergangenen Jahren war sie ständig angestiegen.

Die rückläufige Entwicklung der Schülerzahlen betrifft allerdings nur den Sekundarbereich I (Klassenstufen 5 bis 10) der Gymnasien. Dort werden im laufenden Schuljahr 87 655 Schüler und damit 2 600 weniger als im Vorjahr unterrichtet. Der Rückgang der Schülerzahlen in dieser Schulstufe bei einer nahezu gleichgebliebenen Zahl von Klassen (1981/82: 2 778, 1980/81: 2 783) führte zu einer Verbesserung der durchschnittlichen Klassengröße von 32,4 im Vorjahr auf 31,6 im laufenden Schuljahr.

In der Sekundarstufe II (Jahrgangsstufen 11 bis 13) werden zur Zeit mehr Schüler unterrichtet als vor einem Jahr. Die Schülerzahl stieg hier von 36 551 im Vorjahr auf 37 869 an. ke

### **Mehr als 3 000 Schüler an Integrierten Gesamtschulen**

An den drei Integrierten Gesamtschulen, die in Rheinland-Pfalz als Schulversuch eingerichtet sind, werden im Schuljahr 1981/82 insgesamt 3 012 Schüler unterrichtet. Das sind rund 100 Schüler mehr als im Vorjahr. Diese Zunahme ist ausschließlich darauf zurückzuführen, daß an der im vergangenen Jahr neu errichteten Integrierten Gesamtschule in Ludwigshafen mit Einrichtung der sechsten Klassenstufe eine weitere Klassenstufe hinzugekommen ist. Damit wird diese Schule im laufenden Schuljahr von 384 Schülern besucht. An den beiden voll ausgebauten Integrierten Gesamtschulen werden in Kaiserslautern in den Klassenstufen 5 bis 13 und in Kastellaun in den Klassenstufen 5 bis 10 insgesamt 1 562 bzw. 1 066 Schüler unterrichtet.

Im Sekundarbereich I der Integrierten Gesamtschulen wurden 87 Klassen gebildet. Damit liegt an diesen Schulen im Sekundarbereich I die durchschnittliche Klassengröße bei 30,4.

Auch an den beiden Freien Waldorfschulen des Landes, die 1979 in Mainz und 1980 in Trier neu einge-

richtet wurden, stiegen die Schülerzahlen an, was ebenfalls auf die Aufbauphase dieser Schulen zurückzuführen ist. Zur Zeit werden an diesen beiden Schulen 341 (Vorjahr 270) Schüler in elf Klassen unterrichtet. ke

### **In Leistungskurskombinationen mit Fremdsprachen dominieren Mädchen**

Im Schuljahr 1980/81 wurden in der Mainzer Studienstufe, dem System der reformierten Oberstufe von Rheinland-Pfalz, 36 830 Schüler unterrichtet, 13 391 davon in Jahrgangsstufe 11.

Bei der Wahl der Fächerkombination, die die Mainzer Studienstufe den Schülern ermöglicht, zeigten die Schüler der Jahrgangsstufe 11 auch 1980/81 deutliche Präferenzen für Fächerkombinationen, in denen ein gemeinschaftskundliches Fach als Leistungsfach vertreten ist. 64% aller Schüler entschieden sich für eine der fünf Kombinationen Fremdsprache - Deutsch - Gemeinschaftskunde, Fremdsprache - Naturwissenschaft - Gemeinschaftskunde, Mathematik - Naturwissenschaft - Gemeinschaftskunde, Naturwissenschaft - Deutsch - Gemeinschaftskunde oder Naturwissenschaft - Naturwissenschaft - Gemeinschaftskunde. Der Trend zu solchen Kombinationen hält schon seit einigen Jahren an, gleichzeitig ging das Interesse für Leistungskurskombinationen mit Mathematik zurück.

Das Wahlverhalten von Schülern und Schülerinnen zeigt deutliche Unterschiede. Mädchen bevorzugen Kombinationen, in denen Fremdsprachen Leistungsfächer sind. Sechs von zehn Mädchen der Jahrgangsstufe 11 entschieden sich 1980/81 für eine Leistungskurskombination mit mindestens einer Fremdsprache, bei den Jungen waren es nur vier von zehn. Kombinationen mit Mathematik als Leistungsfach waren dagegen in der Regel eine Domäne der Jungen. ke

Mehr über dieses Thema auf Seite 273

### **Zahl der Kollegiaten steigt weiter**

Die Möglichkeit, an einem der drei Kollegs in Rheinland-Pfalz nachträglich die allgemeine Hochschulreife zu erwerben, wird von immer mehr Erwachsenen in Anspruch genommen. Im Schuljahr 1981/82 bereiten sich an den Kollegs in Koblenz, Mainz und Speyer 872 Erwachsene auf das Abitur vor. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Zahl der Kollegiaten um 77, gegenüber 1977, als die Zahl der Teilnehmer einen Tiefstand erreicht hatte, sogar um 330.

Als schulische Vorbildung hatten drei von zehn Kollegiaten den an einer Realschule erworbenen Sekundarabschluß I vorzuweisen, ein Viertel hatte vor Eintritt in das Kolleg eine Berufsfach- oder Berufsaufbauschule absolviert, jeder achte hatte als letzte schulische Vorbildung die Berufsreife an einer Hauptschule erlangt. ke



**In drei Jahrzehnten Wanderungsgewinne von 450 000 Menschen**

Zwischen 1950 und 1980 zogen 3,41 Millionen Menschen in Rheinland-Pfalz zu, 2,96 Millionen verließen das Land. Daraus ergibt sich ein Wanderungsgewinn von rund 450 000 Personen. Am höchsten war dieser im Jahre 1950, als mit der organisierten Umsiedlung von Flüchtlingen rund 160 000 Zuzüge aus anderen Bundesländern registriert wurden, denen nur gut 45 000 Fortzüge gegenüberstanden. Das ist ein Plus von fast 115 000 Menschen. Auch 1951 bis 1953 gab es noch überdurchschnittliche Wanderungsüberschüsse in Höhe von 42 000 bis 33 000. Auf 1 000 Einwohner bedeutete dies für 1950 einen Gewinn von 39,4, für 1953 immerhin noch von 10,6. Im folgenden Zeitraum gingen die Wanderungsgewinne auf weniger als 6 je 1 000 Einwohner zurück. In den Jahren 1959, 1967 und 1974 bis 1977 gab es mehr Fort- als Zuzüge.

Ein enger Zusammenhang besteht zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und den Zuzugszahlen. So gingen beispielsweise die Zuzüge von jeweils mehr als 120 000 Personen in den Jahren 1965 und 1966 mit der Rezession des Jahres 1967 auf nicht mehr ganz 104 000 Zuwanderungen zurück. Die wirtschaftliche Abschwächung wirkte sich besonders stark in den Jahren 1975 bis 1978 aus. Es zogen jährlich weniger als 90 000 Menschen nach Rheinland-Pfalz zu, nachdem im Zeitraum 1969 bis 1973 mit weit über 120 000 Zuzügen pro Jahr Höchstwerte erreicht worden waren. ko

Mehr über dieses Thema auf Seite 260

**Wachstumsbranche Straßenfahrzeugbau**

Durch die Ansiedlung von zwei Großbetrieben der Automobilindustrie in Wörth und Kaiserslautern hat sich dieser Fertigungsbereich zu einer bedeutenden Wachstumsbranche in Rheinland-Pfalz entwickelt. Damit wurde eine Strukturverschiebung bewirkt, durch die die Investitionsgüterindustrien, gemessen an der Zahl der Beschäftigten, zum bedeutendsten Produktionssektor aufrückten. Die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien fielen, vor allem bedingt durch den Beschäftigungseinbruch bei Steine und Erden, auf Platz zwei zurück, wodurch sich eine Annäherung an die Produktionsverhältnisse im Bundesgebiet vollzog.

Durch die erfolgreiche Industrieansiedlung in Kaiserslautern konnte der Schwäche der dort ansässigen Betriebe entgegengewirkt werden. Jeder dritte Arbeitsplatz der Industrie zählt in Kaiserslautern zum Automobilbereich, im Landkreis Germersheim sogar jeder zweite. Die Ausstrahlungen dieser Neuansiedlungen wirken weit in das Umland. Durch den beabsichtigten weiteren Ausbau der Infrastruktur dieser Räume dürfte sich die positive Entwicklung noch fortsetzen. sp

Mehr über dieses Thema auf Seite 265



---

## **kurz + aktuell**

---

### **Produktion in den ersten drei Quartalen 1981 um 1% über dem Vorjahresniveau**

Industrie und Handwerk von Rheinland-Pfalz produzierten in den ersten drei Quartalen 1981 um 1,1% mehr Waren als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Zu dieser positiven Entwicklung trug in erster Linie das Investitionsgütergewerbe mit einer Zunahme um 3,7% bei. Leicht überdurchschnittlich konnte auch der Grundstoff- und Produktionsgüterbereich seine Produktion steigern (+ 1,4%). Das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe übertraf das Vorjahresergebnis um 0,9%. Lediglich der Verbrauchsgütersektor verzeichnete einen Rückgang (— 2,7%). fn

### **Weiterer Anstieg der Auftragseingänge im September**

Die günstige Geschäftstätigkeit im verarbeitenden Gewerbe von Rheinland-Pfalz hat sich im September fortgesetzt. Mit einem Plus von 11,1% lagen die Auftragseingänge erneut deutlich über dem Vormonatsergebnis. Bei anhaltend guter Auslandsnachfrage (+ 13,1%) stiegen im September auch die Inlandsbestellungen kräftig an (+ 9,8%). Überdurchschnittliche Zunahmen verzeichneten der Verbrauchsgüterbereich (+ 14,5%), wozu hauptsächlich der saisonale Auftragsschub in der Schuhindustrie beitrug (+ 80%), und das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (+ 13,8%), mit erneut kräftig gestiegenen Bestelleingängen in der chemischen Industrie (+ 16,4%). Im Investitionsgütersektor nahmen die Aufträge um 7,1% zu.

In den ersten neun Monaten 1981 wurde die Orderfähigkeit des entsprechenden Vorjahreszeitraumes um 2,4% übertroffen (Inland — 0,8%; Ausland + 15,7%). fn

### **Baureifes Land 15% teurer, Rohbauland 12% billiger**

Im ersten Halbjahr 1981 wurden in Rheinland-Pfalz 6,1 Millionen Quadratmeter Bauland verkauft. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum bedeutet dies eine Verringerung der Kauffälle um 14% und der Fläche um 23%. Drei Fünftel der umgesetzten Fläche waren baureifes Land, ein Fünftel entfiel auf Rohbauland. Die restliche Fläche verteilt sich auf Industrieland, Land für Verkehrszwecke und Freiflächen.

Der Preis für baureifes Land verteuerte sich gegenüber dem 1. Halbjahr 1980 um 15% auf 64,47 DM je Quadratmeter, während er für Rohbauland um 12% auf 31,60 DM zurückging.

Mit zunehmender Gemeindegröße stiegen die Baulandpreise deutlich an. Sie betrugen in Gemeinden unter 2 000 Einwohnern für baureifes Land 29,47 DM und für Rohbauland 17,79 DM, in Großstädten hingegen 253,81 DM bzw. 60,46 DM. sn



### Entwicklung und Tendenzen der amtlichen Statistik

Im Erlaß der Landesregierung über das Statistische Landesamt und den Statistischen Landesausschuß vom 8. Mai 1956 sind die Aufgaben dieser beiden Institutionen geregelt. Am 21. August 1981 tagte der Statistische Landesausschuß, der das Statistische Landesamt bei Durchführung seiner Aufgaben berät und dem Vertreter der Staatskanzlei, der Ministerien, des Rechnungshofs, der kommunalen Spitzenverbände, der Kammern, der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, der Universität Mainz und der Landeszentralbank angehören, zum zwanzigsten Mal. Dies ist Anlaß für einen Rückblick auf die Entwicklung der letzten 25 Jahre und eine Standortbestimmung der amtlichen Statistik für die 80er Jahre. Im Mittelpunkt der Betrachtung soll die amtliche Statistik im engeren Sinne stehen, das heißt die von den Statistischen Landesämtern und vom Statistischen Bundesamt bearbeitete originäre und sekundäre Statistik für Bundeszwecke.

Die Entwicklung der deutschen amtlichen Statistik läßt drei große Abschnitte, mit freilich fließenden Übergängen, erkennen:

- bis etwa 1965 Neuaufbau der Statistik mit dem Ziel, zu einem statistischen Gesamtbild der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur und des Wirtschaftsablaufs zu gelangen,
- von etwa 1965 bis 1975 Auf- und Ausbau statistischer Informationssysteme im Sog wachsender Anforderungen und technischer Entwicklungen,
- seit etwa 1975 Erschwerung der statistischen Arbeit durch eine zunehmend kritische Einstellung von Bevölkerung und Wirtschaft zur Verwaltung, ein besonderes Datenschutzbedürfnis und die Einengung der Möglichkeiten der öffentlichen Haushalte.

Die Entwicklung in jeder dieser drei Phasen erhielt dabei ihre Impulse nicht nur aus politischen Zielsetzungen, sondern auch durch technische Entwicklungen auf dem Gebiet der Automation von Arbeitsabläufen sowie durch die Verbesserung und Verfeinerung statistischer Methoden.

#### Gestaltung eines statistischen Gesamtbildes

Als Stichwörter, welche die amtliche Statistik in der ersten Phase des Neuaufbaus und des Ausbaus des vorhandenen Instrumentariums zu einem statistischen Gesamtbild kennzeichnen, sind zu nennen: Rechts-

grundlagen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Stichprobenerhebungen, Europäische Gemeinschaften, Politische Entscheidungshilfen.

Mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) wurde 1953 jede bundesweite Erhebung an förmliche, rechtsverbindliche Anordnungen gebunden. Dieses statistische Grundgesetz bildete die Rechtsgrundlage für die statistische Arbeit und die hierzu erforderliche Vertrauensbasis zwischen Verwaltung und Bürger. Es verpflichtet den Bürger zur Auskunft und schützt seine Auskünfte vor Mißbrauch durch Regelung der Geheimhaltung von Einzelangaben. Es erschwerte aber auch der amtlichen Statistik die Aufgabe, Lücken im statistischen Instrumentarium zu schließen, weil für jede neue Statistik erst eine Rechtsgrundlage vorliegen mußte.

Entscheidende Anstöße zur Vervollständigung des Statistischen Gesamtbildes kamen durch die Aufstellung Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Für diese genühten nicht die Strukturdaten über Bevölkerung und Wirtschaft, wie sie aus der herkömmlichen Statistik greifbar waren. Es wurden hierzu auch Indikatoren der Konjunkturbeobachtung benötigt, wie sie nur aus kurzfristigen Erhebungen zu gewinnen sind, z. B. über die Entwicklung der Beschäftigung, der Produktion und der Umsätze, der Aus- und Einfuhr, der Löhne, Preise und Investitionen. Bei den Arbeiten zum Nachweis der Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialproduktes zeigten sich nämlich sowohl die Lücken im vorhandenen Material wie auch Unstimmigkeiten, welche den Zusammenbau verschiedener Einzelstatistiken erschwerten oder unmöglich machten (Begriffsabweichungen, uneinheitliche Klassifizierungen, Überschneidungen der Wirtschaftsbereiche).

Ein weiterer Schritt war die Regionalisierung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (1964 Bruttoinlandsprodukt für Kreise, 1974 Dreiseitenrechnung für Länder) durch den Arbeitskreis Sozialproduktberechnungen der Länder.

Die Bemühungen um eine Gesamtschau und eine Darstellung der Zusammenhänge beschränkten sich nicht auf den Bereich der Wirtschaftsstatistiken. Als Ausdruck der Bestrebungen nach lückenlosen und in sich stimmigen statistischen Systemen wurden statistische Rahmengesetze geschaffen, in denen bis dahin verstreut vorhandene Rechtsgrundlagen zusammengefaßt und koordiniert wurden. Das erste Rahmen-



gesetz dieser Art ist das Gesetz über die Finanzstatistik von 1960. 1966 folgte das Gesetz über Steuerstatistiken als eine einheitliche Rechtsgrundlage für alle Steuerstatistiken. Drei Jahre zuvor waren verschiedene Rechtsgrundlagen über öffentliche Sozialleistungen und ihre Empfänger in dem Gesetz über die Statistiken auf dem Gebiet der Sozialhilfe, der Kriegsopferfürsorge und der Jugendhilfe zusammengefaßt worden. Die in dieser ersten Entwicklungsphase der deutschen Nachkriegsstatistik gebildeten Ansätze kamen zum Teil erst später zum Tragen, so in den Rahmengesetzen über eine Bundesstatistik für das Hochschulwesen (1971), die Agrarberichterstattung (1974), die Umweltstatistiken (1974), die Statistiken im Produzierenden Gewerbe (1975), im Handel und Gastgewerbe (1975) sowie über eine Statistik der Beherbergung im Reiseverkehr (1980).

Ein frühes Beispiel für ein statistisches Rahmengesetz bildet das Gesetz über die Preisstatistik von 1958, das es durch seine Kann-Bestimmungen gestattete, ein nahezu geschlossenes Gesamtsystem der Preisstatistik auszubauen, das sich am System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ausrichtete und damit die Möglichkeit eröffnete, Wertgrößen zu deflationieren, also reale Entwicklungen (reales Wachstum des Sozialprodukts, Reallöhne usw.) aufzuzeigen und mit den Nominal-Entwicklungen zu vergleichen. Diese sind fester Bestandteil der heutigen Wirtschaftsanalyse, der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik.

Bei der Neuabgrenzung der Statistik nach dem Krieg sind aus dem Aufgabengebiet der Bundesstatistik ganze Bereiche ausgespart worden, weil hier bereits instruktive Statistiken anderer Stellen vorlagen. Dazu gehören die Statistiken der Bundesanstalt für Arbeit und der Sozialversicherungsträger. In diesen Bereichen gibt es kaum Erhebungen durch die statistischen Ämter; das Material dieser Institutionen wird in die Veröffentlichungen der amtlichen Statistik übernommen. Das gleiche gilt für die Bankenstatistiken, die von der Deutschen Bundesbank und den Landeszentralbanken über einen eigenen Berichtsweg erstellt werden. Auf eine enge Verzahnung mit dem statistischen Gesamtsystem ist dabei größter Wert gelegt worden.

Die zunehmende Hinwendung zu Stichprobenerhebungen, ermöglicht durch verfeinerte Auswahl- und Aufbereitungsmethoden, ist ebenfalls ein Kennzeichen dieser Aufbauphase der amtlichen Statistik. Ihren Vorteilen (relativ billig, schneller verfügbare Ergebnisse, Einsatz qualifizierterer Mitarbeiter, detailliertes Fragenprogramm) stehen als Nachteile gegenüber, daß bei zu geringem Repräsentationsgrad keine Regionalergebnisse mehr anfallen und daß bei zunehmendem zeitlichen Abstand zur Basiserhebung die Stichprobenauswahl und damit das Ergebnis ungenauer werden.

Der erste Versuch einer größeren Stichprobe erfolgte bei der Wohnungszählung 1956, als in die Totalerhebung eine zehnprozentige Stichprobe mit erweitertem Frageteil aufgenommen war. Ähnlich wurde bei der Volkszählung 1970 verfahren. Diese Methode

läßt sich jedoch nur im Rahmen von Totalzählungen anwenden und ist daher ungeeignet, zwischenzeitliche Strukturfeststellungen zu treffen oder Strukturveränderungen zu beobachten. Diese Aufgabe erfüllen inzwischen Repräsentativerhebungen, die in unterschiedlich regelmäßigen Abständen durchgeführt werden, nämlich Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen (erstmalig 1952), 1%-Wohnungss Stichproben (1957), Mikrozensus (1957), Repräsentative Bodennutzungserhebungen (1957), Einkommens- und Verbrauchsstichproben (1962), Arbeitskostenerhebungen (1972).

Stichprobenerhebungen sind für die Vervollständigung des statistischen Instrumentariums von nicht zu unterschätzender Bedeutung. So ist es über Wohnungsstichproben, Mikrozensus, Einkommens- und Verbrauchsstichproben erstmals gelungen, die Haushalts- und Familieneinkommen zu erfassen. Einkommens- und Verbrauchsstichproben haben darüber hinaus Erkenntnisse über die private Vermögensbildung und -verteilung vermittelt. Einkommen und Vermögen der privaten Haushalte als Endverbraucher aber haben ganz erhebliche Bedeutung unter anderem für die Verteilungs- und Verwendungsrechnung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Starken Einfluß auf die amtliche Statistik übte auch die Tatsache aus, daß sich die internationale Zusammenarbeit ständig verstärkte und namentlich die Europäischen Gemeinschaften von ihren Mitgliedstaaten zunehmend vergleichbare Statistiken forderten, insbesondere zunächst in den Bereichen der Landwirtschaft und der Montanindustrie, später auch für das gesamte produzierende Gewerbe und den Dienstleistungsbereich. Ein besonderes Problem stellte dabei die systematische Zuordnung des Handwerks dar, da es eine ähnliche Organisationsform in keinem anderen Staat gibt. Positiv wirkten sich die internationalen Bindungen auch für den Aufbau der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen aus, weil sie Sozialproduktsberechnungen als ersten Schritt zu Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen erzwangen, um die Beiträge der Mitgliedstaaten für die supranationalen Organisationen festlegen zu können.

Die stärksten Impulse für die Entwicklung der amtlichen Statistik gingen jedoch von den Anforderungen eines besseren ökonomischen Instrumentariums aus. Nachdem noch bis etwa Anfang der 60er Jahre die Statistik mehr einer retrospektiven Konjunkturbeobachtung und -analyse gedient hatte, stand ab etwa 1962 mit den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und verbesserten Basisunterlagen (Volkszählung 1961, kontinuierliche Zensus und Bereichszählungen) statistisches Material zur Verfügung, das zunehmend als Entscheidungshilfe für die Globalsteuerung herangezogen wurde.

Die Gesamtrechnungen bildeten die Grundlage für Eckdaten und Schätzungen zur Aufstellung der Haushaltspläne. Auch die Wirtschaftsbeobachtung bediente sich zunehmend der Kategorien und Größen der Gesamtrechnung. Das gleiche gilt für den 1963 instituierten Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.





Der Statistische Landesausschuß Rheinland-Pfalz befaßte sich anlässlich seiner 20. Tagung in Bad Ems im August 1981 mit der Darstellung des öffentlichen Gesamthaushaltes und mit der Entwicklung und den Tendenzen der amtlichen Statistik in den letzten 25 Jahren. Der Statistische Landesausschuß ist dem Statistischen Landesamt als beratendes Gremium zugeordnet. Vertreten sind in ihm Staatskanzlei, alle Ministerien, Rechnungshof, kommunale Spitzenverbände, Kammern, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, die Universität Mainz und die Landeszentralbank.

Mit dem 1967 verabschiedeten Stabilitäts- und Wachstumsgesetz wurden Projektionen und Prognosen verlangt, für die zeitnahe Daten über so wichtige Größen wie Beschäftigung, Wirtschaftswachstum, Einkommensentwicklung und Preise erforderlich wurden. Durch das Haushaltsgrundsätzegesetz von 1969 wurde die Gliederung der Haushalte nach ökonomischen Kriterien eingeführt und damit die Finanzstatistik verändert. Mit der Bildung des Finanzplanungsrats, eines Konjunkturats für die öffentliche Hand, eines Sachverständigenrats für Umweltschutz, der Bildungsplanungskommission, mit der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur, den Raumordnungsprogrammen des Bundes und der Länder, dem Grünen Plan und mit der Gründung des Instituts für Bevölkerungsforschung wurden zusammenfassende und auswertende Statistiken besonderer Art als Entscheidungshilfen in zahlreichen Bereichen erforderlich.

#### **Fortschreitende Technisierung der Informationsgewinnung und -verarbeitung**

Die zweite Phase, welche die Entwicklung der amtlichen Statistik etwa zwischen 1965 und 1975 durch-

lief, ist charakterisiert durch den Auf- und Ausbau statistischer Informationssysteme angesichts wachsender Anforderungen und technischer Entwicklungen. Vieles, was vor 1965 angeregt und ausgelöst wurde, konnte dabei in den Folgejahren realisiert und weitergeführt werden.

Das Neue, womit die amtliche Statistik sich in den Jahren zwischen 1965 und 1975 auseinanderzusetzen hatte, war die sprunghafte Entwicklung im Bereich der elektronischen Datenverarbeitung (EDV) und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten. Die neuen Möglichkeiten der Automation außerhalb und innerhalb des statistischen Dienstes haben natürlich auch Schwierigkeiten gebracht. Die Grenzen der Nutzbarkeit dieser neuen Möglichkeiten zeigen sich bei der Datengewinnung dort, wo zwischen amtlicher Statistik und automatisierten Verwaltungsunterlagen begriffliche, zeitliche, systematische Unstimmigkeiten bestehen, bei der Datenverarbeitung, wo die Linie zwischen dem heute mit mathematisch-statistischen Methoden und mittels der EDV Machbaren und dem aufgrund der verfügbaren Basisunterlagen noch Vertretbaren verläuft.



Wie sprunghaft sich die technische Entwicklung vollzog, zeigt sich an der Veränderung der maschinellen Ausstattung des Statistischen Landesamtes. Bis 1956 bestand sie lediglich aus elektromechanisch arbeitenden Sortiermaschinen, Rechenstanzern für die Herstellung von Summenkarten für die weitere Verarbeitung und relativ einfachen Tabelliermaschinen. Mit der Statistikmaschine IBM 101 wurde 1956 das erste elektronisch arbeitende Gerät eingesetzt, das auszählen, sortieren, drucken, Summenkarten stanzen konnte und zudem schon für unkomplizierte Wahrscheinlichkeitskontrollen geeignet war.

Der nächste große Entwicklungssprung erfolgte 1961 mit der Installation der Elektronischen Datenverarbeitungsanlage IBM 1401, einer speicherprogrammierten Kartenanlage mit einer aus Kartenleser/-stanzer und Schnelldrucker bestehenden Peripherie. Die neue Anlage bewältigte das Massengeschäft der Volkszählung 1961.

Auch der nächste entscheidende Schritt wurde wieder in zeitlichem Zusammenhang mit zwei Großzählungen getan: der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 und der Volkszählung 1970. Die Umstellung auf das leistungsfähige IBM System/360 erforderte bezüglich der Organisation eine völlig neue Konzeption der Peripherie durch plattenresidente Systemprogramme, Magnetbandverarbeitung und zeitweisen Anschluß eines optischen Seitenlesers zur Datenerfassung bei der Volkszählung 1970. Mit der Magnetbanderfassung sowie der Band- und Plattenverarbeitung wurden zugleich die Möglichkeiten zum Datenträgeraustausch, zur Datenfernverarbeitung und dem weiteren Ausbau eines Landesinformationssystems eröffnet. Die 1972 vollzogene Umstellung auf das noch leistungstärkere IBM System/370 mit seiner größeren Speicherkapazität und noch kürzeren Bearbeitungszeiten erweiterte und verbesserte das Leistungsangebot hinsichtlich des Datenbestands, der Abruf- und Verarbeitungsprogramme, der regionalen Gliederung der Datenbestände, der Entwicklung von Auswertungsprogrammen und des Einsatzes von Analyse- und Prognoseprogrammen.

In diese Phase stetig wachsender Anforderungen von Verwaltung, Wirtschaft und Forschung an die amtliche Statistik und zugleich der technischen Entwicklung fielen (1) die Automatisierung von Verwaltungsvorgängen und ihre statistische Nutzung im Wege des Datenträgeraustausches, (2) der Aufbau zweckorientierter Datenbanken im Rahmen statistischer Informationssysteme wie dem Landesinformationssystem Rheinland-Pfalz, (3) der Ausbau bisheriger Analyseprogramme zu Prognoseprogrammen für beispielsweise regionalisierte Bevölkerungsprognosen oder für Prognosen über planungsrelevante Bevölkerungsgruppen (Schüler, Erwerbspersonen) und damit (4) eine Zunahme landesspezifischer und nichtstatistischer Aufgaben, also ein relativer Rückgang der für die Bundesstatistik zu erbringenden Leistungen im Arbeitsfeld des Statistischen Landesamtes. Auf vielen dieser Gebiete hatte das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz maßgeblichen Anteil an der Entwicklung, auf einigen wurde hier in der Projektentwicklung Pionierarbeit geleistet. Die verbesserte technische Ausstat-

tung mit ihrer wachsenden Kapazität erlaubte die Erledigung von Aufgaben, die weit über die eigentliche statistische Aufbereitung hinausgehen. Es handelt sich zum Beispiel um den Aufbau des Landesinformationssystems, die Entwicklung zahlreicher Automationsverfahren zur Rationalisierung von Verwaltungsabläufen, die Einführung der Automation betriebswirtschaftlicher Verfahren in den Krankenhäusern und die Entwicklung eines Krankenhausinformationssystems.

### **Ziele für die 80er Jahre**

Mitte der 70er Jahre zeichnet sich in der amtlichen Statistik eine Diskrepanz zwischen den Anforderungen und Aufgaben einerseits und den verfügbaren Mitteln zu ihrer Bewältigung andererseits ab. Die knapper werdenden Finanzmittel der öffentlichen Haushalte und eine zunehmend kritische Einstellung von Bevölkerung und Wirtschaft zur Verwaltung sowie ein wachsendes Datenschutzbedürfnis des einzelnen Bürgers führen zu einer Erschwerung der statistischen Arbeit.

Die Wege zur Lösung dieses Problems, die zugleich ein Programm für die amtliche Statistik in den 80er Jahren darstellen, lassen sich mit den folgenden Schlüsselwörtern ausschildern: Neues Bundesstatistikgesetz, Datenschutzgesetze, Statistikbereinigungsgesetz, Rationalisierungsprogramme, Koordinierung und Öffentlichkeitsarbeit.

Wesentliche Leitlinien für die Neufassung des Statistischen Gesetzes von 1953 waren (1) die Regelung der statistischen Geheimhaltung in Anlehnung an die Rechtsentwicklung auf dem Gebiet des Datenschutzes und des Strafrechts, (2) die Neuformulierung der Aufgaben der Bundesstatistik in Anpassung an die zwischenzeitlich eingeleitete Entwicklung, (3) die verbindliche Einführung einer mehrjährigen Aufgabenplanung zur Nivellierung der Arbeitsbelastung und des Mittelbedarfs und (4) die Ermöglichung einer flexiblen Anpassung an neue nationale und internationale Entwicklungen. Wie das Statistische Gesetz von 1953, das über 25 Jahre ein kontinuierliches Arbeiten sicherte, soll das Bundesstatistikgesetz von 1980 für einen längeren Zeitraum Fundament für die Konsolidierung, Weiterentwicklung und Neuorientierung der deutschen amtlichen Statistik sein.

Die Datenschutzgesetze des Bundes und der Länder haben dem Anliegen des Bürgers zum Schutz seiner Rechtssphäre Rechnung getragen, zugleich aber auch der statistischen Arbeit manche Hemmnisse in den Weg gelegt. Für die praktische statistische Arbeit bedeuten die verschärften Datenschutzbestimmungen und die oft einseitige Darstellung ihrer Problematik in den Medien zum einen eine erhebliche negative Beeinflussung der Auskunftsbereitschaft bei den Befragten und zum anderen einen wesentlich höheren Arbeitsaufwand und damit zeitliche Verzögerungen bei der Abschirmung der Ergebnisse vor einer möglichen Verletzung des Geheimhaltungsschutzes.

Die Diskrepanz zwischen wachsenden Anforderungen an die amtliche Statistik und den Möglichkeiten ihrer Erfüllung führte 1975 zur Bildung des Abteilungsleiterausschusses Statistik (ALASat), der vom





Ein Blick in das Rechenzentrum des Statistischen Landesamtes. Über Bildschirm können rund 26 000 Daten für jede Gemeinde des Landes abgerufen werden.

Kabinett mit der kritischen Überprüfung des statistischen Programms beauftragt wurde, mit dem Ziel, die aktuelle und künftige politische Relevanz der laufenden und geplanten Statistiken mit den vorhandenen bzw. technisch und finanziell erreichbaren Kapazitäten abzustimmen. Das Ergebnis seiner Bemühungen war das 1. Statistikbereinigungsgesetz vom 14. März 1980, durch das rund 40% der statistischen Rechtsgrundlagen - zum Teil allerdings nur minimal und in geringerem Maße, als von den Ländern gefordert - Änderungen erfuhren, und zwar durch den Verzicht auf einzelne Statistiken, die Streichung einer Reihe von Erhebungsmerkmalen, die Verlängerung von Erhebungsperiodizitäten und die Verringerung der Auswahlmassen.

Ein Weiterbestehen des ALAStat und die Fortschreibung des mittelfristigen, mit der Finanzplanung abgestimmten Arbeitsprogramms wurde bei der Verabschiedung des Gesetzes ausdrücklich befürwortet. Derzeit sind die Arbeiten für ein 2. Bereinigungsgesetz im Gange.

Außer der gesetzlichen Statistikbereinigung wurden Programme zur Rationalisierung entwickelt, so das rheinland-pfälzische Arbeitsprogramm zur Entlastung der Berichtspflichtigen, Verbesserung des Informationsangebots, der Qualität und Aktualität sowie zur Rationalisierung des statistischen Berichtswesens vom Oktober

1979. Inhalt dieses Programms sind (1) eine statistikinterne und -externe Erweiterung des Datenträgeraustauschs, (2) Verbesserungen der Aufbereitungsverfahren und Arbeitsabläufe, (3) eine bürgerfreundlichere Gestaltung der Fragebogen, (4) der Einsatz von Schätzverfahren anstelle aufwendiger Originärerhebungen, (5) der weitere Übergang von manuellen zu maschinellen Aufbereitungsverfahren, (6) die Einbindung statistischer Erhebungen, die im Rahmen von wissenschaftlichen Instituten erteilten Untersuchungsaufträgen notwendig werden, in den Aufgabenbereich des Statistischen Landesamtes, (7) eine bessere Orientierung von Erhebungsprogrammen an den realen Gegebenheiten, (8) die Einschränkung der Fragenkataloge in den Erhebungsbogen auf das Unverzichtbare und (9) die Fortführung der Bemühungen zur Bereinigung statistischer Gesetze und Verordnungen. Das Programm umreißt damit die wesentlichsten Ziele für die 80er Jahre und hat bereits, wie ein erster Sachstandsbericht vom Mai 1981 nachweist, zahlreiche Schritte zur Realisierung eingeleitet.

Chancen, mit den steigenden Anforderungen Schritt zu halten, finden sich zudem in einer verbesserten Koordination nicht nur innerhalb der amtlichen Statistik, beginnend bei der Vorbereitung statistischer Erhebungen oder dem Aufbau automatisierter Register mit der Abstimmung von Prioritäten oder der Absprache einheitlicher Begriffsinhalte zur Ermöglichung ei-



nes Datenträgeraustauschs bis hin zur rationellen Formen der Ergebnisdarstellung. Daß auch hier Probleme auftreten können, zeigt sich am Beispiel des technisch möglichen, vorerst datenschutzrechtlich aber nicht erlaubten Datenträgeraustauschs der Geburten und Sterbefälle zwischen Landesrechenzentrum und Statistischem Landesamt für die Fortschreibung der Wohnbevölkerung. Schwierigkeiten liegen auch darin, daß die Dateien und Informationssysteme technisch uneinheitlich und substantiell unterschiedlich aufgebaut wurden. Dies gilt auch für die Informationssysteme des Bundes und der Länder. Hier zu einem Verbund des Landesinformationssystems Rheinland-Pfalz mit denen der übrigen Länder und des Bundes zu gelangen, ist eines der Ziele für die 80er Jahre im Rah-

men des allgemeinen Bemühens um verbesserte Koordination.

Von maßgeblicher Bedeutung wird in den 80er Jahren ein gutes Verhältnis von Bürger und amtlicher Statistik sein, das für die Statistik stets ein besonderes Anliegen ist. Als Folge der gestiegenen Staatsanteils und der gewachsenen Staatsaufgaben sind auch die Belange der Statistik kritischer beobachtet worden. Zur Rückführung der Bürokratiediskussion und zur Entlastung der Bürger von Inanspruchnahmen für staatliche Aufgaben kann der Bundesgesetzgeber einen entscheidenden Beitrag leisten.

Diplom-Volkswirt F. Kuch

## Zu- und Fortzüge 1950 bis 1980

Die Bevölkerungszahl wird durch zwei verschiedenartige Bewegungskomponenten beeinflusst; einerseits durch Geburten und Sterbefälle, andererseits durch Zu- und Fortzüge. Im folgenden wird anhand einer Zeitreihe von 30 Jahren die Wanderungsbewegung sowohl innerhalb unseres Landes als auch über seine Grenzen dargestellt. Für das Bundesgebiet und die anderen Gebiete und Länder gelten dabei die heutigen politischen Grenzen. Damit ist die Vergleichbarkeit nicht von historischen Veränderungen, die im Laufe der letzten drei Jahrzehnte stattgefunden haben, beeinträchtigt.

### Binnenwanderungsvolumen in den Jahren 1968 und 1980 am höchsten

In den Jahren 1950 bis 1980 haben 3,75 Millionen Umzüge innerhalb unseres Landes stattgefunden, wobei in dieser Zahl die Wohnungswechsel innerhalb der gleichen Gemeinde nicht mitgerechnet sind.

In diesen 30 Jahren markiert das Jahr 1952 mit gut 101 000 Wanderungen innerhalb des Landes den niedrigsten Stand, während in den Jahren 1968 und 1980 mit über 134 000 die meisten Umzüge stattfanden. Zur Kennzeichnung der Mobilität der Bevölkerung werden die absoluten Zahlen der Umzüge zur jeweiligen Einwohnerzahl in Beziehung gesetzt. Hier zeigt sich ein deutlicher Schwerpunkt Mitte der 50er Jahre, als jährlich jeder 27. Rheinland-Pfälzer seine Wohngemeinde wechselte. Annähernd gleich hoch war die Mobilität in den Jahren 1968 und 1980. Die wenigsten Umzüge auf 1 000 Einwohner wurden 1962 mit 32,1 registriert.

Die Gründe für den Wohnungswechsel werden in der amtlichen Statistik nicht erfragt. Offenbar hängen aber Binnenwanderungen weit weniger stark als Wanderungen über die Landesgrenzen mit der aktuellen wirtschaftlichen Lage zusammen. Die Umzüge innerhalb des Landes spiegeln ziemlich deutlich das Geschehen am Wohnungsmarkt wider. Der langfristige Vergleich der Baufertigstellungen und der Umzüge innerhalb des Landes weist darauf hin, daß ein nicht geringer Teil der Umzüge innerhalb des Landes kei-

nen Arbeitsplatzwechsel einschließen, sondern der Verbesserung der Wohnsituation dienen. Eine hohe Zahl von fertiggestellten Wohnungen geht zumeist mit einem Anstieg des Binnenwanderungsvolumens einher, andererseits werden die niedrigen Werte in beiden Zeitreihen zu denselben Zeitpunkten erreicht.

### In drei Jahrzehnten Wanderungsgewinne von rund 450 000 Personen

Die Zuzüge nach Rheinland-Pfalz addieren sich für die Zeit zwischen 1950 und 1980 zu insgesamt 3,41 Millionen. Stellt man diesen die Abwanderungen von 2,96 Millionen gegenüber, dann ergibt sich daraus ein positiver Saldo von rund 450 000 Personen. In den einzelnen Jahren dieses Zeitraums verlief die Entwicklung allerdings stark unterschiedlich.

Den höchsten Wanderungsgewinn erzielte unser Land im Jahre 1950, als die organisierte Flüchtlingsumsiedlung noch in vollem Gange war. 160 144 Zuzügen standen nur 45 219 Fortzüge gegenüber, ein Plus von fast 115 000 Personen. Auch in den Jahren 1951 bis 1953 lagen die Wanderungsüberschüsse mit Werten zwischen 42 000 und 33 000 noch ungewöhnlich hoch. Auf 1 000 Einwohner bezogen bedeutet dies für 1950 einen Gewinn von 39,4, für 1953 immerhin noch von 10,6. In den folgenden Jahren waren nur noch Wanderungsgewinne von weniger als 6 je 1 000 Einwohner festzustellen. In den Jahren 1959, 1967 und 1974 bis 1977 wurden mehr Fort- als Zuzüge registriert.

Die Zeitreihe der Zuzugszahlen zeigt ausgeprägte Höhen und Tiefen. Läßt man die frühen 50er Jahre wegen der besonderen Flüchtlingsbewegung unberücksichtigt, dann wurde mit fast 120 000 Zuzügen 1957 ein erster Höhepunkt erreicht, auf den aber bereits zwei Jahre später mit weniger als 100 000 Zugezogenen ein deutlicher Rückgang folgte. Auch der Anstieg in den Jahren 1965 und 1966 auf mehr als 120 000 Zuzüge wurde bereits 1967 mit nicht ganz 104 000 zugewanderten Personen deutlich gebremst. Der dritte Einbruch im Wanderungsgeschehen mit Zuzugs-



## Wanderungen 1950 – 1980

Jahr	Wanderungen innerhalb des Landes 1)	Wanderungen über die Landesgrenzen			Wanderungen innerhalb des Landes 1)	Wanderungen über die Landesgrenzen		
		Zuzüge	Fortzüge	Wanderungs-saldo		Zuzüge	Fortzüge	Wanderungs-saldo
		Anzahl				auf 1 000 Einwohner		
1950	104 637	160 144	45 219	114 925	35,9	54,9	15,5	39,4
1951	106 612	97 827	56 168	41 659	35,4	32,4	18,6	13,8
1952	101 149	95 229	59 807	35 422	33,0	31,0	19,5	11,5
1953	114 476	111 219	78 077	33 142	36,7	35,7	25,0	10,6
1954	118 915	98 898	83 102	15 796	37,5	31,2	26,2	5,0
1955	120 699	101 330	87 888	13 442	37,6	31,6	27,4	4,2
1956	121 371	110 018	94 275	15 743	37,4	33,9	29,0	4,8
1957	114 531	119 840	100 573	19 267	34,8	36,4	30,6	5,9
1958	114 093	114 063	98 535	15 528	34,2	34,2	29,5	4,7
1959	116 598	99 453	104 309	- 4 856	34,6	29,5	31,0	- 1,4
1960	114 880	109 356	101 410	7 946	33,9	32,2	29,9	2,3
1961	115 551	114 041	100 879	13 162	33,8	33,3	29,5	3,8
1962	110 891	109 205	100 109	9 096	32,1	31,6	29,0	2,6
1963	117 196	111 492	103 148	8 344	33,5	31,9	29,5	2,4
1964	122 621	116 235	109 092	7 143	34,7	32,9	30,9	2,0
1965	120 209	121 000	108 883	12 117	33,7	33,9	30,5	3,4
1966	128 407	123 165	116 185	6 980	35,6	34,2	32,3	1,9
1967	127 225	103 730	111 019	- 7 289	35,1	28,7	30,7	- 2,0
1968	134 060	109 108	104 828	4 280	36,9	30,0	28,8	1,2
1969	128 117	123 325	106 138	17 187	35,0	33,7	29,0	4,7
1970	122 942	129 860	109 011	20 849	33,7	35,6	29,9	5,7
1971	124 208	126 962	109 423	17 539	33,8	34,6	29,8	4,8
1972	125 886	124 518	109 786	14 732	34,2	33,8	29,8	4,0
1973	131 454	125 566	107 965	17 601	35,6	34,0	29,2	4,8
1974	131 233	102 239	107 358	- 5 119	35,5	27,7	29,0	- 1,4
1975	122 914	86 262	97 985	- 11 723	33,4	23,5	26,6	- 3,2
1976	124 323	88 709	95 323	- 6 614	34,0	24,3	26,1	- 1,8
1977	126 424	89 759	92 122	- 2 363	34,7	24,6	25,3	- 0,6
1978	125 334	89 893	88 604	1 289	34,5	24,7	24,4	0,4
1979	126 180	95 362	85 315	10 047	34,7	26,3	23,5	2,8
1980	134 106	102 613	87 003	15 610	36,9	28,2	23,9	4,3

1) Ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden.

zahlen unter 90 000 war zwischen 1975 und 1978 zu registrieren. Er fiel besonders stark aus, da in den Jahren 1969 bis 1973 mit deutlich über 120 000 Zuzügen die höchsten Werte nach 1950 erreicht worden waren. Auffallend eng sind die Zusammenhänge zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung und den Zuzügen. Die dargestellten Rückgänge bei den Zuzügen fallen mit den Phasen schwacher Wirtschaftsentwicklung zusammen, während der Anstieg der Zuzugszahlen mit dem Konjunkturaufschwung korreliert.

#### Nur zwischen 1950 und 1953 bedeutende Zuwanderungen aus anderen Bundesländern

Von den insgesamt 3,41 Millionen Zugezogenen der Jahre 1950 bis 1980 kamen 2,58 Millionen (76%) aus anderen Bundesländern nach Rheinland-Pfalz. Im Verlauf der letzten drei Jahrzehnte zogen 2,44 Millionen Menschen aus unserem Land in ein anderes Bundesland. Das sind 83% aller abgewanderten Personen. Dieses große Wanderungsvolumen führte zu einem positiven Saldo von 136 169 Personen, 30,2% des gesamten Wanderungsgewinns des Landes. Allerdings spiegelt das positive Ergebnis nicht die echte Entwicklung im Zeitablauf wider, da nennenswerte Wanderungsgewinne nur in den ersten Jahren des gesamten Zeitraums verzeichnet werden konnten. So wurde für Rheinland-Pfalz im Wanderungsgeschehen mit dem übrigen Bundesgebiet in den Jahren 1950 bis 1953 ein Überschuß von 168 963 Personen registriert. Davon

entfielen fast 55% auf 1950. Es handelte sich bei diesen Zuzugsüberschüssen größtenteils um Flüchtlinge und Vertriebene. Diese wurden in den Nachkriegsjahren aus den Bundesländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern, wohin ein Großteil von ihnen durch die Kriegswirren gekommen war, auf andere Länder verteilt.

In den folgenden 27 Jahren gab es achtmal geringe Wanderungsgewinne für Rheinland-Pfalz, 19 Jahre schlossen mit einer negativen Wanderungsbilanz gegenüber den übrigen Bundesländern ab. Dabei war 1959 mit einem negativen Saldo von 11 179 das Jahr mit dem größten Wanderungsverlust. Der Zeitraum 1967 bis 1979 brachte in ununterbrochener Folge Fortzugsüberschüsse in einer Gesamthöhe von 29 619 Personen für unser Land. Erstmalig seit 13 Jahren konnte 1980 wieder ein Wanderungsgewinn (2 136 Menschen) gegenüber dem übrigen Bundesgebiet verzeichnet werden.

Die Zeitreihe der Zu- und Fortzüge von bzw. nach anderen Bundesländern zeigt einen, mindestens in den Jahren nach 1960, ziemlich ausgeglichenen Verlauf, denn Zunahmen und Rückgänge bei den Bewegungskomponenten erfolgen weitgehend parallel. Auch dies ist ein Zeichen, daß das Ergebnis dieser Wanderungen nicht die Folge eines Wirtschaftskraftgefälles zwischen den Bundesländern ist. In den 60er Jahren bewegten sich die Zuzüge und Fortzüge jeweils zwischen 85 000 und 93 000 pro Jahr. Anfang der 70er



Jahr	Zuzüge aus				Fortzüge nach				Wanderungssaldo mit			
	anderen Bundesländern	DDR und Berlin (Ost)	euro-päischem Ausland 1)	außer-euro-päischem Ausland 2)	anderen Bundesländern	DDR und Berlin (Ost)	euro-päischem Ausland 1)	außer-euro-päischem Ausland 2)	anderen Bundesländern	DDR und Berlin (Ost)	euro-päischem Ausland 1)	außer-euro-päischem Ausland 2)
1950	134 277	13 757	12 110		41 497	842	2 880		92 780	12 915	9 230	
1951	77 366	10 433	8 907	1 121	49 747	746	2 750	2 925	27 619	9 687	6 157	- 1 804
1952	79 170	7 308	7 393	1 358	52 599	535	3 335	3 338	26 571	6 773	4 058	- 1 980
1953	92 119	10 489	6 231	2 380	70 126	1 511	3 850	2 590	21 993	8 978	2 381	- 210
1954	78 497	11 852	5 993	2 556	72 100	2 893	4 611	3 498	6 397	8 959	1 382	- 942
1955	76 483	14 966	7 362	2 519	77 051	2 521	4 698	3 618	- 568	12 445	2 664	- 1 099
1956	81 508	17 185	8 654	2 671	80 858	2 731	5 120	5 566	650	14 454	3 534	- 2 895
1957	86 575	18 423	12 273	2 569	85 423	4 060	5 491	5 599	1 152	14 363	6 782	- 3 030
1958	83 537	9 978	17 992	2 556	86 537	1 935	5 539	4 524	- 3 000	8 043	12 453	- 1 968
1959	81 218	6 745	9 471	2 019	92 397	1 908	5 677	4 327	- 11 179	4 837	3 794	- 2 308
1960	84 901	8 823	13 303	2 329	89 338	1 619	6 835	3 618	- 4 437	7 204	6 468	- 1 289
1961	87 764	8 123	15 437	2 717	87 811	1 214	9 120	2 734	- 47	6 909	6 317	- 17
1962	88 133	679	17 479	2 914	86 195	387	11 128	2 399	1 938	292	6 351	515
1963	87 261	1 381	19 481	3 369	85 305	244	14 542	3 057	1 956	1 137	4 939	312
1964	89 120	1 284	22 525	3 306	90 489	292	14 603	3 708	- 1 369	992	7 922	- 402
1965	89 201	895	27 180	3 724	88 587	253	16 389	3 654	614	642	10 791	70
1966	92 887	768	25 489	4 021	90 305	170	21 580	4 130	2 582	598	3 909	- 109
1967	85 089	685	14 531	3 425	85 838	166	20 289	4 726	- 749	519	- 5 758	- 1 301
1968	84 890	599	20 160	3 459	86 938	123	13 809	3 958	- 2 048	476	6 351	- 499
1969	86 779	680	31 967	3 899	87 233	107	15 051	3 747	- 454	573	16 916	152
1970	88 085	691	36 047	5 037	88 732	98	16 665	3 516	- 647	593	19 382	1 521
1971	87 030	682	34 187	5 063	87 437	87	18 570	3 329	- 407	595	15 617	1 734
1972	85 475	646	31 174	7 223	86 816	69	19 123	3 778	- 1 341	577	12 051	3 445
1973	83 350	575	34 176	7 465	84 906	51	19 329	3 679	- 1 556	524	14 847	3 786
1974	76 389	522	19 780	5 548	81 573	57	21 810	3 918	- 5 184	465	- 2 030	1 630
1975	67 580	823	13 317	4 542	72 018	82	21 927	3 958	- 4 438	741	- 8 610	584
1976	67 766	624	15 504	4 815	72 434	83	18 787	4 019	- 4 668	541	- 3 283	796
1977	68 514	371	16 241	4 633	72 447	30	15 602	4 043	- 3 933	341	639	590
1978	67 911	470	16 804	4 708	71 536	21	13 159	3 888	- 3 625	449	3 645	820
1979	69 057	529	19 666	6 110	69 626	12	11 600	4 077	- 569	517	8 066	2 033
1980	72 639	430	22 953	6 591	70 503	28	12 223	4 249	2 136	402	10 730	2 342

1) Einschl. der ehemaligen deutschen Ostgebiete. - 2) Einschl. Kriegsgefangenschaft, Sonstige und ohne Angabe.

Jahre erfolgte ein deutlicher Rückgang des Wanderungsvolumens auf Werte zwischen 68 000 und 73 000, wobei seit 1975 eine gewisse Stabilisierung auf niedrigerem Niveau beobachtet werden kann. Eine der Ursachen für den verringerten Wanderaustausch zwischen den Bundesländern ist offenbar der starke Rückgang der offenen Stellen und die damit geringeren Möglichkeiten des Arbeitsplatzwechsels. So ging allein die Zahl der offenen Stellen in Rheinland-Pfalz von 30 000 im September 1973 auf 14 100 im Jahre 1974 um über die Hälfte zurück und erreichte 1975 mit 10 900 nur noch ein Drittel des Ausgangswertes. Gleichzeitig sank in diesen zwei Jahren die Zahl der aus anderen Bundesländern zugezogenen Erwerbspersonen um rund ein Viertel. Der Anteil dieser Personengruppe an den gesamten Zuzügen aus dem Bundesgebiet nahm von knapp 60% im Jahre 1973 auf 55% im Jahre 1975 ab.

#### Fast 42% des Zuzugsüberschusses durch Auslandswanderungen

Die Wanderungsbewegung zwischen der DDR einschließlich Berlin (Ost) und dem Lande Rheinland-Pfalz erbrachte im Zeitraum 1950 bis 1980 einen positiven Wanderungssaldo von 126 541 Personen. Das sind 28,1% des Gesamtgewinns. Die Zeitreihe zeigt einen deutlichen Einschnitt durch den Mauerbau im

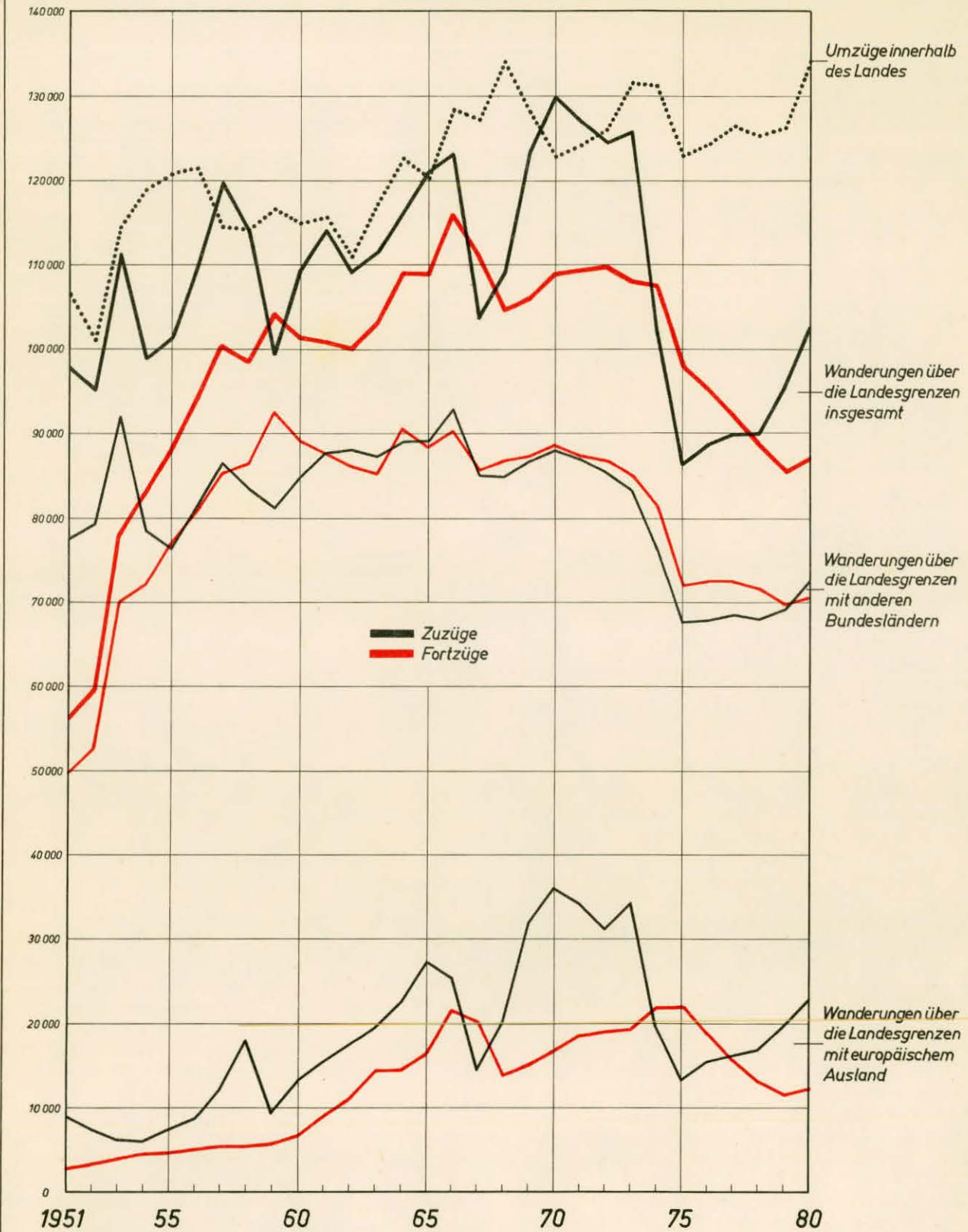
Jahre 1961. Bis zum Jahre 1960 wurden jährliche Zuzugsüberschüsse zwischen rund 5 000 und über 14 000 Personen gegenüber der DDR und Berlin (Ost) registriert. Selbst 1961 war noch ein Wanderungsgewinn von 6 909 Menschen zu verzeichnen. Im folgenden Jahr überwog die Zahl der Zuzüge die der Fortzüge nur noch um knapp 300. Nach einem kurzen Anstieg auf rund 1 100 (1963) und nicht ganz 1 000 (1964) pendelte sich der Wanderungsgewinn auf eine Größenordnung von jährlich 300 bis 700 Menschen ein.

Die Wanderungsströme mit dem Ausland haben in den letzten Jahren stark an Bedeutung gewonnen. Auf den gesamten Zeitraum 1950 bis 1980 gesehen kamen knapp 20% aller Zugezogenen aus dem Ausland, nicht ganz 17% der aus Rheinland-Pfalz fortziehenden Menschen hatten ihr Ziel außerhalb Deutschlands. Fast 42% des erzielten Wanderungsgewinns entstammten dem Bevölkerungsaustausch mit dem Ausland.

Zur besseren Analyse der Auslandswanderungen ist eine Trennung der Zu- und Fortzüge nach Gebieten, die innerhalb bzw. außerhalb Europas liegen, angebracht. Hierbei kommt der Wanderung mit dem europäischen Ausland aufgrund der hohen Zuzugszahlen von Gastarbeitern mit ihren Familienangehörigen die weitaus größere Bedeutung zu. Die wenigsten Zuzüge aus dem europäischen Ausland wurden 1954 mit knapp 6 000 Personen, die meisten 1970 mit über 36 000



# Wanderungen 1951-1980





Jahr	Unter 15 Jahre			15 – 65 Jahre			65 Jahre und älter		
	Zuzüge	Fortzüge	Saldo	Zuzüge	Fortzüge	Saldo	Zuzüge	Fortzüge	Saldo
1950	39 416	7 007	32 409	113 500	36 858	76 642	7 228	1 354	5 874
1951	17 873	8 250	9 623	75 703	46 390	29 313	4 251	1 528	2 723
1952	14 886	8 370	6 516	76 972	49 765	27 207	3 371	1 672	1 699
1953	17 010	9 974	7 036	90 382	65 899	24 483	3 827	2 204	1 623
1954	14 354	11 439	2 915	80 687	69 254	11 433	3 857	2 409	1 448
1955	14 206	11 616	2 590	83 256	73 642	9 614	3 868	2 630	1 238
1956	15 618	12 343	3 275	89 923	79 076	10 847	4 477	2 856	1 621
1957	16 872	12 937	3 935	97 983	84 529	13 454	4 985	3 107	1 878
1958	17 069	12 670	4 399	92 482	83 132	9 350	4 512	2 733	1 779
1959	12 892	13 766	- 874	82 192	87 554	- 5 362	4 369	2 989	1 380
1960	13 573	13 501	72	91 071	84 941	6 130	4 712	2 968	1 744
1961	14 756	12 452	2 304	94 591	85 405	9 186	4 694	3 022	1 672
1962	13 102	12 185	917	91 902	85 041	6 861	4 201	2 883	1 318
1963	13 960	12 265	1 695	92 533	87 786	4 747	4 999	3 097	1 902
1964	15 153	14 010	1 143	95 934	91 718	4 216	5 148	3 364	1 784
1965	16 269	14 126	2 143	99 457	91 223	8 234	5 274	3 534	1 740
1966	17 735	15 262	2 473	100 053	97 466	2 587	5 377	3 457	1 920
1967	15 625	15 829	- 204	82 431	91 495	- 9 064	5 674	3 695	1 979
1968	16 736	15 971	765	86 518	84 872	1 646	5 854	3 985	1 869
1969	18 465	15 709	2 756	99 168	86 461	12 707	5 692	3 968	1 724
1970	19 836	16 106	3 730	104 337	89 149	15 188	5 687	3 756	1 931
1971	19 898	15 846	4 052	101 458	89 784	11 674	5 606	3 793	1 813
1972	19 287	16 289	2 998	99 425	89 734	9 691	5 806	3 763	2 043
1973	19 721	16 500	3 221	100 143	87 651	12 492	5 702	3 814	1 888
1974	18 252	16 516	1 736	78 622	86 824	- 8 202	5 365	4 018	1 347
1975	15 027	15 461	- 434	66 131	78 688	- 12 557	5 104	3 836	1 268
1976	15 026	14 836	190	68 693	76 424	- 7 731	4 990	4 063	927
1977	15 322	14 661	661	69 389	73 499	- 4 110	5 048	3 962	1 086
1978	15 205	12 864	2 341	69 797	71 922	- 2 125	4 891	3 818	1 073
1979	15 872	11 565	4 307	74 674	69 850	4 824	4 816	3 900	916
1980	16 450	11 087	5 363	81 191	72 191	9 000	4 972	3 725	1 247

Menschen registriert. Die Anteile dieser Zuzüge an den gesamten Zuwanderungen des Landes beliefen sich in den genannten Jahren auf 6,1% bzw. 27,8%. Die Zeitreihe zeigt deutlich einen konjunkturrell bedingten Verlauf mit Höhepunkten um 1965 und 1969 bis 1973 sowie starken Einbrüchen 1967 und 1974/75, wobei der im November 1973 von der Bundesregierung verkündete Anwerbestopp für ausländische Arbeitnehmer noch verstärkend hinzukam. Weniger starke Schwankungen und annähernd gegenläufige Höhen und Tiefen (ab Mitte der 60er Jahre) sind bei den Fortzügen zu beobachten. Dieser Zusammenhang zwischen geringen Zuzügen und hohen Fortzugszahlen führte in den wirtschaftsschwachen Zeiten 1967 und Mitte der 70er Jahre zu den einzigen Wanderungsverlusten des gesamten Zeitraums (2 000 bis 9 000 Personen pro Jahr). Demgegenüber wurden in den Zeiten des Wirtschaftsaufschwungs 1969 bis 1973 mit 15 000 bis 20 000 Personen pro Jahr die höchsten Wanderungsgewinne erreicht.

Der Anteil der Zuzüge aus außereuropäischen Ländern an der Gesamtzahl stieg von 1,1% im Jahre 1951 auf heute 6,4%. Das ist unter anderem auf die seit einigen Jahren steigende Anzahl von Flüchtlingen und Asylbewerbern, vor allem aus dem asiatischen Raum, zurückzuführen. So haben sich die Zuzüge von Ausländern aus Asien in den letzten fünf Jahren um fast 150% auf rund 2 600 Menschen erhöht. Der Wanderungsgewinn aus diesem Gebiet hat sich im gleichen Zeitraum mehr als vervierfacht. Während seit 1969 die jährlichen Zuzüge von außereuropäischen Ländern die Fortzüge dorthin ständig überwogen, wurden in

den Jahren 1951 bis 1961 immer Wanderungsverluste festgestellt. Die Hauptursache dafür war die im damaligen Zeitraum sehr hohe Zahl von Auswanderern, deren bevorzugtes Ziel Nordamerika darstellte. In den Jahren 1951 bis 1961 zogen 19 353 Menschen mehr in Länder außerhalb Europas als von dort in unser Land. Gegenüber den USA und Kanada allein betrug der Wanderungsverlust schon 18 435. Hier spielten auch die Eheschließungen zwischen Rheinland-Pfälzerinnen und US-Amerikanern eine bedeutende Rolle, da hiermit zumeist eine Übersiedlung der deutschen Frauen in die USA verbunden war.

#### Über 12% des Wanderungsgewinns aus der Altenwanderung

Von dem Wanderungsgewinn der Jahre 1950 bis 1980 in Höhe von rund 450 000 Personen entfielen etwa 114 000 oder 25,3% auf die Altersgruppe der unter 15jährigen. Deren Anteil an den Zuzügen betrug in den einzelnen Jahren zwischen 12 und 18% - nur im Jahre 1950 lag er mit 24,6% wesentlich höher -, und an den Fortgezogenen zwischen 12 und 16%. Die positive Gesamtwanderungsbilanz dieser Altersgruppe fiel unterschiedlich hoch aus. Einen Höhepunkt bildet das Jahr 1950, in dem 32 409 Jugendliche mehr zu- als fortzogen. Auch in den folgenden drei Jahren wurden Wanderungsgewinne von 6 000 bis 10 000 erzielt, Werte, die seither nicht mehr erreicht wurden. In den Jahren 1959, 1967 und 1975 ergaben sich bei den Jugendlichen negative Wanderungssalden, die allerdings mit einer Größenordnung von jeweils unter 1 000 sehr gering ausfielen.



Die bedeutendste Altersgruppe bei den Wanderungen ist die der 15 bis 65 Jahre alten Menschen, das heißt der im erwerbsfähigen Alter stehende Personenkreis. Ihr Anteil an der Gesamtheit der Zuzüge nach Rheinland-Pfalz bewegte sich in den Jahren 1950 bis 1980 zwischen 70 und 84%. Bei den Fortzügen erreichten diese Personen Anteile zwischen 80 und 85%. Vom Gesamtwanderungsgewinn der letzten drei Jahrzehnte gehörten etwa 282 400 Menschen oder 63% zu den 15- bis 65jährigen. Der höchste positive Saldo (fast 77 000 Personen) wurde im Jahre 1950 erreicht, gefolgt von den Jahren 1951 bis 1953 mit Zuzugsüberschüssen zwischen 24 000 und 30 000. Die folgenden Jahre brachten Wanderungsgewinne, die zumeist unter 10 000 lagen. In den Jahren 1959 und 1967 wurden Verluste von 5 362 bzw. 9 064 Menschen registriert. Die Wirtschaftsbelebung zwischen 1969 und 1973 bewirkte Zuzugsüberschüsse bis zu 15 188 (1970) bei den Erwerbsfähigen. In den Jahren 1974 bis 1978 zogen mehr Personen dieser Altersgruppe fort als gleichzeitig in unser Land kamen. Damit einher ging ein Rückgang des Anteils der Erwerbspersonen an der erwerbsfähigen Bevölkerung. Während 1973 noch 76% der zugezogenen 15- bis 65jährigen als Erwerbspersonen ausgewiesen waren, sank deren Anteil bis 1978 auf 67%. Parallel dazu ging der Prozentsatz bei den Fortzügen von 75% im Jahre 1973 auf 69% (1978) zurück. In den beiden letzten Jahren des Untersuchungszeitraums überwogen die Zuzüge an Erwerbsfähigen

wieder die Fortzüge um 4 824 (1979) bzw. 9 000 (1980). Gleichzeitig stieg der Anteil der Erwerbspersonen bis 1980 auf 68% bei Zuzügen und 70% bei Fortzügen.

Die über den gesamten Zeitraum positiv verlaufende Wanderungsbewegung der über 65 Jahre alten Menschen erbrachte ein Plus von fast 54 500 Personen. Das sind 12,1% des Gesamtwanderungssaldos. Der Anteil der Altenwanderung an den jährlichen Zuzügen nach Rheinland-Pfalz bewegte sich zwischen 4 und 6%, an den Fortzügen lag er mit Werten von 3 bis 5% durchweg niedriger. Der jährliche Wanderungsgewinn an älteren Menschen lag bei 900 bis 2 100 Personen. Eine Ausnahme bilden die Jahre 1950 und 1951, in denen die Zuwanderungen die Fortzüge um 5 874 bzw. 2 723 überwogen. Die Zu- und Fortzüge von älteren Menschen verliefen zeitlich gesehen ziemlich ausgeglichen und ohne deutlich ausgeprägte Höhen und Tiefen, während die Wanderungen der erwerbsfähigen Bevölkerung die großen konjunkturellen Schwankungen widerspiegeln. Dies zeigt sich, allerdings in abgeschwächter Form, auch bei den Jugendlichen, die zusammen mit ihren aus Erwerbsgründen umziehenden Eltern zu- oder abwanderten. Dagegen hat die Altenwanderung andere Motive und unterlag dadurch nur in geringem Umfang den Unsicherheiten der wirtschaftlichen Entwicklung.

Diplom-Volkswirt H. Kollmar

## Straßenfahrzeugbau - bedeutende Wachstumsbranche in Rheinland-Pfalz

### Strukturwandel der Industrie seit 1950

#### Moderne Produktionsstätten in Wörth und Kaiserslautern verändern die Struktur dieser Räume

Mit der Einweihung des mit hohem Aufwand erweiterten Opelwerkes in Kaiserslautern fand eine Entwicklung ihren vorläufigen Abschluß, die zu einer wünschenswerten Strukturverschiebung der Industrie in der Pfalz führte und die sich zugleich auch auf das gesamte Land positiv auswirkte. Aufgrund einer erfolgreichen Ansiedlungspolitik in den vergangenen Jahren gelang es, die bis dahin einseitige Struktur aufzulockern und der Gesamtentwicklung im Bundesgebiet stärker anzupassen.

Dem Land blieb eine Strukturbereinigung infolge von Branchenkrisen, wie etwa im Kohlenbergbau in Nordrhein-Westfalen oder dem Saarland, erspart. Zwar mußte in den Nachkriegsjahren der Erzbergbau in Rheinland-Pfalz aufgegeben werden, dieser Prozeß vollzog sich aber allmählich, so daß der Beschäftigtenabbau weitgehend aufgefangen werden konnte. Andererseits war dieser Wirtschaftszweig regional auf den Lahn/Westerwaldbereich begrenzt und nur von verhältnismäßig geringer Bedeutung, so daß sein Rückgang auf die Gesamtentwicklung nicht durch-

schlug. Der Beschäftigtenanteil des Erzbergbaus hat sich von 2% im Jahre 1950 bis 1960 auf 1,1% und schließlich auf 0,0% im Jahre 1970 reduziert.

Aufgrund einer besonders günstigen Konjunktur im Investitionsgüterbereich erhöhte sich dessen Anteil an der Zahl der tätigen Personen von 20,5% im Jahre 1950 auf 37,6% im Jahre 1980. Der größte Sprung gelang von 1960 (24,2%) bis 1970 (34,1%). Gleichzeitig wurde das Übergewicht der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien von 42% im Jahre 1950 auf 31% im Jahre 1980 zurückgedrängt, so daß, gemessen an der Zahl der Beschäftigten, auch in Rheinland-Pfalz nunmehr dem Investitionsgüterbereich die größte Bedeutung zukommt.

#### Langfristige Strukturverschiebungen

Diese Strukturverschiebungen sind zum Teil auf ein verändertes Verbrauchsverhalten zurückzuführen, was sich am Beispiel der Autofabrikation verdeutlichen läßt. So ist auch die Expansion in der rheinland-pfälzischen Gummiverarbeitung im Produktionsgüterbereich insbesondere durch die Steigerung der Reifenherzeugung bedingt. Das Produktionsvolumen übertraf



hier im Jahre 1980 den Ausstoß des Jahres 1970 um 68%. Diese Zuwachsrate war damit doppelt so hoch, wie die des produzierenden Gewerbes insgesamt.

Teils wurde die Verschiebung der Produktionsstruktur auch entscheidend von dem Preisdruck der sogenannten Billigländer, also durch unterschiedliche Produktionsverhältnisse, erzwungen. Der Textil- und Bekleidungskonsum dürfte so keineswegs Ursache der hier aufgezeigten Entwicklung dieser Industriegruppe sein.

### Verbrauchsgüterindustrien unter starkem Importdruck

Das Gewicht der Verbrauchsgüterindustrien stieg in Rheinland-Pfalz von 1950 (27,8%) bis 1960 (30,3%) erheblich und konnte sich bis zum Jahre 1970 (29%) auf diesem Stand halten. Bis 1980 sank sein Anteil mit 26,1% wieder unter das Volumen des Jahres 1950, eine Entwicklung, die noch keineswegs als abgeschlossen gelten kann. Dabei waren bis in die 60er Jahre in der Schuh-, Textil- und Bekleidungsindustrie mehr als die Hälfte der Beschäftigten dieser Wirtschaftshauptgruppe tätig, deren verschärfte Marktbedingungen die rückläufige Entwicklung beeinflussen. Von 1970 bis 1980 setzte sich dieser Trend verstärkt fort (— 35%).

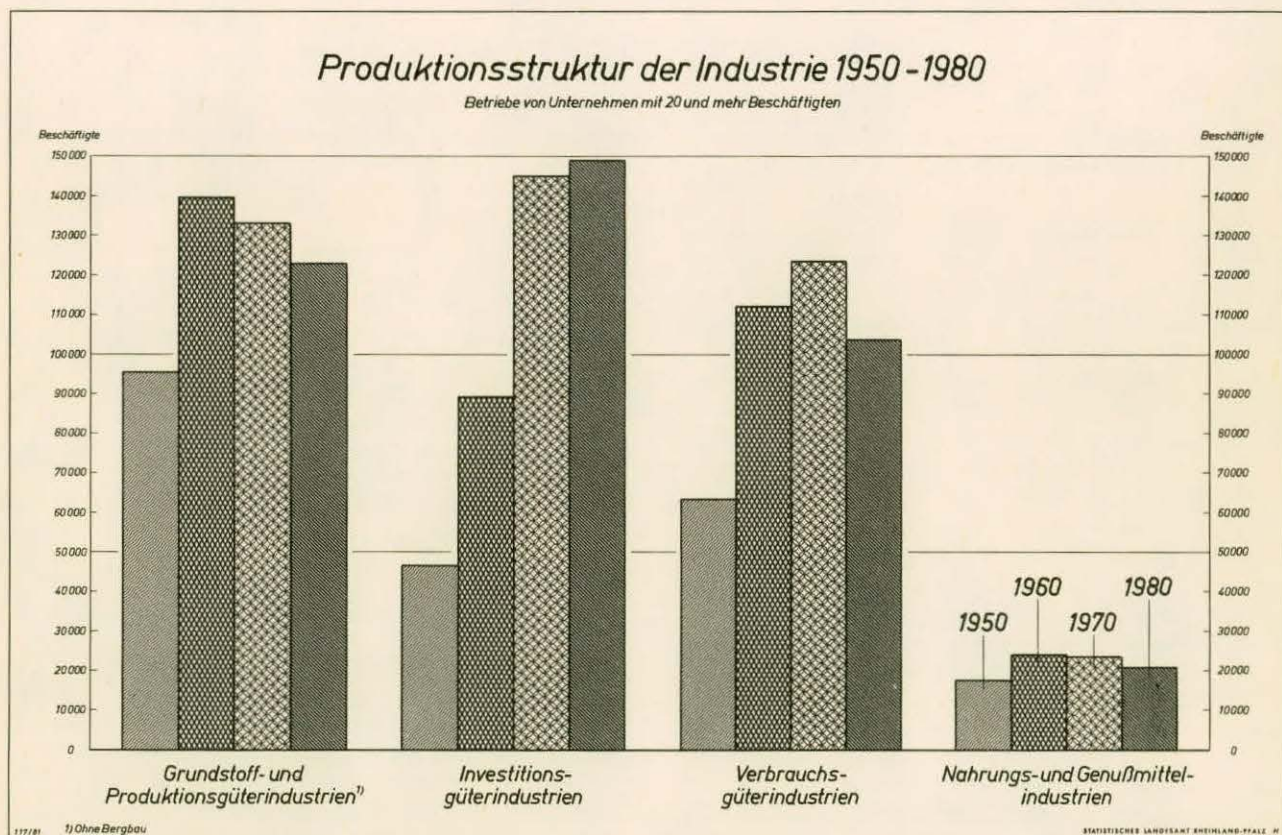
Auch die Nahrungs- und Genußmittelindustrien konnten beim Arbeitsplatzvergleich ihren Stand langfristig nicht behaupten. Ihr Gewicht schrumpfte von 7,7% im Jahre 1950 auf 5,3% im Jahre 1980, und zwar unter den für das Bundesgebiet errechneten Anteilssatz, der sich im Jahre 1980 bei leicht rückläufiger Tendenz auf 6,4% belief. Im Jahre 1960 lag der Wert

für das Bundesgebiet bei 6,9%, für Rheinland-Pfalz bei 6,5%.

Während den Verbrauchsgüter- sowie den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien in Rheinland-Pfalz im Jahre 1980 eine wesentlich größere Bedeutung zukommt als im Bundesgebiet, konnte der Investitionsgüterbereich trotz der aufgezeigten äußerst günstigen Entwicklung das Niveau des Bundesdurchschnitts mit einem Anteil von 49,7% nicht erreichen. Hier ist die Industriestruktur in Rheinland-Pfalz wohl als ausgewogener zu bezeichnen. Die Erhöhung des Anteils der Investitionsgüterindustrie von 40,6% im Jahre 1960 auf heute knapp 50% vollzog sich im Bundesgebiet vornehmlich zu Lasten des Bergbaus, dessen Anteil im genannten Zeitraum von 7,4 auf 3% schrumpfte. Gleichzeitig waren aber auch die Verbrauchsgüterindustrien (20,7% gegenüber 24%) rückläufig.

### Ungünstige Entwicklung der Steine- und Erdenindustrie

Die Ausdehnung des Investitionsgüterbereichs vollzog sich in Rheinland-Pfalz vor allem auf Kosten der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien. Bemerkenswert ist, daß die für das Land so bedeutende chemische Industrie von der rückläufigen Entwicklung ausgeschlossen blieb, wie dies die Anteilsätze der Beschäftigten (1950: 16,7%; 1960: 18,5%; 1970: 17,2%; 1980: 18,2%) erkennen lassen. Der Steine- und Erdenbereich, dessen Gewicht von 12,2% im Jahre 1950 auf 4,6% im Jahre 1980 zurückging, war der Hauptverlierer. Bezogen auf die Jahre 1950 und 1970 errechnen sich für 1980 Meßzahlen von 65 bzw. 68, die den Be-





Struktur der Industrie 1950 - 1980  
(Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten)

Wirtschaftszweig	Beschäftigte				Umsatz				Export			
	ins- gesamt	Anteil	Verän- derung	Meß- zahl	ins- gesamt	Anteil	Verän- derung	Meß- zahl	ins- gesamt	Anteil	Verän- derung	Meß- zahl
	Anzahl	%		1950 = 100	Mill. DM	%		1950 = 100	Mill. DM	%		1950 = 100
1950												
Bergbau	4 606	2,0	.	100	39	1,0	.	100	2	0,6	.	100
Grundstoff- u. Produktions- güterindustrien	95 309	42,0	.	100	1 726	43,9	.	100	332	74,7	.	100
Steine und Erden	27 735	12,2	.	100	284	7,2	.	100	36	8,1	.	100
Chemische Industrie	37 985	16,7	.	100	870	22,1	.	100	216	48,7	.	100
Investitionsgüterindustrien	46 642	20,5	.	100	509	13,0	.	100	89	20,0	.	100
Maschinenbau, Daten- verarbeitung	25 359	11,2	.	100	299	7,6	.	100	73	16,4	.	100
Straßenfahrzeugbau	1 748	0,8	.	100	17	0,4	.	100	2	0,4	.	100
Verbrauchsgüterindustrien	63 227	27,8	.	100	870	22,1	.	100	16	3,7	.	100
Schuhindustrie	21 116	9,3	.	100	331	8,4	.	100	0	0,0	.	100
Textil- u. Bekleidungsind.	12 691	5,6	.	100	196	5,0	.	100	1	0,3	.	100
Nahrungs- u. Genußmittelind.	17 356	7,7	.	100	784	20,0	.	100	5	1,0	.	100
I n s g e s a m t	227 140	100,0	.	100	3 928	100,0	.	100	444	100,0	.	100
1960												
Bergbau	4 139	1,1	- 10,1	90	92	0,7	137,3	237	3	0,1	8,0	108
Grundstoff- u. Produktions- güterindustrien	139 869	37,9	46,8	147	6 153	48,8	256,6	357	1 470	69,0	343,3	443
Steine und Erden	33 618	9,1	21,2	121	867	6,9	205,7	306	73	3,4	103,7	204
Chemische Industrie	68 246	18,5	79,7	180	3 729	29,6	328,5	429	1 275	59,9	490,7	591
Investitionsgüterindustrien	89 223	24,2	91,3	191	1 968	15,6	286,1	386	386	18,1	335,6	436
Maschinenbau, Daten- verarbeitung	39 265	10,6	54,8	155	913	7,2	205,2	305	303	14,2	316,6	417
Straßenfahrzeugbau	8 799	2,4	403,4	503	84	0,7	385,4	485	7	0,3	334,2	434
Verbrauchsgüterindustrien	112 052	30,3	77,2	177	2 509	19,9	188,4	288	212	10,0	1 193,3	1 293
Schuhindustrie	32 439	8,8	53,6	154	672	5,3	103,2	203	7	0,3	6 247,3	6 347
Textil- u. Bekleidungsind.	24 594	6,7	93,8	194	472	3,7	140,6	241	21	1,0	1 383,1	1 483
Nahrungs- u. Genußmittelind.	23 908	6,5	37,8	138	1 882	15,0	140,0	240	58	2,8	1 171,1	1 271
I n s g e s a m t	369 191	100,0	62,5	163	12 604	100,0	220,9	321	2 129	100,0	379,9	480
1970												
Bergbau	119	0,0	- 97,1	3	11	0,0	- 88,0	28	3	0,0	4,6	113
Grundstoff- u. Produktions- güterindustrien	133 127	31,4	- 4,8	140	12 393	39,2	101,4	718	3 520	51,0	139,5	1 062
Steine und Erden	26 735	6,3	- 20,5	96	1 673	5,3	93,0	590	142	2,1	95,0	397
Chemische Industrie	73 277	17,2	7,4	193	7 464	23,6	100,2	858	2 887	41,8	126,4	1 337
Investitionsgüterindustrien	145 095	34,1	62,6	311	9 866	31,2	401,4	1 936	2 651	38,4	587,2	2 993
Maschinenbau, Daten- verarbeitung	51 982	12,2	32,4	205	3 308	10,5	262,2	1 106	1 212	17,6	299,4	1 664
Straßenfahrzeugbau	33 532	7,9	281,1	1 918	3 968	12,6	4 628,2	22 949	1 147	16,6	16 769,1	73 240
Verbrauchsgüterindustrien	123 416	29,0	10,1	195	5 610	17,8	123,6	645	622	9,0	193,3	3 793
Schuhindustrie	31 578	7,4	- 7,2	150	1 251	4,0	86,1	378	76	1,1	965,5	67 633
Textil- u. Bekleidungsind.	25 811	6,1	4,9	203	1 123	3,6	137,8	572	113	1,6	440,3	8 014
Nahrungs- u. Genußmittelind.	23 383	5,5	- 2,2	135	3 724	11,8	97,8	475	107	1,6	83,0	2 327
I n s g e s a m t	425 140	100,0	15,2	187	31 604	100,0	150,7	805	6 903	100,0	224,2	1 556
1980												
Bergbau	122 932	31,0	- 7,7	123	29 131	40,5	134,9	1 651	10 256	47,1	191,1	3 070
Grundstoff- u. Produktions- güterindustrien	18 080	4,6	- 32,4	65	2 762	3,8	65,1	974	394	1,8	176,7	1 099
Steine und Erden	72 269	18,2	- 1,4	190	16 503	22,9	121,1	1 897	8 180	37,5	183,4	3 790
Chemische Industrie	149 165	37,6	2,8	320	24 468	34,0	148,0	4 801	9 244	42,4	248,7	10 439
Investitionsgüterindustrien	49 648	12,5	- 4,5	196	6 719	9,3	103,1	2 246	2 975	13,6	145,6	4 086
Maschinenbau, Daten- verarbeitung	44 565	11,2	32,9	2 549	12 242	17,0	208,5	70 807	5 402	24,8	371,0	344 964
Straßenfahrzeugbau	103 806	26,1	- 15,9	164	11 425	15,9	103,7	1 313	1 749	8,0	181,3	10 668
Verbrauchsgüterindustrien	20 534	5,2	- 35,0	97	1 643	2,3	31,3	497	174	0,8	130,1	155 592
Schuhindustrie	16 579	4,2	- 35,8	131	1 546	2,1	37,7	788	275	1,3	144,4	19 590
Textil- u. Bekleidungsind.	20 957	5,3	- 10,4	121	6 924	9,6	85,9	883	553	2,5	415,7	12 000
Nahrungs- u. Genußmittelind.												
I n s g e s a m t	396 860	100,0	- 6,7	175	71 948	100,0	127,7	1 832	21 802	100,0	215,9	4 915



schäftigteneinbruch verdeutlichen. Beschränkt man diesen Vergleich allerdings auf den Umsatz, schneidet auch dieser Industriebereich günstig ab. So konnte trotz stark rückläufiger Beschäftigtenzahl (— 32,4%) der Umsatz seit 1970 noch um 65% gesteigert werden.

Die Zunahme im Investitionsgüterbereich ist vorwiegend auf die äußerst günstige Entwicklung im Straßenfahrzeugbau zurückzuführen. Der Maschinenbau einschließlich der Datenverarbeitung, der mit einem Anteil von 11,2% im Jahre 1950 mehr als die Hälfte der Beschäftigten in dieser Hauptgruppe auf sich vereinigte, vermochte seinen Anteil langfristig bei leicht steigender Tendenz zu festigen (1980: 12,5%). Hingegen gelang es dem Straßenfahrzeugbau bei einem Anteil von 0,8% im Jahre 1950 bzw. von 2,4% im Jahre 1960 zwischenzeitlich zum Maschinenbau aufzuschließen. Der Abstand schrumpfte bis 1980 auf 1,3 Prozentpunkte. Auch in den ersten acht Monaten des Jahres 1981 übertraf der Zuwachs im Straßenfahrzeugbau mit + 1,8% den des Maschinenbaus einschließlich Datenverarbeitung, wo sich die Zunahme auf 1,7% belief, so daß sich der Abstand im August auf reichlich 4 000 Beschäftigte weiter reduzierte. Damit konnte zwar in dieser Rezessionsphase die Entwicklung im gesamten Investitionsgüterbereich stabilisiert (+ 0,4%), insgesamt der Beschäftigtenabbau, der sich auf 1,3% belief, aber nicht ganz aufgefangen werden. Für die Industrie ohne den Investitionsgüterbereich errechnet sich eine Abnahme von 2,4%. Hier mußten in diesen acht Monaten 5 837 Arbeitsplätze unbesetzt bleiben.

#### **Boom im Straßenfahrzeugbau**

Bei der Analyse der Straßenfahrzeugindustrie ist zu berücksichtigen, daß mit der Reform der Industriestatistik Ende der 70er Jahre die größeren Betriebe des produzierenden Handwerks in diese Statistik einzubeziehen waren, was für den Bereich Straßenfahrzeugbau besondere Auswirkungen hatte. Hier sind vor allem in der Reparatur viele handwerkliche Großbetriebe tätig, die fortan einzubeziehen waren. Entsprechend mußten die Branchenergebnisse für die zurückliegenden Jahre korrigiert werden, um einen zutreffenden Zeitvergleich sicherzustellen. Durch die methodisch bedingte Änderung der Statistik wurde der Zugewinn durch den Ausbau der beiden Produktionsstätten in Wörth und Kaiserslautern relativiert, so bei dem Beschäftigtenpotential auf einen Anteil von rund einem Drittel. Entsprechend mindern sich die langfristigen Zuwachsraten für das Land, die nach der früheren Abgrenzung der Industriestatistik wesentlich höher ausgefallen wären.

#### **Industrieumsatz des Kreises Germersheim nur von Ludwigshafen übertroffen**

Indes wird der Umfang der Expansion bei einer regionalen Betrachtung der Entwicklung der Standorte Wörth und Kaiserslautern und der Auswirkungen für deren Einzugsbereich evident. Die Zahl der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe in der verbandsfreien Gemeinde Wörth stieg von knapp 1 700 im Jahre 1960 auf rund 11 000 im Jahre 1980. Bezogen auf 1 000 Einwohner, errechnet sich mit 626 Industriebeschäftigten für Wörth ein außerordentlich hohes Er-

gebnis (1960: 192), das durch den gleichzeitig starken Bevölkerungszuwachs infolge der günstigen Erwerbsstruktur dieser Gemeinde die eigentliche Entwicklung nicht voll widerspiegelt.

Die Neuansiedlung von Daimler-Benz in Wörth beeinflusst entscheidend auch das Ergebnis für den Landkreis Germersheim. Hier stieg die Zahl der Beschäftigten in Betrieben mit 20 und mehr tätigen Personen von 3 300 im Jahre 1950 auf nahezu 13 700 im Jahre 1970. Sowohl in den 50er als auch in den 60er Jahren hat sich deren Zahl jeweils verdoppelt. Absolut nahm die Beschäftigtenzahl hier von 1950 auf 1960 um 3 000, im folgenden Jahrzehnt um 7 000 und bis zum Jahre 1980 um weitere 3 000 zu. Auch für die stark rezessive Phase 1980/81 errechnet sich für diesen Landkreis ein Zugewinn von rund 1 000 Arbeitsplätzen in der Industrie. Berücksichtigt man dabei den Beschäftigtenabbau in vielen Branchen, ist diese rechnerische Größe wesentlich höher zu bewerten. Damit hatte sich dieser Kreis unter den Landkreisen im Jahre 1980, wählt man die Beschäftigtenzahl als Indikator, auf Platz vier nach dem Westerwaldkreis (19 032), Neuwied (17 571) und Mayen-Koblenz (16 910) geschoben. Im August 1981 nimmt Germersheim aufgrund seiner trotz der allgemeinen Wirtschaftsflaute günstigen Entwicklung Platz zwei ein, und der Abstand zum Westerwaldkreis ist auf 373 Beschäftigte geschrumpft.

Die Lohn- und Gehaltssumme verdeutlicht den Einkommenseffekt dieser Entwicklung. Für das Jahr 1950 errechnet sich ein Wert von rund 8,5 Mill. DM, der sich 1981 der 700 Mill. DM-Grenze nähern dürfte. Bereits im Jahre 1980 rangierte Germersheim damit auf Platz eins der Landkreise. Von den kreisfreien Städten konnten nur Ludwigshafen und Mainz ein günstigeres Ergebnis verzeichnen.

Der Umsatz des Kreises Germersheim erreichte im Jahre 1980 ein Rekordergebnis von nahezu 11,4 Mrd. DM, womit der Abstand zu Ludwigshafen mit knapp 14,2 Mrd. DM weiter geschrumpft ist. Dank einer sehr hohen Exportquote belegte Germersheim hier ebenfalls den zweiten Rang, eine Entwicklung, die sich 1981 noch verstärkt hat.

#### **Kaiserslautern, eine Opelstadt?**

Die Ansiedlung des Opelwerkes in Kaiserslautern erwies sich für diese Stadt und für die gesamte Westpfalz als äußerst günstig, zumal damit auch ein Gegengewicht zu der Monostruktur des nahen Pirmasenser Raumes mit seiner Schuhindustrie entstand. Trotz der neuen Arbeitsplätze, die hier im Kraftfahrzeugbau in Kaiserslautern ab dem Jahre 1966 geschaffen wurden, war die Beschäftigtenentwicklung der Industrie dieser Stadt entgegen der Gesamtrendenz von 1960 bis 1970 rückläufig, und zwar von 18 277 auf 17 627 Beschäftigte (— 3,6%). Vergleichsweise errechnet sich für Rheinland-Pfalz für diese Zeitspanne ein Zuwachs von 15,2%. Bereits die Zunahme von 1950 bis 1960 war in Kaiserslautern mit 29,3% wesentlich niedriger ausgefallen als für das gesamte Land. Der Zugewinn (+ 62,5%) war hier doppelt so hoch gewesen.

Beschränkt man den Vergleich auf die Großstädte, schneidet Kaiserslautern ebenfalls relativ ungünstig ab. Von 1950 bis 1960 errechnet sich für die Groß-



Entwicklung der Gesamtindustrie und des Straßenfahrzeugbaus 1950 - 1981  
(Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten)

Jahr	Be- triebe	Beschäftigte		Lohn- und Gehaltssumme			Umsatz					
		ins- gesamt	je Betrieb	ins- gesamt	je Be- schäftig- ten	Anteil am Umsatz	ins- gesamt	je Betrieb	je Be- schäftig- ten	Export		
										ins- gesamt	Export- quote	je Be- schäftig- ten
		Anzahl		1 000 DM	DM	%	1 000 DM	DM	DM	1 000 DM	%	DM
<u>Industrie</u>												
Insgesamt												
1950	2 576	227 140	88	676 879	2 980	17,2	3 928 230	1 525	17 294	443 616	11,3	1 953
1960	3 127	369 191	118	2 223 990	6 024	17,6	12 604 260	4 031	34 140	2 128 921	16,9	5 766
1970	3 296	425 140	129	6 087 521	14 319	19,3	31 603 698	9 589	74 337	6 902 574	21,8	16 236
1971	3 379	426 513	126	6 703 815	15 718	19,3	34 818 243	10 304	81 635	7 326 066	21,0	17 177
1972	3 339	422 201	126	7 314 302	17 324	19,2	38 024 208	11 388	90 062	8 731 179	23,0	20 680
1973	3 187	426 820	134	8 296 316	19 438	19,7	42 161 193	13 229	98 780	10 378 358	24,6	24 316
1974	3 134	422 978	135	9 075 912	21 457	18,5	48 928 670	15 612	115 677	14 676 003	30,0	34 697
1975	2 995	397 802	133	9 208 370	23 148	19,1	48 304 017	16 128	121 427	14 042 867	29,1	35 301
1976	2 854	388 303	136	9 829 750	25 315	18,2	53 991 453	18 918	139 045	15 704 860	29,1	40 445
1977	2 914	386 982	133	10 601 253	27 395	18,7	56 790 153	19 489	146 751	16 491 446	29,0	42 616
1978	2 893	385 550	133	11 173 433	28 981	19,4	57 718 727	19 951	149 705	16 257 639	28,2	42 167
1979	2 893	391 945	135	12 072 169	30 801	18,4	65 734 747	22 722	167 714	19 186 305	29,2	48 952
1980	2 899	396 860	137	12 980 476	32 708	18,0	71 947 929	24 818	181 293	21 802 062	30,3	54 936
1981	2 902	391 771	135	13 492 440	34 440	18,8	71 695 662	24 706	183 004	24 810 294	34,6	63 329
Veränderung zum Vorjahr in %												
1960	21,4	62,5	34,1	228,6	102,1	.	220,9	164,3	97,4	379,9	.	195,2
1970	5,4	15,2	9,3	173,7	137,7	.	150,7	137,9	117,7	224,2	.	181,6
1971	2,5	0,3	-2,3	10,1	9,8	.	10,2	7,5	9,8	6,1	.	5,8
1972	-1,2	-1,0	-	9,1	10,2	.	9,2	10,5	10,3	19,2	.	20,4
1973	-4,6	1,1	6,3	13,4	12,2	.	10,9	16,2	9,7	18,9	.	17,6
1974	-1,7	-0,9	0,7	9,4	10,4	.	16,1	18,0	17,1	41,4	.	42,7
1975	-4,4	-6,0	-1,5	1,5	7,9	.	-1,3	3,3	5,0	-4,3	.	1,7
1976	-4,7	-2,4	2,3	6,7	9,4	.	11,8	17,3	14,5	11,8	.	14,6
1977	2,1	-0,3	-2,2	7,8	8,2	.	5,2	3,0	5,5	5,0	.	5,4
1978	-0,7	-0,4	-	5,4	5,8	.	1,6	2,4	2,0	-1,4	.	-1,1
1979	-	1,7	1,5	8,0	6,3	.	13,9	13,9	12,0	18,0	.	16,1
1980	0,2	1,3	1,5	7,5	6,2	.	9,5	9,2	8,1	13,6	.	12,2
1981	0,1	-1,3	-1,5	3,9	5,3	.	-0,4	-0,5	0,9	13,8	.	15,3
<u>Straßenfahrzeugbau</u> <sup>1)</sup>												
Zusammen												
1950	179	1 748	10	4 003	2 290	23,2	17 289	97	9 891	1 566	9,1	896
1960	177	8 799	50	47 674	5 418	56,8	83 914	474	9 537	6 799	8,1	773
1970	312	33 532	107	456 369	13 610	11,5	3 967 593	12 717	118 323	1 146 931	28,9	34 204
1971	320	34 686	108	505 073	14 561	11,3	4 485 653	14 018	129 322	1 152 952	25,7	33 240
1972	328	34 786	106	559 913	16 096	12,4	4 511 698	13 755	129 699	1 382 210	30,6	39 735
1973	312	37 428	120	677 407	18 099	13,5	5 003 481	16 037	133 683	1 744 204	34,9	46 602
1974	312	35 688	114	710 916	19 920	12,6	5 633 829	18 057	157 863	2 765 520	49,1	77 492
1975	312	35 410	113	786 843	22 221	10,1	7 752 991	24 849	218 949	3 825 131	49,3	108 024
1976	296	37 202	126	890 971	23 950	11,0	8 124 357	27 447	218 385	3 650 637	44,9	98 130
1977	326	39 555	121	1 021 194	25 817	11,0	9 279 456	28 465	234 596	3 962 531	42,7	100 178
1978	320	40 116	125	1 096 690	27 338	12,0	9 125 195	28 516	227 470	3 247 167	35,6	80 944
1979	337	43 351	129	1 245 265	28 725	11,7	10 642 512	31 580	245 496	4 045 329	38,0	93 316
1980	344	44 565	130	1 385 602	31 092	11,3	12 241 736	35 586	274 694	5 402 130	44,1	121 219
1981	358	45 245	126	1 496 162	33 068	11,3	13 258 733	37 036	293 043	6 766 405	51,0	149 550
Veränderung zum Vorjahr in %												
1960	-1,1	403,4	400,0	1 091,0	136,6	.	385,4	390,8	-3,6	334,2	.	-13,7
1970	76,3	281,1	114,0	857,3	151,2	.	4 628,2	2 582,3	1 140,7	16 769,1	.	4 324,8
1971	2,6	3,4	0,9	10,7	7,0	.	13,1	10,2	9,3	0,5	.	-2,8
1972	2,5	0,3	-1,9	10,9	10,5	.	0,6	-1,9	0,3	19,9	.	19,5
1973	-4,9	7,6	13,2	21,0	12,4	.	10,9	16,6	3,1	26,2	.	17,3
1974	-	-4,6	-5,0	4,9	10,1	.	12,6	12,6	18,1	58,6	.	66,3
1975	-	-0,8	-0,9	10,7	11,6	.	37,6	37,6	38,7	38,3	.	39,4
1976	-5,1	5,1	11,5	13,2	7,8	.	4,8	10,5	-0,3	-4,6	.	-9,2
1977	10,1	6,3	-4,0	14,6	7,8	.	14,2	3,7	7,4	8,5	.	2,1
1978	-1,8	1,4	3,3	7,4	5,9	.	-1,7	0,2	-3,0	-18,1	.	-19,2
1979	5,3	8,1	3,2	13,5	5,1	.	16,6	10,7	7,9	24,6	.	15,3
1980	2,1	2,8	0,8	11,3	8,2	.	15,0	12,7	11,9	33,5	.	29,9
1981	4,1	1,5	-3,1	8,0	6,4	.	8,3	4,1	6,7	25,3	.	23,4

1) Export einschl. Schiffbau, Luft- und Raumfahrzeugbau.



städte ein Beschäftigtenzugang von 83%, für das folgende Jahrzehnt von 12%. Die Zuwachsraten für Koblenz beliefen sich auf 80 und 87% und für Trier auf 71 und 37%. Ludwigshafen vermochte nach einer Verdoppelung den Stand von 1960 auf 1970 noch auf nahezu 67 000 Beschäftigte zu steigern (+ 4,8%). Die Landeshauptstadt wies von 1950 auf 1960 den größten Zugewinn auf (+ 144%) und expandierte bis 1970 auf einen Stand von 26 700 (+ 21%), der allerdings in den Folgejahren wieder leicht auf rund 24 100 absank.

Zieht man von der Beschäftigtenzahl für Kaiserslautern die rund 6 000 Mitarbeiter (diese Angabe ist der FAZ vom 8. September 1981, Seite 15 entnommen und unterliegt daher nicht der statistischen Geheimhaltung) des dortigen Opelwerkes ab, so wird deutlich, mit welchen Anpassungsproblemen die dort bereits ansässigen Betriebe zu kämpfen haben. Zudem ist derzeit die Existenz eines Textilgroßbetriebs noch ungesichert, so daß einer weiteren Aufstockung der Zahl der Beschäftigten im Kraftfahrzeugbau eine wichtige Kompensationsfunktion zukommt.

Darüber hinaus hat der Standort Kaiserslautern als Oberzentrum für die umliegenden Landkreise große Bedeutung. Diese umliegenden Landkreise verfügen über keine allzu günstige Industriestruktur. Vor al-

lem verlief hier die Entwicklung seit 1970 wenig befriedigend. So ging die Zahl der in der Industrie Beschäftigten von 95 im Jahre 1970 auf rund 80 je 1 000 Einwohner im Jahre 1981 zurück. Diese Quote war 1975/76 sogar unter 80 abgesunken. Die benachbarten Landkreise Kaiserslautern und Kusel weisen die ungünstigste Struktur auf, während sich der Landkreis Pirmasens mit einer Quote von 126 für 1981 positiv abhebt. Allerdings hatte sich diese Relation dort im Jahre 1960 noch auf 186 belaufen. Die Beschäftigtenzahl sank von knapp 18 000 im Jahre 1960 auf rund 12 500. Die Landkreise Kusel und Kaiserslautern blieben mit der Gesamtzahl der in der Industrie Beschäftigten unter dem genannten Personalstand des Opelwerkes in Kaiserslautern und die Landkreise Donnersberg und Bad Dürkheim übertrafen diese nur unwesentlich, was die Schwäche dieser Räume verdeutlicht und die große Bedeutung der Neuansiedlung für die Region unterstreicht.

Gleiches gilt für den Standort Wörth. Nur in sechs kreisfreien Städten und in zwei Landkreisen des Regierungsbezirks Rheinhessen-Pfalz übersteigt die Zahl der Mitarbeiter in der Industrie die des Lastkraftwagenwerkes in Wörth, welches mit mehr als 10 000 Arbeitskräften zur zweitgrößten Produktionsstätte in Rheinland-Pfalz aufrückte.

Entwicklung der Industrie im Landkreis Germersheim und in der Stadt Wörth 1950 - 1981  
(Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten)

Jahr	Landkreis Germersheim							Stadt Wörth		
	Be- triebe	Beschäftigte		Lohn- und Gehalts- summe	Umsatz			Be- triebe	Beschäftigte	
		ins- gesamt	je 1 000 Einwohner		ins- gesamt	Export	Export- quote		ins- gesamt	je 1 000 Einwohner
		Anzahl			1 000 DM		%		Anzahl	
Insgesamt										
1950	41	3 298	49	8 490	31 396	1 494	4,8	.	.	.
1960	64	6 428	84	32 190	187 498	12 144	6,5	.	1 670	192
1970	71	13 656	149	204 215	2 980 310	.	.	13	8 217	546
1971	79	13 893	146	227 508	3 372 428	.	.	16	8 252	520
1972	77	14 237	146	260 949	3 589 324	.	.	16	8 558	517
1973	72	15 202	153	314 393	4 242 575	.	.	13	9 348	538
1974	68	15 303	155	349 839	5 231 561	.	.	12	9 535	553
1975	69	14 794	151	376 913	6 997 311	.	.	12	9 675	560
1976	65	14 487	147	393 764	7 044 114	.	.	12	9 570	553
1977	61	15 179	153	437 023	7 764 202	.	.	11	9 846	559
1978	64	15 290	153	468 409	7 358 307	.	.	10	9 730	550
1979	63	16 177	162	524 971	8 877 998	.	.	11	10 266	585
1980	62	16 820	167	596 591	11 365 849	.	.	10	10 977	626
1981	63	17 763	176	668 718	10 979 045	.	.	9	12 482	710
Veränderung zum Vorjahr in %										
1960	56,1	94,9	71,4	279,2	497,2	712,9	.	.	.	.
1970	10,9	112,4	77,4	534,4	1 489,5	.	.	.	392,0	184,4
1971	11,3	1,7	- 2,0	11,4	13,2	.	.	23,1	0,4	- 4,8
1972	- 2,5	2,5	-	14,7	6,4	.	.	-	3,7	- 0,6
1973	- 6,5	6,8	4,8	20,5	18,2	.	.	- 18,8	9,2	4,1
1974	- 5,6	0,7	1,3	11,3	23,3	.	.	- 7,7	2,0	2,8
1975	1,5	- 3,3	- 2,6	7,7	33,8	.	.	-	1,5	1,3
1976	- 5,8	- 2,1	- 2,6	4,5	0,7	.	.	-	- 1,1	- 1,3
1977	- 6,2	4,8	4,1	11,0	10,2	.	.	- 8,3	2,9	1,1
1978	4,9	0,7	-	7,2	- 5,2	.	.	- 9,1	- 1,2	- 1,6
1979	- 1,6	5,8	5,9	12,1	20,7	.	.	10,0	5,5	6,4
1980	- 1,6	4,0	3,1	13,6	28,0	.	.	- 9,1	6,9	7,0
1981	1,6	5,6	5,4	12,1	- 3,4	.	.	- 10,0	13,7	13,4



## Großbetriebe dominieren

In den acht Betrieben des Straßenfahrzeugbaus mit 1 000 und mehr tätigen Personen nach dem Stand von September 1980 waren nahezu 24 000 der 44 700 Beschäftigten dieses Industriezweiges tätig. Von besonderem Gewicht sind hier noch die Reparaturbe-

triebe der Größenklasse 20 bis 49, wo in 216 Werkstätten 7 203 Arbeitskräfte Beschäftigung finden. Setzt man den Schnitt bei 200 Beschäftigten, entfielen zwei Drittel des Personals auf die über dieser Schwelle liegenden 25 Betriebsstätten.

Dr. K. H. Speth

## Kaufkraft der D-Mark im Ausland

Anfang der 70er Jahre breitete sich weltweit eine Inflationswelle aus, von der die Bundesrepublik Deutschland jedoch nur relativ wenig betroffen wurde. Als es im Jahre 1973 unter dem Einfluß des OPEC-Kartells zu einem drastischen Anstieg des Ölpreises kam, beschleunigte sich der allgemeine Geldverfall und auch in der Weltrezession von 1975 gelang es nicht, den Anstieg der Preise zu brechen. Im internationalen Vergleich erwies sich die D-Mark bis Ende der 70er Jahre als außerordentlich stabil. Erst 1980 kam es infolge der ab 1979 eingetretenen Leistungsbilanzdefizite, die wiederum in ursächlichem Zusammenhang mit den ungewöhnlich starken Verteuerungen der Importe von Rohöl und Mineralölserzeugnissen stehen, zu einer Verschlechterung des Außenwertes der D-Mark. Allein von August 1980 bis August 1981 ist der Kurs der D-Mark gegenüber den Währungen der wichtigsten deutschen Handelspartner im Durchschnitt um 4,1% gesunken, gegenüber dem Dollar, der wichtigsten Währung im Welthandel, sogar um mehr als 28%. Gleichzeitig war eine Steigerung des inländischen Verbraucherpreisniveaus festzustellen.

Nicht zuletzt die positive Kaufkraftentwicklung der D-Mark machte es in der Vergangenheit möglich, daß viele deutsche Urlauber ins Ausland gereist sind. Die Kaufkraft der D-Mark im Ausland hängt in erster Linie von ihrem Außenwert ab, der sich bei freiem Wechselkurs von Angebot und Nachfrage auf dem Devisenmarkt ergibt. Der jeweilige Wechselkurs gibt an, wieviel Devisen, also ausländische Zahlungsmittel, im Umtausch gegen eine D-Mark zu erhalten sind.

Über die sogenannten Verbrauchergeldparitäten läßt sich feststellen, ob ein länger als nur einige Wochen im Ausland lebender Deutscher für die in die jeweilige Landeswährung umgewechselten D-Mark-Beträge mehr oder weniger kaufen kann als daheim. Die daneben ermittelten Reisegeldparitäten, die hauptsächlich Preise für Waren und Dienstleistungen des Beherbergungs- und Gaststättengewerbes sowie Fahrtkosten berücksichtigen, geben den Kaufkraftvorteil bzw. -verlust bei Umtausch der D-Mark für Urlauber und Geschäftsreisende in den wichtigsten europäischen Reiseländern an.

### In der Bundesrepublik geringster Anstieg der Verbraucherpreise

Der internationale Preisvergleich konzentriert sich vor allem auf die zehn Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft sowie auf andere benachbarte Länder wie Österreich, die Schweiz und Jugoslawien.

Allerdings sind die Preisindizes der Lebenshaltung in den einzelnen europäischen Ländern nicht uneingeschränkt miteinander vergleichbar. Stellt man den prozentualen Anstieg der Verbraucherpreise von Land zu Land gegenüber, so ist zu berücksichtigen, daß Güterauswahl, Erhebungs- und Berechnungsmethoden nicht voll übereinstimmen. Die zeitliche Vergleichbarkeit wird teilweise auch durch Änderungen in den Indexberechnungen und Güterbeschreibungen beein-

Preisindex der Lebenshaltung  
in ausgewählten europäischen Ländern 1979 - 1981

Land	1979	1980	Juni 1981
	Veränderung zum Vorjahr bzw. Vorjahresmonat in %		
Jugoslawien	21,0	30,0	42,0
Griechenland	18,7	24,9	23,3
Italien	14,8	21,2	21,0
Republik Irland	13,3	18,2	.
Portugal	23,5	16,6	17,6
Norwegen	.	10,9	13,9
Spanien	15,7	15,5	13,8
Schweden	7,2	13,7	13,3
Frankreich	10,8	13,6	13,1
Finnland	7,5	11,6	13,0
Dänemark	9,6	12,3	12,9
Großbritannien	13,4	18,0	11,3
Luxemburg	4,5	6,3	8,4
Belgien	4,5	6,6	7,3
Niederlande	4,3	7,0	6,8
Schweiz	3,6	4,0	6,4
Österreich	3,7	6,4	6,3
Bundesrepublik Deutschland	4,1	5,5	5,5

trächtigt. Dennoch geben die ermittelten Steigerungsraten der Preisindizes der Lebenshaltung einen recht guten Überblick über das unterschiedliche Tempo des Geldverfalls.

Die höchste Teuerungsrate verzeichnete in den letzten Jahren Jugoslawien. Allein von Juni 1980 bis Juni 1981 erhöhte sich dort der Preisindex der Lebenshaltung um nicht weniger als 42%. Die Bundesrepublik Deutschland gehört seit vielen Jahren neben der Schweiz zu den Ländern mit dem geringsten Anstieg der Verbraucherpreise. Die Steigerungsrate belief sich im Juni 1981 gegenüber Juni 1980 auf 5,5% und fiel somit noch niedriger aus als die in der Schweiz (+ 6,4%).

### Verbrauchergeld- und Reisegeldparitäten

Das vorwiegende Interesse der einige Zeit im Ausland lebenden Deutschen und der nur für wenige Wochen ins Ausland reisenden Personen gilt neben dem



ermittelten Devisenkurs vor allem den sogenannten Verbrauchergeld- und Reisegeldparitäten. Zur Ermittlung der Verbrauchergeldparitäten wird ein vorgegebener Warenkorb einmal mit Preisen nach fremder und außerdem nach eigener Währungseinheit bewertet. Den Berechnungen werden eine repräsentative Güterauswahl und die Struktur der Verbrauchsausgaben aller privaten Haushalte in der Bundesrepublik zugrunde gelegt. Die auf ausländischer Seite verwendeten Gewichte sind von den für die betreffenden Länder berechneten Wägungsschemata der Verbraucherpreisindizes abgeleitet. Außerdem werden die Warenkörbe für viele Länder nach ausländischen und inländischen Verbrauchsgewohnheiten ausgetauscht und Preise berechnet, jedoch nur dann, wenn beide Warenkörbe sich nicht zu stark voneinander unterscheiden. Im ersten Falle wird unterstellt, daß sich eine im Ausland wohnende Familie den ausländischen Verbrauchsgewohnheiten anpaßt, im zweiten Fall, daß sie die heimischen Verbrauchsgewohnheiten beibehält. Diese Annahme muß hilfsweise erfolgen, da sonst grob geschätzt werden müßte, wie stark sich deutsche Familien im Ausland den jeweiligen Verbrauchsgewohnheiten anpassen. Die Entwicklung der Wohnungsmieten bleibt allerdings unberücksichtigt, weil es keine Information darüber gibt, wo in verschiedenen ausländischen Orten Wohnungen zu finden sind, die nach Größe, Ausstattung und Lage voll vergleichbar sind. Infolge des erheblichen Aufwands werden Verbrauchergeldparitäten nur in größeren Zeitabständen originär ermittelt. Die Weiterrechnung erfolgt mittels der Preisindizes der Lebenshaltung. Die errechneten Verbrauchergeld-

paritäten können aus den dargelegten Gründen nicht als ein völlig exakter Kaufkraftvergleich angesehen werden, sind jedoch für Vergleichszwecke gut geeignet. Sie dienen insbesondere staatlichen und privaten Institutionen sowie Firmen, die ihre Mitarbeiter für einige Zeit ins Ausland senden und in der Währung des betreffenden Landes bezahlen, als Vergleichsmaßstab. Das Statistische Bundesamt veröffentlicht in der Fachserie 17 Reihe 10, „Internationaler Vergleich der Preise für die Lebenshaltung“ laufend Verbrauchergeldparitäten für 61 Länder und Reisegeldparitäten für zehn Länder.

#### In Italien höchster Kaufkraftgewinn beim Umtausch der D-Mark für längeren Auslandsaufenthalt

Gemessen an den Verbrauchergeldparitäten sind vom Jahresdurchschnitt 1980 zu April 1981 beim Umtausch der D-Mark in andere Währungen in den meisten Fällen die Kaufkraftgewinne geringer geworden. Früher schon eingetretene Kaufkraftverluste haben noch zugenommen. Von den nach deutschem Verbrauchsschema im europäischen Ausland lebenden deutschen Haushalten konnten im April 1981 die in Italien wohnenden Personen beim Devisentausch den größten Kaufkraftvorteil (+ 23%) erzielen. Danach folgten die deutschen Haushalte in Luxemburg (+ 14,5%), Jugoslawien (+ 6%) und den Niederlanden (+ 2%). Gleich hoch war die Kaufkraft in Spanien, während in den übrigen Ländern Kaufkraftverluste hingenommen werden mußten, die höchsten in der Schweiz und in Dänemark (jeweils — 21%).

Für einen Haushalt, der nach deutschen Konsumgewohnheiten im Ausland lebt, hat die dortige Währungseinheit durchweg einen niedrigeren Kaufkraftwert, als wenn er sich den Verbrauchsverhältnissen des Auslands anpaßt. Verbrauchergeldparitäten nach ausländischem Verbrauchsschema liegen jedoch nur für acht europäische Länder vor. So erreichten deutsche Haushalte, die in Italien nach dortigem Verbrauchsschema leben, beim Umtausch der D-Mark einen Kaufkraftgewinn von nicht weniger als 48%. Danach folgen deutsche Haushalte in Irland (+ 29%), den Niederlanden (+ 12%), Österreich (+ 10,9%) und Frankreich (+ 5,2%). Der stärkste Kaufkraftverlust wurde für Deutsche in der Schweiz errechnet (— 16%).

#### Jugoslawien ist billigstes Reiseland für deutsche Urlauber

Im Warenkorb für die Reisegeldparitäten, der aus den in Haushaltsbüchern aufgezeichneten Ausgaben von Beamten- und Angestelltenhaushalten mit höherem Einkommen für einen mehrwöchigen Urlaub im Ausland abgeleitet wird, sind vorwiegend Preise für Essen und Übernachtung in Hotels und anderen Unterkünften, fremde Verkehrsleistungen sowie die Unterhaltung des eigenen Wagens enthalten. Auf diese Ausgaben entfallen 78% des Warenkorbes für Reisegeldparitäten, während beim Warenkorb für Verbrauchergeldparitäten die entsprechenden Anteile nur 17% des Gesamtwertes ausmachen. Obwohl die Reisegeldparitäten nur für Urlaubsreisen ermittelt wurden, können sie auch für längere Geschäfts- und Dienst-

Verbrauchergeldparität (ohne Wohnungsmiete)  
ausgewählter europäischer Länder 1980 und April 1981

Land	WE	Verbraucher- geld- parität		Kaufkraft- gewinn (+) bzw. -verlust (-) beim Umtausch der DM in andere Währungen	
		100 WE = ... DM		1980	April 1981
		1980	April 1981	1980	April 1981
		DM		%	
Nach deutschem Verbrauchsschema					
Italien	Lit	0,27	0,25	+ 28,1	+ 23,1
Luxemburg	Ifr	7,06	7,00	+ 13,6	+ 14,5
Jugoslawien	Din	8,90	6,98	+ 19,3	+ 6,0
Niederlande	hfl	92,52	91,93	+ 1,2	+ 2,0
Spanien	Pta	2,62	2,47	+ 3,3	+ 0,1
Belgien	bfr	6,08	6,07	- 2,2	- 0,7
Irland	Ir £	398,00	368,00 <sup>1)</sup>	+ 6,6	- 0,8 <sup>1)</sup>
Österreich	S	14,10	14,01	+ 0,4	- 0,9
Griechenland	Dr	4,61	4,04	+ 8,2	- 1,7
Frankreich	FF	41,94	40,22	- 2,5	- 5,0
Großbritannien	£	402,00	384,00	- 4,9	- 18,4
Dänemark	dkr	26,22	25,01	- 18,7	- 21,3
Schweiz	sfr	86,29	86,31	- 20,5	- 21,3
Nach ausländischem Verbrauchsschema					
Italien	Lit	0,33	0,30	+ 54,5	+ 48,0
Irland	Ir £	516,00	477,00 <sup>1)</sup>	+ 38,2	+ 28,5 <sup>1)</sup>
Niederlande	hfl	101,35	100,71	+ 10,8	+ 11,7
Österreich	S	15,78	15,68	+ 12,3	+ 10,9
Frankreich	FF	46,44	44,53	+ 8,0	+ 5,2
Großbritannien	£	471,00	451,00	+ 11,4	- 4,1
Dänemark	dkr	30,50	29,08	- 5,4	- 8,5
Schweiz	sfr	92,19	92,22	- 15,0	- 15,9

1) Februar.



Kaufkraft der D-Mark beim Urlaub  
in ausgewählten europäischen Reiseländern  
(Reisegeldparitäten) 1979 - 1981

Land	Winter 1979/80	Sommer 1980	Winter 1980/81	Juni 1981
	DM			
Jugoslawien	1,39	1,68	1,37	1,28
Italien	1,38	1,26	1,19	1,19
Luxemburg	1,20	1,16	1,14	1,18
Niederlande	1,04	1,02	1,01	1,03
Österreich	1,02	1,00	0,99	1,01
Frankreich	1,06	1,00	0,98	0,99
Spanien	0,98	1,00	0,95	0,91
Großbritannien	1,07	0,94	0,80	0,82
Schweiz	0,83	0,83	0,82	0,79
Dänemark	0,86	0,82	0,81	0,79

reisen als ausreichend repräsentativ gelten. Kontrollrechnungen haben ergeben, daß der Kaufkraftgewinn oder -verlust beim Umtausch der D-Mark in andere Währungen sowohl für Urlauber als auch für Personen, die Geschäfts- oder Dienstreisen ins Ausland unternehmen und somit teilweise andere Waren und Dienstleistungen nachfragen, annähernd gleich ist. Anders als bei den Verbrauchergeldparitäten erschien es für Reisegeldparitäten nicht sinnvoll, zusätzlich einen Warenkorb nach dem Verbrauchsschema ausländischer Reisender zu berechnen. Die Weiterrechnung der ermittelten Reisegeldparitäten kann infolge der hohen Wertanteile für Waren und Dienstleistungen des Gastgewerbes sowie für Fahrtkosten nicht allein über den Preisindex der Lebenshaltung vorgenommen werden. Deshalb werden die Reisegeldparitäten unterteilt in einen kleineren Teil, der eine Fortrechnung mit dem Preisindex der Lebenshaltung zuläßt und einen

größeren Teil, der halbjährlich neu zu ermitteln ist, und zwar im Januar für die Wintersaison und im August für die Sommersaison.

Die berechneten Reisegeldparitäten für zehn ausgewählte europäische Länder zeigen, wie stark sich im Winter 1980/81 und im Sommer 1981 im Vergleich zum Vorjahr die Gewichte zugunsten eines Urlaubs in Deutschland verschoben haben. Konnte im Winter 1979/80 noch für sieben Urlaubsländer ein Kaufkraftgewinn beim Umtausch der D-Mark in die andere Landeswährung errechnet werden und nur für drei ein Kaufkraftverlust, so ergaben sich in der Wintersaison 1980/81 nur noch für vier Länder Vorteile, während in sechs Ländern mehr Geld als daheim erforderlich war, um die gleichen Waren und Dienstleistungen zu erhalten. Ähnliche Einbußen verzeichnete die Kaufkraft der D-Mark im Urlaub in der Sommersaison 1981 im Vergleich zum Vorjahr. Im Juni 1981 erzielten die Urlauber den höchsten Kaufkraftgewinn in Jugoslawien (+ 28%), Italien (+ 19%) und Luxemburg (+ 18%). Am meisten mußten deutsche Urlauber in der Schweiz und in Dänemark dazuzahlen, wo sie beim Umtausch der D-Mark Kaufkraftverluste von 21% hinzunehmen hatten. Da Wechselkursänderungen bei den meisten Reiseländern keine wesentliche Rolle spielen, weil entweder über das Europäische Währungssystem in Grenzen feste Wechselkurse bestehen oder, wie in Österreich, ohne eine solche Bindung ein Gleichschritt mit der D-Mark angestrebt wird, ist die Kaufkraft der D-Mark im Urlaub vor allem deshalb gesunken, weil die ausländischen Preissteigerungen über die Wechselkurse nicht ausgeglichen wurden.

Diplom-Volkswirt A. Wachweger

## Fächerwahl in der Mainzer Studienstufe 1975 bis 1980

Die Mainzer Studienstufe, das rheinland-pfälzische Modell zur Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe, wurde nach vierjähriger Versuchsphase an sieben ausgewählten Gymnasien zunächst stufenweise freiwillig und 1975 verbindlich für alle Schulen eingeführt. Die Mainzer Studienstufe berücksichtigt alle Vorschriften der Vereinbarung zur Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe in der Sekundarstufe II, die am 7. Juli 1972 von der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland beschlossen wurde.

Wesentliches Merkmal der reformierten Oberstufe ist, daß das frühere Klassensystem durch ein Kursystem ersetzt wurde. Jeder Schüler belegt eine bestimmte Kurskombination, wodurch an die Stelle der Klassenstundenpläne für alle Schüler der Individualstundenplan jedes einzelnen Schülers tritt. Ziel dieser Reform der Oberstufe war es, neben der Möglichkeit zur Bildung individueller Lernschwerpunkte die Schüler frühzeitig an selbständiges Arbeiten und auch an das Lernen in wechselnden Gruppen zu gewöhnen. Die Schüler sollen Arbeitsweisen einüben können, die

von ihnen nach dem Besuch des Gymnasiums verlangt werden.

Im System der rheinland-pfälzischen Mainzer Studienstufe belegt jeder Schüler für die Jahrgangsstufe 11 eine Fächerkombination, die er spätestens zum zweiten Schulhalbjahr noch einmal revidieren kann, dann aber bis zum Abitur beibehalten muß. Bei der Fächerbelegung muß jeder Schüler drei Leistungskurse mit

Schüler in Jahrgangsstufe 11  
der Mainzer Studienstufe 1975 - 1980

Jahr	Schüler	Männlich		Weiblich	
		Anzahl	%	Anzahl	%
1975/76	10 152	5 502	54,2	4 650	45,8
1976/77	9 248	4 940	53,4	4 308	46,6
1977/78	9 682	4 993	51,6	4 689	48,4
1978/79	12 536	6 367	50,8	6 169	49,2
1979/80	13 245	6 620	50,0	6 625	50,0
1980/81	13 391	6 654	49,7	6 737	50,3



Die 15 häufigsten Leistungskurs-Zweierkombinationen  
in Jahrgangsstufe 11 der Mainzer Studienstufe  
1980/81 und 1978/79

Leistungskurs- Zweierkombination	1980/81		1978/79	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Erdkunde - Biologie	2 233	16,7	2 220	17,7
Deutsch - Biologie	2 074	15,5	1 853	14,8
Deutsch - Englisch	1 815	13,6	1 793	14,3
Englisch - Erdkunde	1 798	13,4	1 764	14,1
Englisch - Biologie	1 780	13,3	1 800	14,4
Mathematik - Physik	1 597	11,9	1 406	11,2
Erdkunde - Mathematik	1 444	10,8	1 377	11,0
Deutsch - Erdkunde	1 417	10,6	1 339	10,7
Deutsch - Geschichte	1 305	9,8	1 285	10,3
Deutsch - Sozialkunde	1 278	9,5	1 007	8,0
Englisch - Geschichte	1 239	9,3	1 223	9,8
Geschichte - Biologie	1 220	9,1	1 180	9,4
Englisch - Sozialkunde	1 149	8,6	931	7,4
Sozialkunde - Biologie	1 083	8,1	860	6,9
Englisch - Mathematik	1 026	7,7	995	7,9
Zusammen	22 458	167,7	21 033	167,8
Schüler in Jahrgangsstufe 11	13 391	300,0	12 535	300,0

je fünf Wochenstunden belegen, daneben aber auch eine Reihe zumeist dreistündiger Grundkurse, die auf die belegten Leistungskurse so abgestimmt sind, daß eine breite Grundbildung gesichert ist.

Die gewählte Fächerkombination jedes Schülers muß stets drei Aufgabenfelder umfassen: Das sprachlich-literarisch-künstlerische Aufgabenfeld (Deutsch, eine Fremdsprache, Musik), das gesellschaftswissenschaftliche Aufgabenfeld (Gemeinschaftskunde) und das mathematisch-naturwissenschaftlich-technische Aufgabenfeld (Mathematik, Physik, Chemie, Biologie). Darüber hinaus muß jeder Schüler Religion bzw. Ethikunterricht und Sport belegen.

Mit seinen Vorgaben geht das rheinland-pfälzische Modell der reformierten Oberstufe über die Minimalvereinbarung der Kultusministerkonferenz hinaus. In anderen Bundesländern (außer dem Saarland) sind nur zwei Leistungsfächer aus zwei Aufgabenfeldern zu belegen, in Rheinland-Pfalz drei Leistungsfächer aus zwei Aufgabenfeldern. Außerdem müssen in Rheinland-Pfalz alle Fächer sechs Halbjahre durchgehend bis zum Abitur belegt werden, allenfalls nach dem ersten Halbjahr der Jahrgangsstufe 11 ist noch eine Revision (Umwahl) möglich. Dabei bauen die Kurs-halbjahre als Folgekurse inhaltlich und methodisch aufeinander auf. Mit diesem Folgekurs-Prinzip bei durchgängiger Belegung bilden sich auch im Kurssystem Sozialstrukturen mit Gruppenkonstanz. Gegenüber einigen anderen Bundesländern besteht in Rheinland-Pfalz auch eine erhöhte Einbringungspflicht in Deutsch, Fremdsprachen und Mathematik. Jeder Schüler muß hier jeweils drei Kurse in die Qualifikation einbringen, in anderen Bundesländern sind es nur zwei Kurse in diesen Fächern.

Das Belegungsverhalten der Schüler in der Mainzer Studienstufe, die Kursbildung und die Stunden in Leistungs- und Grundkursen wurden zunächst von einer wissenschaftlichen Begleitkommission der Mainzer Studienstufe statistisch untersucht. Diese Begleit-

kommission, die 1970 eingesetzt worden war, hatte auch die Aufgabe, Lösungen für pädagogische, organisatorische und administrative Probleme zu finden.

Die statistische Erfassung, Aufbereitung und Auswertung der Daten über Schüler, Kurse und Stunden in der Mainzer Studienstufe übernahm zum Schuljahr 1976/77 das Statistische Landesamt. Für Zeitreihenvergleiche der Daten über die Mainzer Studienstufe werden daher bis einschließlich 1975/76 die von der wissenschaftlichen Begleitkommission zusammengestellten Ergebnisse verwendet. Allerdings sind für Zeitreihenvergleiche erst die Daten ab dem Schuljahr 1975/76 verwendbar. Denn ab diesem Schuljahr ist das System der Mainzer Studienstufe an allen gymnasialen Oberstufen des Landes verbindlich eingeführt worden.

### Mehr Mädchen als Jungen in Jahrgangsstufe 11

Im Schuljahr 1980/81 wurden in der Mainzer Studienstufe in Rheinland-Pfalz 36 830 Schüler unterrichtet, 13 391 davon in Jahrgangsstufe 11. Nachdem im vergangenen Schuljahr die Zahl der Jungen (6 620) und Mädchen (6 625) fast gleich hoch war, überstieg im Schuljahr 1980/81 die Zahl der Mädchen mit 6 737 die der Jungen um 83.

Bei der Belegung der Fächer durch die Schüler in Jahrgangsstufe 11 zeichnet sich eine gewisse Umorientierung ab. 1975/76 hatte fast die Hälfte aller Schüler der Jahrgangsstufe 11 Englisch als Leistungsfach belegt, 1980/81 waren es 42%. Im Fach Deutsch als Leistungsfach war der Rückgang von 39% auf 37% wenig gravierend und auch bei Mathematik fiel er nicht sehr stark ins Gewicht (von 35 auf 31%). Dagegen hatten 1975/76 erst 41% aller Schüler der Jahrgangsstufe 11 Biologie als Leistungsfach belegt, 1980/81 waren es 44%. Bei Erdkunde stieg die Belegungshäufigkeit von 31 auf 37% und bei Sozialkunde von 18 auf 21%.

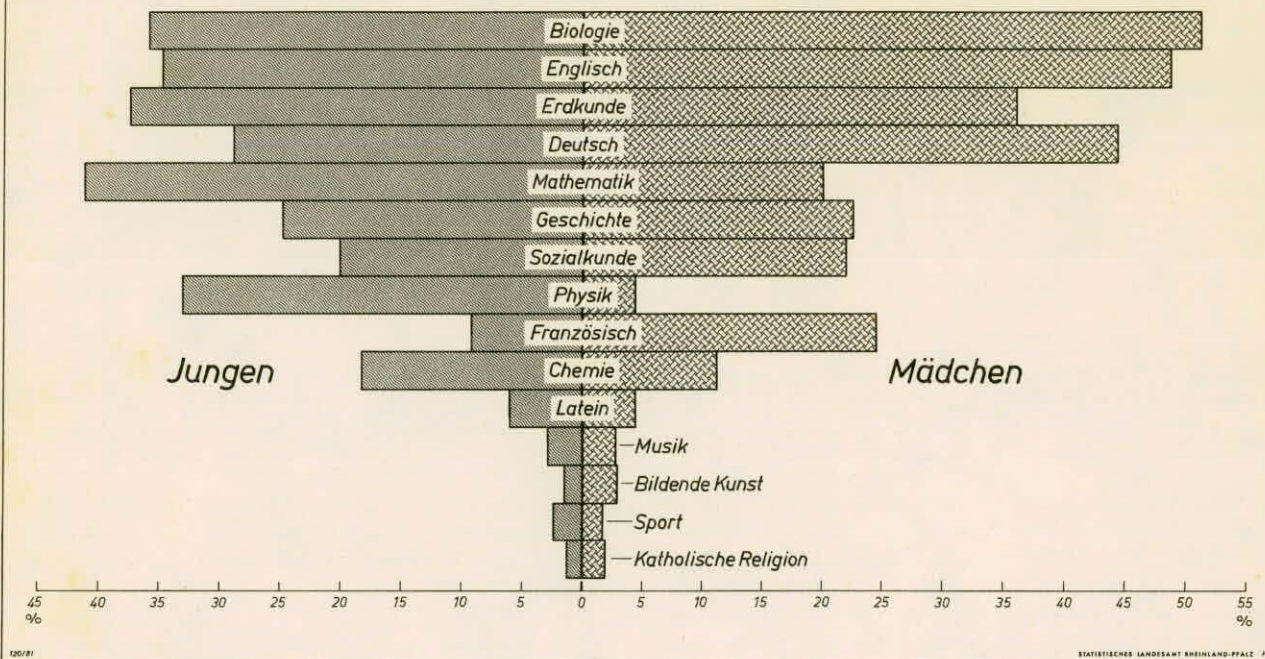
Das Wahlverhalten der Schüler in Jahrgangsstufe 11 hat sich in den vergangenen Jahren sehr stabilisiert.

Die 15 häufigsten Leistungskurskombinationen  
in Jahrgangsstufe 11 der Mainzer Studienstufe  
1980/81

Leistungskurskombination	Anzahl	%
Deutsch - Erdkunde - Biologie	598	4,5
Erdkunde - Mathematik - Physik	594	4,4
Englisch - Erdkunde - Biologie	546	4,1
Deutsch - Englisch - Erdkunde	518	3,9
Deutsch - Englisch - Sozialkunde	501	3,7
Deutsch - Englisch - Geschichte	485	3,6
Deutsch - Geschichte - Biologie	450	3,4
Deutsch - Sozialkunde - Biologie	428	3,2
Englisch - Mathematik - Physik	300	2,2
Erdkunde - Chemie - Biologie	296	2,2
Erdkunde - Mathematik - Biologie	288	2,2
Englisch - Französisch - Erdkunde	277	2,1
Englisch - Geschichte - Biologie	265	2,0
Geschichte - Mathematik - Physik	252	1,9
Englisch - Sozialkunde - Biologie	237	1,8
Zusammen	6 035	45,1
Schüler in Jahrgangsstufe 11	13 391	100,0



*Belegung ausgewählter Fächer als Leistungsfächer in Jahrgangsstufe 11  
der Mainzer Studienstufe 1980/81*



Zu so extremen Veränderungen wie sie sich in den Jahren 1975 bis 1977 abzeichneten, kam es nicht mehr.

#### Gesamtteilnahme bei Physik und Chemie gesunken

Größere Veränderungen sind dagegen bei der Belegung von Fächern als Grundfächer festzustellen. Vor allem Bildende Kunst (1975/76: 46%, 1980/81: 33%), Chemie (von 43 auf 22%) und Physik (von 24 auf 14%) wiesen einen deutlichen Rückgang der Belegungshäufigkeit im Grundfachbereich aus, ebenso Biologie, Französisch und Gemeinschaftskunde.

Im gleichen Maß, wie sich die Belegung von Deutsch und Mathematik als Leistungsfach rückläufig entwickelte, stieg zwangsläufig deren Belegungshäufigkeit als Grundfach, da diese Fächer von jedem Schüler belegt werden müssen. Dagegen ging in Fächern wie Englisch, Französisch und Biologie, vor allem aber in Physik und Chemie, die Gesamtteilnahme zurück. 1980/81 wurde nur noch knapp ein Drittel aller Schüler der Jahrgangsstufe 11 in Physik unterrichtet und nur 37% hatten Chemieunterricht. 1975/76 hatten immerhin noch vier von zehn Schülern Physik- und etwa sechs von zehn Schülern Chemieunterricht erhalten.

#### Wahlverhalten blieb nahezu konstant

Entsprechend den Veränderungen bei der Belegung einzelner Fächer entwickelte sich auch die Wahl der angebotenen Leistungskurskombinationen. Unter den 16 vorgegebenen Kombinationsmöglichkeiten der Aufgabenfelder konzentrierten sich die Schüler der Jahrgangsstufe 11 im Schuljahr 1980/81 überwiegend auf die fünf Kombinationen Fremdsprache - Deutsch - Gemeinschaftskunde, Fremdsprache - Naturwissenschaft - Gemeinschaftskunde, Mathematik - Naturwissenschaft - Gemeinschaftskunde, Naturwissen-

schaft - Deutsch - Gemeinschaftskunde sowie Naturwissenschaft - Naturwissenschaft - Gemeinschaftskunde. Für eine dieser fünf Kombinationen hatten sich 1980/81 64% aller Schüler der Jahrgangsstufe 11 entschieden (1975/76: 59%). Die Präferenzen für diese Kombinationen, in denen stets ein gemeinschaftskundliches Fach vertreten ist, resultiert ganz deutlich aus dem Trend, daß immer mehr Schüler Erdkunde oder Sozialkunde als Leistungsfach belegen. Dem Anstieg in diesen Fächerkombinationen steht eine Abnahme bei den Leistungskurskombinationen mit Mathematik gegenüber.

Auch bei den Leistungskurskombinationen zeigt sich in den letzten Jahren eine deutliche Stabilisierung im Wahlverhalten. Die Anteile bei den Belegungen sind gerade in den vergangenen zwei bis drei Jahren nahezu konstant geblieben. Eine Ausnahme bilden die genehmigungspflichtigen Leistungskurskombinationen, deren Anteil seit 1975/76 von 4 auf 10% angestiegen ist.

Das Wahlverhalten von Schülern und Schülerinnen zeigt bei den Fächerkombinationen deutliche Unterschiede. In Kombinationen mit Fremdsprachen sind die Mädchen überrepräsentiert. Sechs von zehn Mädchen der Jahrgangsstufe 11 entschieden sich im Schuljahr 1980/81 für eine Leistungskurskombination mit mindestens einer Fremdsprache, bei den Jungen waren es nur vier von zehn. In Kombinationen mit Mathematik dominieren wiederum in der Regel die Jungen.

#### Mädchen bevorzugen Fremdsprachen, Jungen Naturwissenschaften

Das unterschiedliche Wahlverhalten von Jungen und Mädchen zeigt sich deutlich bei der Belegung ein-



Fächerumwahl in ausgewählten Fächern der Mainzer Studienstufe 1980/81

Fach	Abwahl als				Zuwahl als				Kursartwechsel von				Umwahl vor- gänge ins- gesamt	Bezogen auf alle Teil- nehmer in diesem Fach in 11/1
	Grund- kurs		Leistungs- kurs		Grund- kurs		Leistungs- kurs		Leistungs- zu Grund- kurs		Grund- zu Leistungs- kurs			
	Anzahl	% 1)	Anzahl	% 2)	Anzahl	% 1)	Anzahl	% 2)	Anzahl	% 2)	Anzahl	% 1)		
Englisch	104	1,7	41	0,7	148	2,4	43	0,8	115	2,0	102	1,7	553	4,7
Französisch	246	8,3	75	3,3	100	3,4	28	1,2	17	0,8	33	1,1	499	9,5
Latein	237	6,7	26	3,7	69	2,0	20	2,8	4	0,6	8	0,2	364	8,6
Gemeinschaftskunde	-	-	-	-	-	-	-	-	103	0,9	442	17,9	545	4,1
Mathematik	-	-	-	-	-	-	-	-	25	0,6	110	1,2	135	1,0
Physik	244	13,1	157	6,3	133	7,1	77	3,1	22	0,9	30	1,6	663	15,2
Chemie	484	16,3	159	8,1	129	4,4	61	3,1	5	0,3	11	0,4	849	17,2
Biologie	158	4,3	100	1,7	190	5,2	222	3,8	67	1,2	82	2,3	819	8,6

1) Bezogen auf die Zahl der Teilnehmer im Grundkurs in diesem Fach im ersten Halbjahr von Jahrgangsstufe 11. - 2) Bezogen auf die Zahl der Teilnehmer im Leistungskurs in diesem Fach im ersten Halbjahr von Jahrgangsstufe 11.

zelner Fächer in Grund- oder Leistungskursen. Mädchen belegen vor allem Biologie, Deutsch und Fremdsprachen - mit Ausnahme von Latein - als Leistungsfächer. Auch bei den Grundkursen werden die Präferenzen der Mädchen für Biologie und Fremdsprachen sichtbar. Umgekehrt zeigt sich für die männlichen Schüler eindeutig eine Vorliebe für naturwissenschaftliche Fächer. Sie sind in Leistungskursen für Mathematik, Physik und Chemie in der Mehrzahl. Von 4 100 Schülern der Jahrgangsstufe 11, die im Schuljahr 1980/81 Mathematik als Leistungskurs belegten, waren rund zwei Drittel männlichen Geschlechts, die Belegung von Physik als Leistungskurs erfolgte siebenmal häufiger durch Jungen als durch Mädchen und auch bei Chemie als Leistungsfach wurden drei von

fünf Belegungen durch Jungen vorgenommen. Ebenso dominieren in Physik-Grundkursen die Jungen, aber auch in Grundkursen für Musik waren sie häufiger vertreten als die Mädchen.

Ein längerfristiger Vergleich der Fächerwahl der Jungen verdeutlicht auch, daß hier der Rückgang der Belegung von Physik und Mathematik als Leistungskurs wesentlich weniger ins Gewicht fällt als bei der Gesamtbelegungszahl. Offensichtlich wird der Rückgang der Belegungshäufigkeit in diesen naturwissenschaftlichen Fächern noch etwas verstärkt durch die Tatsache, daß inzwischen mehr Mädchen als Jungen die Jahrgangsstufe 11 der Mainzer Studienstufe besuchen.

Durchschnittliche Teilnehmerzahl in Grundkursen der Jahrgangsstufe 11 der Mainzer Studienstufe 1975 - 1980

Fach	Für Jahrgangsstufe 11 eingerichtete Grundkurse	Durchschnittliche Teilnehmerzahl in Grundkursen <sup>1)</sup>					
		1980/81		1979/80	1978/79	1977/78	1976/77
		Anzahl	%	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl
Mathematik	399	23,3	23,4	22,8	22,1	22,1	20,3
Deutsch	370	22,8	22,9	22,7	21,4	21,7	20,4
Neue Fächer <sup>2)</sup>	10	22,8	20,9	22,9	18,8	14,2	.
Sport	843	22,4	27,6	21,6	20,7	20,2	.
Katholische Religion	314	22,4	22,7	22,3	21,9	21,2	20,7
Informatik	28	21,8	.	.	.	.	.
Englisch	288	21,3	21,9	21,8	20,6	20,0	18,5
Evangelische Religion	229	20,9	22,0	20,7	20,1	19,6	17,6
Bildende Kunst	217	20,8	22,2	22,6	21,9	21,2	19,8
Biologie	189	19,3	19,9	19,7	19,9	19,0	17,4
Chemie	154	19,2	20,0	22,0	20,5	21,0	19,0
Musik	133	18,5	19,4	20,6	19,1	18,5	16,6
Philosophie	9	17,8	.	.	.	.	.
Ethik	94	17,4	20,7	17,8	15,0	15,5	12,5
Russisch	6	17,0	18,0	18,0	12,2	-	5,8
Gemeinschaftskunde	139	16,9	17,9	18,0	15,5	15,9	16,3
Physik	115	16,8	16,9	17,9	17,0	18,1	16,2
Französisch	189	16,7	16,2	18,0	15,6	16,6	15,4
Latein	239	16,1	15,3	16,8	14,2	14,3	12,6
Griechisch	18	10,2	8,0	5,3	4,6	7,0	4,6
Insgesamt	3 983	20,7	21,6	21,0	19,7	19,6	17,9

1) Bis 1979/80 ohne Berücksichtigung jahrgangsübergreifender Kurse. - 2) Einschl. Informatik und Philosophie bis Schuljahr 1979/80.



## Erdkunde - Biologie häufigste Zweierkombination

Neben der Belegung einzelner Fächer und Kurskombinationen wurde für das Schuljahr 1978/79 und 1980/81 erstmals auch die Belegung von Leistungskurs-Zweierkombinationen errechnet. Da jeder Schüler der Mainzer Studienstufe drei Leistungskurse belegen muß und für Auswertungen jeder dieser drei Leistungskurse mit jedem anderen kombiniert werden kann, ergeben sich dabei für jeden Schüler drei Leistungskurs-Zweierkombinationen.

Die am häufigsten belegte Zweierkombination ist die Verbindung von Erdkunde mit Biologie. Sie wurde im Schuljahr 1980/81 von jedem sechsten Schüler der Jahrgangsstufe 11 gewählt. In den meisten Fällen war diese Kombination zusammen mit Deutsch (27% dieser Fälle), Englisch (25%), Chemie und Mathematik (je 13%) belegt worden. In der Beliebtheitskala rangierten nach Erdkunde - Biologie die Kombinationen Deutsch - Biologie, Deutsch - Englisch, Englisch - Erdkunde und Englisch - Biologie. Immerhin jeder achte Schüler hatte sich für eine Fächerkombination entschieden, in der Mathematik und Physik als Leistungskurse zu belegen waren. Die meisten Schüler mit dieser Zweierkombination hatten als drittes Leistungsfach Erdkunde (37%) belegt. Aber auch Englisch (19%), Geschichte (16%) und Sozialkunde (14%) traten bei dieser Verbindung häufig auf.

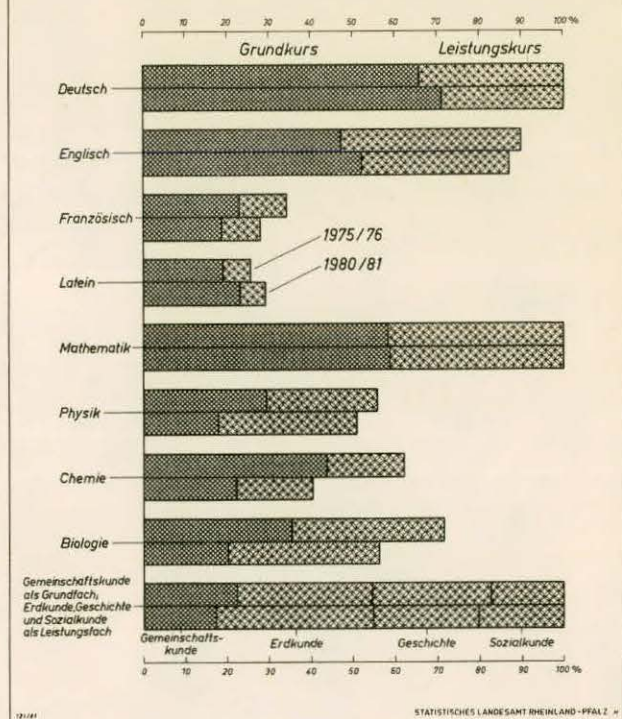
Sehr aufschlußreich ist die Erweiterung der Zweierkombination zu den vollständigen Leistungskurskombinationen, von denen jeder Schüler eine Verbindung belegen muß. Danach hatte im Schuljahr 1980/81 jeder 22. Schüler die Fächer Deutsch - Erdkunde - Biologie als Leistungsfächer gewählt. An zweiter Stelle stand die Kombination von Mathematik mit Physik und Erdkunde, die jeder 23. Schüler wählte. Von den Möglichkeiten an Leistungsfachkombinationen, die das System der Mainzer Studienstufe bietet, verteilten sich im Schuljahr 1980/81 rund 45% auf die 15 häufigsten Kombinationen. Andererseits gab es im abgelaufenen Schuljahr 64 Schüler, die sich jeweils für eine in Rheinland-Pfalz nur ein einziges Mal vorkommende Kombination von Leistungsfächern entschieden hatten.

## Physik und Chemie häufig abgewählt

Die für die Mainzer Studienstufe in Jahrgangsstufe 11 getroffene Fächerwahl kann spätestens am Ende des ersten Schulhalbjahres in Jahrgangsstufe 11 noch einmal revidiert werden. Dabei können einzelne Fächer als Grundkurse oder als Leistungskurse abgewählt, andere Fächer als Grund- oder Leistungskurse zugewählt werden. Es ist auch möglich, ein Fach als Grundkurs ab- und als Leistungskurs zuzuwählen und umgekehrt.

Von der Möglichkeit der Umwahl wurde im Schuljahr 1980/81 in unterschiedlichem Maß Gebrauch gemacht. Auffallend ist, daß das Umwahlverhalten der Schüler den Trend bei der Fächerbelegung im ersten Halbjahr noch fortsetzt. Die Fächer Biologie, Sozialkunde und Erdkunde werden häufiger neu zugewählt als abgewählt, während die Fächer Chemie und Physik öfter als Grund- oder Leistungskurs abgewählt

Belegung ausgewählter Fächer als Grund- und Leistungsfach in Jahrgangsstufe 11 der Mainzer Studienstufe durch männliche Schüler 1975/76 und 1980/81



werden. Offensichtlich kommt es auch in Religion, beziehungsweise dem bei Abmeldung vom Religionsunterricht zu erteilenden Ethikunterricht nach dem ersten Halbjahr der Jahrgangsstufe 11 relativ häufig zu einer Umorientierung. Die Fächer katholische und evangelische Religion werden öfter abgewählt als zugewählt. Dadurch bedingt ist ein deutlicher Trend zum Ethikunterricht. Relativ am häufigsten in Umwahlvorgängen einbezogen waren die Fächer Bildende Kunst, Chemie und Biologie.

Für die Umwahlvorgänge läßt sich eine Beliebtheitskala der einzelnen Fächer aufstellen. Dafür wird die Zuwahl eines Faches als Grundkurs mit einem, die Zuwahl eines Faches als Leistungskurs mit zwei Pluspunkten gewertet. Bei Abwahl eines Faches werden entsprechende Minuspunkte vergeben und bei Umwahl eines Faches vom Grund- zum Leistungskurs ein Pluspunkt, bei Umwahl vom Leistungskurs zum Grundkurs ein Minuspunkt. Nach einer solchen Wertungsskala war im Schuljahr 1980/81 das Fach Gemeinschaftskunde mit 330 Pluspunkten am beliebtesten, gefolgt von Biologie (291), Mathematik (85) und Englisch (35). Diese Fächer wurden damit nach dem ersten Schulhalbjahr noch positiver bewertet. Dagegen wurden Latein (— 176) und Französisch (— 224), vor allem aber Physik (— 263) und Chemie (— 545) negativer bewertet.

## Durchschnittliche Kursgrößen wenig verändert

Bei der Besetzung der Kurse ergaben sich seit 1975/76 keine gravierenden Veränderungen mehr. Wie schon 1975/76 lag 1980/81 die Durchschnitts-



größe eines Leistungskurses bei 17,2 Schülern. Größere Unterschiede in der durchschnittlichen Besetzung eines Leistungskurses ergaben sich nur bei statistisch weniger relevanten Fächern wie Russisch, Sport, Religion und Musik. Die Durchschnittsgröße der Leistungskurse in Physik veränderte sich etwas stärker. Sie lag 1975/76 bei 15 Schülern, im Schuljahr 1980/81 bei 16,2.

Bei den Grundkursen hatte die durchschnittliche Kursgröße 1975/76 mit 17,9 Schülern relativ niedrig

gelegen. Sie stieg bis 1979/80 auf 21,6 und lag im Schuljahr 1980/81 bei 20,7. Eine Gegenüberstellung der Werte von 1975/76 zu den Daten von 1980/81 verdeutlicht, daß ausnahmslos in allen Fächern die durchschnittliche Größe eines Grundkurses zugenommen hat. Allerdings war die Situation im Schuljahr 1980/81 bereits günstiger als 1979/80, als die Durchschnittsgröße der Grundkurse durchweg noch höher lag als 1980/81.

Diplom-Volkswirtin G. Kernich-Möhringer

## Auszubildende 1980

Das Bundesverfassungsgericht erklärte durch Urteil vom 10. Dezember 1980 das Gesetz zur Förderung des Angebots an Ausbildungsplätzen in der Berufsausbildung (Ausbildungsplatzförderungsgesetz) vom 7. September 1976 für nichtig. Damit entfiel auch die Rechtsgrundlage für die Statistik über die berufliche Bildung. Da diese Daten jedoch eine wichtige Grundlage für Planungen zur Schaffung und Bereitstellung von betrieblichen und überbetrieblichen Ausbildungsplätzen bilden, wurde die Berufsbildungsstatistik für 1980 auf freiwilliger Basis durchgeführt. Trotz der fehlenden gesetzlichen Verpflichtung für die Lieferung von Daten über die berufliche Bildung konnten für 1980 die Daten vollständig erfaßt werden.

Die auf Landesebene vorliegenden Daten wurden für Rheinland-Pfalz erstmals 1979 veröffentlicht. Es handelt sich um Angaben über Auszubildende nach Geschlecht und Ausbildungsjahr, über neu abgeschlossene Ausbildungsverhältnisse sowie über Abschlußprüfungen nach Prüfungserfolg jeweils zum 31. Dezember. Als Auszubildende, früher als Lehrlinge bezeichnet, werden alle Personen gezählt, die aufgrund eines Ausbildungsvertrages nach dem Berufsbildungsgesetz in einem anerkannten Ausbildungsberuf ausgebildet werden. Dabei werden sechs Ausbildungsbereiche unterschieden:

- (1) Industrie und Handel (einschließlich Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe)
- (2) Handwerk
- (3) Landwirtschaft (einschließlich landwirtschaftlicher Hauswirtschaft)
- (4) Öffentlicher Dienst
- (5) Hauswirtschaft (städtischer Bereich)
- (6) Freie Berufe.

Die Zuordnung der Berufe zu diesen Bereichen erfolgt in der Regel nicht nach der Zugehörigkeit zu einem Wirtschaftsbereich, sondern nach der Art des Ausbildungsberufes. So werden Auszubildende im öffentlichen Dienst, die dort Berufe der gewerblichen Wirtschaft erlernen, bei Industrie und Handel bzw. Handwerk ausgewiesen, weil sie in den Verzeichnissen der Ausbildungsverhältnisse der Industrie- und Handelskammern oder der Handwerkskammern geführt werden müssen.

### Zahl der Ausbildungsverhältnisse stark angestiegen

Ende Dezember 1980 bestanden in Rheinland-Pfalz 109 343 Ausbildungsverhältnisse. Gegenüber 1976, als die Zahl der bestehenden Ausbildungsverhältnisse mit 78 766 ihren tiefsten Stand erreicht hatte, bedeutet dies eine Steigerung um 39%. Selbst wenn man den bisherigen Höchststand in der Zahl der Auszubildenden im Jahre 1970 als Vergleichsbasis heranzieht, beläuft sich die Zunahme immer noch auf 22,4%. Auch im Vergleich zum Vorjahr fiel die Zunahme mit 4,6% noch deutlich aus.

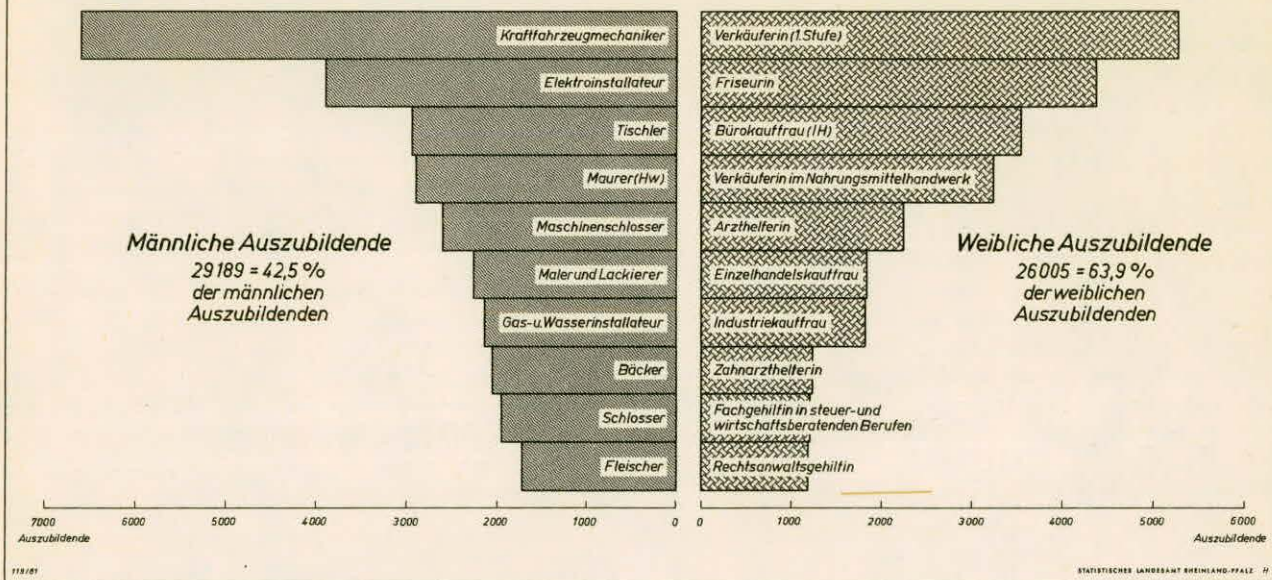
Die meisten Jugendlichen wurden 1980 im Bereich des Handwerks (47 527 oder 43,5% aller Auszubildenden) und bei Industrie und Handel (47 491 oder 43,4%) ausgebildet. In den Verzeichnissen der Berufsausbildungsverhältnisse bei den für die Freien Berufe zuständigen Kammern waren 7 239 (6,6%) Auszubildende registriert und bei den Landwirtschaftskammern 3 354 (3,1%). In Berufen, in denen nach den Ausbildungsordnungen des Öffentlichen Dienstes ausgebildet wird (also ohne Beamtenanwärter und Dienstanfänger) waren 2 840 (2,6%) Jugendliche gemeldet und für den Beruf der Hauswirtschafterin beziehungsweise des Hauswirtschafters im städtischen Bereich 892 (0,8%).

Von den 451 anerkannten Ausbildungsberufen waren 1980 in Rheinland-Pfalz 142 nicht besetzt, unter anderem die Berufe Ziseleur, Silberschmied und Korbmacher. 38% aller Ausbildungsverhältnisse sind in nur zehn Ausbildungsberufen abgeschlossen worden. An der Spitze stehen die Berufe des Kraftfahrzeugmechanikers (6,1% aller Auszubildenden) und des Verkäufers (1. Stufe) mit 5,8%, aber auch die Ausbildungsberufe Bürokaufmann in Industrie und Handel sowie Friseur mit je 4,2% und Elektroinstallateur mit 3,6% waren noch sehr stark besetzt. Gleiches gilt für die Verkäufer im Nahrungsmittelhandwerk (3,0%), Industriekaufmann (2,8%), Tischler (2,8%), Maurer (2,7%) und Einzelhandelskaufmann der 2. Stufe (2,7%).

Die Konzentration auf nur wenige Ausbildungsberufe ist bei den Mädchen wesentlich stärker als bei den Jungen. Nahezu zwei Drittel aller weiblichen Auszubildenden waren in nur zehn Ausbildungsberufen vertreten, wobei die Ausbildung zur Verkäuferin (1. Stufe) mit 13% aller weiblichen Auszubildenden von Mäd-



## Die zehn am häufigsten besetzten Ausbildungsberufe 1980



chen am häufigsten ergriffen worden war, gefolgt von Friseurin (10,8%), Bürokauffrau (8,9%), Verkäuferin im Nahrungsmittelhandwerk (7,9%), Arztgehilfin (5,5%), Einzelhandelskauffrau und Industriekauffrau (je 4,5%). Fast gleich stark mit je 3% waren die Berufe der Zahnarztgehilfin, der Fachgehilfin in steuer- und wirtschaftsberatenden Berufen sowie der Rechtsanwaltsgehilfin besetzt.

### Immer noch wenig Mädchen in Männerberufen

Unter den Auszubildenden sind Mädchen in der Minderheit. Nur 37% der Ausbildungsverhältnisse waren von weiblichen Jugendlichen abgeschlossen. Entsprechend den unterschiedlichen Präferenzen von Jungen und Mädchen weicht deren Relation in den einzelnen Ausbildungsbereichen stark voneinander ab. Die weiblichen Jugendlichen dominierten nur im Bereich der Hauswirtschaft (städtischer Bereich) mit hier gleich 99,8% sowie in den Freien Berufen (95,4%). In allen anderen Bereichen stellten Mädchen weniger als die Hälfte der Auszubildenden. In Industrie und Handel lag ihr Anteil bei rund 45%. Differenziert man allerdings in diesem Bereich nach gewerblichen und kaufmännischen Berufen, so wird deutlich, daß die Mädchen in kaufmännischen Ausbildungsberufen nahezu zwei Drittel aller Auszubildenden ausmachten, während sie in gewerblichen Berufen, zu denen beispielsweise Maschinenschlosser, Werkzeugmacher und Betriebsschlosser zählen, lediglich 14% der Auszubildenden stellten. Von den gewerblichen Berufen in Industrie und Handel sind vor allem die Berufe Bauzeichner, technischer Zeichner, Bekleidungsfertiger, -näher und -schneider sowie Chemielaborant von Mädchen besetzt.

In den Ausbildungsbereichen Handwerk und Landwirtschaft war 1980 nur jeder fünfte Auszubildende weiblichen Geschlechts, im öffentlichen Dienst war es jeder dritte.

Der Einstieg von Mädchen in typische Männerberufe geht nur sehr langsam vor sich. In Ausbildungsberufen wie Dreher, Betriebsschlosser, Werkzeugmacher und Elektroinstallateur waren 1976 noch keine weiblichen Lehrlinge ausgebildet worden, 1980 gab es auch in diesen Berufen vereinzelt weibliche Auszubildende. Doch auch wenn die Mädchen in typischen Männerberufen zahlenmäßig nur eine geringe Bedeutung haben, zeigt sich doch ein langsam wachsendes Interesse der weiblichen Jugendlichen. So stieg beispielsweise der Mädchenanteil im Fernmeldehandwerk von 0,6 auf 1,5% und bei den Tischlern von 0,6 auf 2,6% an. Noch deutlicher nahm der Mädchenanteil in den Ausbildungsberufen Bäcker (1,8 auf 5,3%), Maler und Lackierer (0,2 auf 5%) sowie Tankwart (6,3 auf 8,5%) zu.

### 42 000 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen

Von den Ende 1980 bestehenden Auszubildungsverhältnissen sind 41 727 neu abgeschlossen worden. Damit waren 1980 vier von zehn Auszubildungsverhältnissen Neuabschlüsse. In der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge sind allerdings auch die sogenannten Anschlußverträge enthalten. Diese Verträge werden in Industrie und Handel für die zweite oder dritte Stufe einer Stufenausbildung abgeschlossen. Bei solchen Ausbildungsgängen werden sachlich und zeitlich aufeinander aufbauende Stufen der Berufsausbildung festgelegt. Nach den einzelnen Stufen ist sowohl ein Ausbildungsabschluß erreicht als auch die Möglichkeit gegeben, in einer weiteren Stufe die Berufsausbildung zur Erlangung einer höherwertigen Qualifikation fortzusetzen. So ist zum Beispiel der Beruf des Verkäufers die erste Stufe, der des Einzelhandelskauffmanns die zweite Stufe einer solchen Stufenausbildung. Klammert man die Anschlußverträge aus den neu abgeschlossenen Auszubildungsverhältnissen aus, so gab es 1980 in Rheinland-Pfalz 39 100



Ausbildungsanfänger. Diese Zahl liegt um 500 niedriger als im Vorjahr, als mit 39 600 ein Höchststand bei der Zahl der Ausbildungsanfänger erreicht worden war.

Im Jahre 1980 befanden sich drei von zehn Auszubildenden (33 614) im ersten Ausbildungsjahr, 37% (40 032) im zweiten und 29% (31 606) im dritten. Knapp 4% (4 091) absolvierten ein viertes Ausbildungsjahr, was nur für wenige Berufe mit einer Ausbildungsdauer von dreieinhalb Jahren erforderlich ist.

Mit 33 614 lag die Zahl der Auszubildenden im ersten Ausbildungsjahr niedriger als die Zahl der Ausbildungsanfänger. Dies erklärt sich daraus, daß Auszubildenden eine der Berufsausbildung vorangegangene Schulbildung wie etwa das Abitur, der Abschluß eines Berufsgrundschuljahres oder der Besuch einer Berufsfachschule auf die Ausbildungsdauer angerechnet wird. Diese Jugendlichen treten dann direkt in das zweite Ausbildungsjahr der betrieblichen Berufsausbildung ein.

Für 1980 läßt sich aus der Differenz zwischen der Zahl der Ausbildungsanfänger und der Auszubildenden im ersten Ausbildungsjahr eine Zahl von rund 5 500 Jugendlichen ermitteln, die 1980 ihre Ausbildung direkt im zweiten Ausbildungsjahr begannen.

### Nur unerhebliche Abweichungen

Die Berufsbildungsstatistik liefert zwar Daten über die Auszubildenden nach dem Ausbildungsberuf sowie nach Geschlecht und Ausbildungsjahr, weitere Strukturdaten, etwa über die schulische Vorbildung und die Staatsangehörigkeit, liegen jedoch aus dieser Statistik für die Gesamtzahl der Auszubildenden nicht vor.

Im dualen Ausbildungssystem der Bundesrepublik Deutschland erfolgt die Berufsausbildung gleichzeitig in Betrieben und Berufsschulen. So ist nach dem Schulgesetz von Rheinland-Pfalz jeder Auszubildende verpflichtet, eine Berufsschule zu besuchen, es sei denn, das Berufsausbildungsverhältnis wurde erst

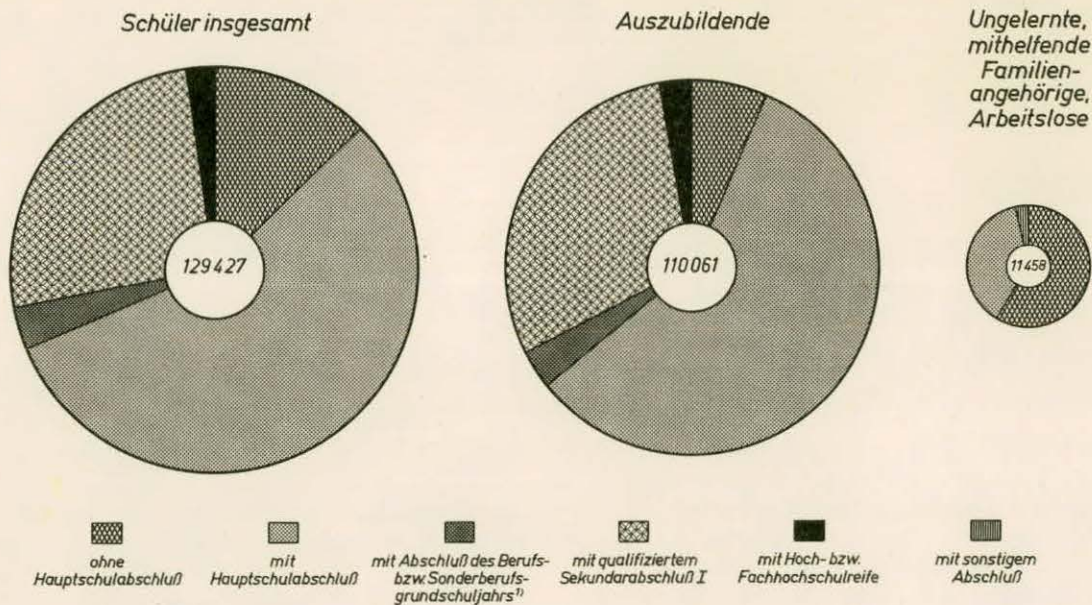
Auszubildende 1976 - 1980

Jahr	Ins-gesamt		Männlich		Weiblich		Im Ausbildungsjahr				Neu abgeschlossene Ausbildungs-verhältnisse	
							1.	2.	3.	4.		
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl					%		
Insgesamt												
1976	78 766	50 648	64,3	28 118	35,7	24 520	26 903	22 312	5 031	.	.	
1977	84 035	53 282	63,4	30 753	36,6	29 929	28 328	21 771	4 007	.	.	
1978	94 411	59 742	63,3	34 669	36,7	33 073	35 181	23 034	3 123	40 109	42,5	
1979	104 535	66 069	63,2	38 466	36,8	34 092	38 774	28 431	3 238	42 193	40,4	
1980	109 343	68 673	62,8	40 670	37,2	33 614	40 032	31 606	4 091	41 727	38,2	
Industrie und Handel												
1976	34 414	20 872	60,6	13 542	39,4	10 425	12 319	9 544	2 126	.	.	
1977	36 195	21 230	58,7	14 965	41,3	12 026	12 403	9 804	1 962	.	.	
1978	40 382	22 959	56,9	17 423	43,1	13 779	15 224	9 783	1 596	18 673	46,2	
1979	44 386	24 910	56,1	19 476	43,9	14 226	17 194	11 491	1 475	20 376	45,9	
1980	47 491	26 320	55,4	21 171	44,6	14 325	17 936	13 446	1 784	19 658	41,4	
Handwerk												
1976	32 838	25 953	79,0	6 885	21,0	10 059	9 611	10 265	2 903	.	.	
1977	35 490	27 717	78,1	7 773	21,9	13 481	10 852	9 163	1 994	.	.	
1978	40 824	31 948	78,3	8 876	21,7	14 605	14 377	10 348	1 494	15 341	37,6	
1979	45 966	36 043	78,4	9 923	21,6	14 801	15 846	13 594	1 725	15 630	34,0	
1980	47 527	37 378	78,6	10 149	21,4	14 424	16 029	14 837	2 237	15 739	33,1	
Landwirtschaft												
1976	2 244	1 894	84,4	350	15,6	592	917	735	-	.	.	
1977	2 683	2 251	83,9	432	16,1	858	1 019	806	-	.	.	
1978	3 129	2 558	81,8	571	18,2	877	1 310	937	5	1 406	44,9	
1979	3 463	2 785	80,4	678	19,6	918	1 379	1 166	-	1 434	41,4	
1980	3 354	2 681	79,9	673	20,1	707	1 407	1 240	-	1 392	41,5	
Öffentlicher Dienst												
1976	2 014	1 463	72,6	551	27,4	562	832	618	2	.	.	
1977	2 341	1 660	70,9	681	29,1	741	904	696	-	.	.	
1978	2 770	1 984	71,6	786	28,4	820	997	952	1	1 084	39,1	
1979	2 832	2 018	71,3	814	28,7	908	869	1 043	12	966	34,1	
1980	2 840	1 958	68,9	882	31,1	910	967	953	10	1 127	39,7	
Hauswirtschaft (städtischer Bereich) und Freie Berufe												
1976	7 256	466	6,4	6 790	93,6	2 882	3 224	1 150	-	.	.	
1977	7 326	424	5,8	6 902	94,2	2 823	3 150	1 302	51	.	.	
1978	7 306	293	4,0	7 013	96,0	2 992	3 273	1 014	27	3 605	49,3	
1979	7 888	313	4,0	7 575	96,0	3 239	3 486	1 137	26	3 787	48,0	
1980	8 131	336	4,1	7 795	95,9	3 248	3 693	1 130	60	3 811	46,9	

Quelle für Angaben 1976 - 1978: "Auszubildende 1973 bis 1975", Herausgeber: Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Bonn, Juli 1981.



## Schulische Vorbildung der Schüler an Berufsschulen 1980



1) Einschl. nicht vergleichbarer Abgänge von ausländischen Schulen.

STATISTISCHES LANDESBAMT RHEINLAND-PFALZ

nach der Beendigung der Pflicht zum Schulbesuch begründet. In einem solchen Fall ist der Auszubildende jedoch berechtigt, bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres eine Berufsschule zu besuchen. So kann man davon ausgehen, daß die Zahl der Auszubildenden in der Regel mit der Zahl der Schüler an Berufsschulen mit Ausbildungsvertrag übereinstimmt. Die Strukturdaten, die über Berufsschüler aus der Statistik an berufsbildenden Schulen vorliegen, können daher auch auf Auszubildende bezogen werden. Allerdings besteht noch das Problem, daß der Erhebungstichtag für die Statistik der berufsbildenden Schulen jeweils der 1. Oktober ist, die Daten über Auszubildende jedoch zum 31. Dezember gemeldet werden. Doch ein Vergleich der Daten aus den beiden Erhebungen von 1980 zeigt für Rheinland-Pfalz nahezu eine Übereinstimmung: Ende Dezember 1980 wurden nach der Berufsbildungsstatistik 109 343 Auszubildende ermittelt. Nach der Statistik der berufsbildenden Schulen nach dem Stand vom 1. Oktober 1980 wurden 110 061 Berufsschüler mit Ausbildungsvertrag gemeldet, wobei aus dieser Zahl die Berufsschüler in besonderen Ausbildungsgängen für Behinderte bereits eliminiert sind, die auch in der Berufsbildungsstatistik nicht ausgewiesen werden. Bei einer derart geringen Abweichung der Daten, die unter 1% liegt, lassen die Daten aus der Statistik über die Berufsschulen Rückschlüsse auf die Zusammensetzung der Auszubildenden zu.

### Die meisten Berufsschüler haben Hauptschulabschluß

Nach der Statistik über die Schüler an Berufsschulen mit einem Ausbildungsvertrag (ohne Auszubildende in Ausbildungsgängen für Behinderte) hatte im Schuljahr 1980/81 der größte Teil der Jugendlichen in einem Ausbildungsverhältnis einen Hauptschulabschluß (58%) als schulische Vorbildung. Drei von

zehn Auszubildenden konnten einen qualifizierten Sekundarabschluß I nachweisen. Jeder 15. Auszubildende hatte vor Beginn der Berufsausbildung den Hauptschulabschluß nicht erreicht oder legte das Abschluszeugnis einer Sonderschule vor. Die Auszubildenden, die vor Beginn der dualen Ausbildung ein Berufs- oder Sonderberufsgrundschuljahr absolviert hatten, machten nur 3,4% aller Auszubildenden aus und auch die Auszubildenden mit Abitur (2,3%) oder Fachhochschulreife (0,5%) waren zahlenmäßig von untergeordneter Bedeutung.

Allerdings variierten die Anteile der Schülergruppen unter den Auszubildenden je nach Berufsgruppe ganz beträchtlich. Schüler mit qualifiziertem Sekundarabschluß I, Fachhochschulreife oder Abitur waren 1980 in der Berufsgruppe Metallfeinbau und zugeordnete Berufe, zu der Berufe wie Zahntechniker und Augenoptiker zählen, weit überrepräsentiert. Ebenso war dies in den Berufsgruppen Technische Sonderfachkräfte (Chemielaborant, Biologielaborant), Warenkaufleute (Apothekenhelfer), Bank- und Versicherungskaufleute, aber auch in den Gruppen Unternehmensorganisation und Wirtschaftsprüfer, Bürofach- und Bürohilfskräfte sowie übrige Gesundheitsdienstberufe (Arzt-, Zahnarzthelferin) der Fall. In den Berufsgruppen Mechaniker, Schlosser, Körperpfleger (Friseur), Feinblechner und Installateur waren dagegen mehr Berufsschüler mit Hauptschulabschluß vertreten als es der Relation zur Gesamtheit der Berufsschüler mit einem Ausbildungsvertrag entsprach. Berufsschüler ohne Hauptschulabschluß beziehungsweise mit dem Abschluß einer Sonderschule waren wiederum überproportional vertreten in Berufsgruppen wie Maurer und Betonbauer, Back- und Konditorwarenhersteller, Maler und Lackierer, Fleisch- und Fischverarbeiter sowie Zimmerer, Dachdecker und Gerüstbauer.



Ausbildungsberuf	1976			1978			1979			1980		
	ins-gesamt		weiblich	ins-gesamt		weiblich	ins-gesamt		weiblich	ins-gesamt		weiblich
	Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%	
Tankwart (IH)	206	13	6,3	248	16	6,5	278	17	6,1	260	22	8,5
Bäcker (Hw)	1 579	29	1,8	1 997	47	2,4	2 163	83	3,8	2 170	115	5,3
Maler und Lackierer (Hw)	1 617	4	0,2	2 014	18	0,9	2 335	55	2,4	2 394	119	5,0
Tischler (Hw)	1 837	11	0,6	2 465	31	1,3	2 886	52	1,8	3 031	78	2,6
Fernmeldehandwerker (ÖD)	463	3	0,6	754	13	1,5	743	12	1,6	744	11	1,5
Werkzeugmacher (IH)	930	–	–	870	2	0,2	912	8	0,9	1 001	13	1,3
Dreher (IH)	662	–	–	616	–	–	639	2	0,3	678	6	0,9
Fleischer (Hw)	1 431	3	0,2	1 697	10	0,6	1 758	19	1,1	1 741	14	0,8
Gas- u. Wasserinstallateur (Hw)	1 637	1	0,1	1 755	1	0,1	1 976	6	0,3	2 158	13	0,6
Betriebsschlosser (IH)	1 106	–	–	1 334	5	0,4	1 487	5	0,3	1 599	10	0,6
Kraftfahrzeugmechaniker (Hw)	4 831	4	0,1	6 010	10	0,2	6 651	23	0,3	6 658	31	0,5
Maschinenschlosser (IH)	2 441	2	0,1	2 328	1	0,0	2 408	3	0,1	2 632	7	0,3
Elektroinstallateur (Hw)	3 371	–	–	3 267	4	0,1	3 681	8	0,2	3 914	7	0,2
Maurer (Hw)	1 168	1	0,1	2 187	1	0,1	2 739	2	0,1	2 917	5	0,2
Schlosser (Hw)	1 284	1	0,1	1 603	1	0,1	1 869	2	0,1	1 964	1	0,1
Elektroanlageninstallateur (IH)	911	1	0,1	829	2	0,2	843	7	0,8	780	1	0,1

IH = Industrie und Handel, Hw = Handwerk, ÖD = Öffentlicher Dienst.

### Nur jeder 100. Auszubildende war Ausländer

Unter den Berufsschülern mit Ausbildungsvertrag waren 1980 nur 1% Ausländer, wobei Schüler mit türkischer und mit italienischer Staatsangehörigkeit mehr als die Hälfte der ausländischen Auszubildenden an Berufsschulen ausmachen. Die ausländischen Schüler konzentrierten sich auf die Berufe, die auch insgesamt stark besetzt waren. Am häufigsten hatten die ausländischen Berufsschüler mit Ausbildungsvertrag die Berufe Kraftfahrzeugmechaniker (13% der ausländischen Auszubildenden), Friseur (12,1%), Elektroinstallateur (5,6%) und Verkäufer der ersten Stufe (5,4%) gewählt.

Besonders aufschlußreich werden die Strukturdaten über die Berufsschüler mit Ausbildungsvertrag, wenn man sie zur Gesamtheit der Schüler an Berufsschulen in Beziehung setzt. So hatten 1980 acht von zehn Mädchen an Berufsschulen einen Ausbildungsvertrag, bei den Jungen waren es neun von zehn. Die Mädchen wandten sich dagegen häufiger einer weiteren schulischen Ausbildung im Berufsgrundschuljahr zu, wo sie stark überrepräsentiert waren. Unter den ungelernten Arbeitern und Angestellten, den mithelfenden Familienangehörigen und den Arbeitslosen waren ebenfalls mehr Mädchen als Jungen, obwohl es insgesamt wesentlich weniger Berufsschülerinnen (52 000) als Berufsschüler (77 000) gab.

Ebenso wie das Geschlecht spielt auch der Schulabschluß für die Berufswahl eine entscheidende Rolle. Während nahezu alle Berufsschüler, die Abitur oder Fachhochschulreife vorweisen konnten, in einem Ausbildungsverhältnis standen (je 99,4%), und auch die meisten Schüler mit einem Sekundarabschluß I (98%),

einem Hauptschulabschluß oder dem Abschluß eines Berufsgrundschuljahres (je 88%) einen Ausbildungsvertrag hatten, waren die Berufsschüler ohne Hauptschulabschluß oder mit Sonderschulabschluß wesentlich seltener Auszubildende (44%). Dagegen war diese Schülergruppe bei den ungelernten Kräften und den Arbeitslosen in der Mehrzahl.

Geringere Chancen, einen Ausbildungsplatz zu finden, haben offensichtlich auch ausländische Jugendliche. Während von der Gesamtheit aller Berufsschüler 85% eine Ausbildung im dualen System absolvierten (ohne Schüler in Ausbildungsgängen für Behinderte), waren es bei den ausländischen Schülern nur 41%. Von den türkischen Schülern hatte sogar nur jeder vierte einen Ausbildungsplatz. Jeder vierte ausländische Berufsschüler hatte keinen Ausbildungsplatz gefunden (alle Berufsschüler 3%), und jeder sechste stand in einem Beschäftigungsverhältnis ohne Ausbildungsvertrag, war also ungelernt (alle Berufsschüler 6%).

### Erfolgsquote verbesserte sich

Neben der Zahl der Auszubildenden wird mit der Berufsbildungsstatistik auch die Zahl der Abschlußprüfungen erfaßt. Im Jahr 1980 beteiligten sich 39 400 Auszubildende an einer Abschlußprüfung, 91,6% davon schlossen sie mit Erfolg ab. Damit ist die Erfolgsquote gegenüber dem Vorjahr gleichgeblieben. Sie lag jedoch im Vergleich zum Jahre 1976 (87,4%) deutlich höher. Mit einer Erfolgsquote von 93,3% schnitten 1980 die weiblichen Auszubildenden besser ab als die männlichen Jugendlichen in einem Ausbildungsverhältnis (90,3%).

Diplom-Volkswirtin G. Kernich-Möhringer



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (\*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	1980				1981			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
<b>Bevölkerung und Erwerbstätigkeit</b>										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 632	3 639	3 640	3 643	3 643	3 641	3 642	...	...
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	1 896	1 939	2 186	3 039	2 052	2 469 <sup>p</sup>	2 523 <sup>p</sup>	2 414 <sup>p</sup>	2 084 <sup>p</sup>
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,3	6,4	7,1	9,8	6,9	8,2 <sup>p</sup>	8,2 <sup>p</sup>	7,8 <sup>p</sup>	7,0 <sup>p</sup>
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 900	3 104	3 314	3 210	3 198	3 289 <sup>p</sup>	3 339 <sup>p</sup>	3 229 <sup>p</sup>	3 338 <sup>p</sup>
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,6	10,2	10,7	10,4	10,7	11,0 <sup>p</sup>	10,8 <sup>p</sup>	10,4 <sup>p</sup>	11,2 <sup>p</sup>
* Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 592	3 631	3 571	3 494	3 360	3 714 <sup>p</sup>	3 635 <sup>p</sup>	3 623 <sup>p</sup>	3 449 <sup>p</sup>
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,9	12,0	11,6	11,3	11,2	12,4 <sup>p</sup>	11,8 <sup>p</sup>	11,7 <sup>p</sup>	11,5 <sup>p</sup>
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene 3)	Anzahl	36	40	36	39	32	37 <sup>p</sup>	33 <sup>p</sup>	34 <sup>p</sup>	...
* je 1 000 Lebendgeborene 4)	Anzahl	12,6	12,9	11,3	12,1	10,2	11,8 <sup>p</sup>	10,0 <sup>p</sup>	10,4 <sup>p</sup>	...
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 692	- 527	- 257	- 284	- 162	- 425 <sup>p</sup>	- 296 <sup>p</sup>	- 394 <sup>p</sup>	- 111 <sup>p</sup>
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 2,3	- 1,7	- 0,8	- 0,9	- 0,5	- 1,4 <sup>p</sup>	- 1,0 <sup>p</sup>	- 1,3 <sup>p</sup>	- 0,4 <sup>p</sup>
<b>Wanderungen</b>										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	7 947	8 551	10 269	9 794	10 263	7 254	9 370	...	...
Ausländer	Anzahl	2 253	2 603	3 031	3 141	3 336	1 724	2 183	...	...
Erwerbspersonen	Anzahl	4 182	4 621	5 317	4 818	5 275	4 008	4 921	...	...
* Fortgezogene	Anzahl	7 110	7 250	8 301	7 406	9 071	7 175	7 979	...	...
Ausländer	Anzahl	1 500	1 586	2 002	1 729	2 075	1 781	1 667	...	...
Erwerbspersonen	Anzahl	4 014	4 208	4 903	4 192	5 189	3 855	4 786	...	...
* Wanderungssaldo	Anzahl	837	1 301	1 968	2 388	1 192	79	1 391	...	...
Ausländer	Anzahl	754	1 017	1 029	1 412	1 261	- 57	516	...	...
Erwerbspersonen	Anzahl	168	414	414	626	86	153	135	...	...
* innerhalb des Landes Umgezogene 5)	Anzahl	10 515	11 176	12 988	13 254	13 202	10 650	12 802	...	...
<b>Arbeitsmarkt</b>										
* Arbeitslose	Anzahl	48 262	50 144	48 591	48 973	46 728	65 686	70 565	70 504	68 405
* Männer	Anzahl	23 121	24 008	21 833	21 585	20 584	31 397	33 695	33 335	32 176
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	1 396	1 236	679	683	706	896	1 001	1 090	1 047
Bauberufe	Anzahl	2 064	2 421	1 693	1 699	1 669	3 282	3 397	3 362	3 464
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	17 031	17 979	16 679	16 469	16 120	24 720	25 755	25 766	25 146
Arbeitslosenquote	%	3,7	3,8	3,7	3,7	3,5	4,9	5,3	5,3	5,1
Offene Stellen	Anzahl	15 375	15 683	16 340	16 046	14 858	12 017	11 308	10 668	9 556
Männer	Anzahl	10 052	10 047	10 463	10 266	9 651	7 359	6 977	6 738	6 266
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	587	485	504	474	582	550	483	404	487
Bauberufe	Anzahl	1 366	1 029	1 057	1 145	1 030	669	723	711	682
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	6 198	6 281	6 563	6 353	5 841	4 093	3 864	3 793	3 300
Kurzarbeiter	Anzahl	4 731	8 558	3 999	4 358	9 648	12 827	9 357	11 648	18 989
Männer	Anzahl	3 095	6 245	2 904	2 879	6 908	8 750	6 804	8 205	13 963
<b>Landwirtschaft</b>										
<b>Viehbestand</b>										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	678	673	.	.	.	691	.	.	.
* Milchkühe	1 000	236	235	.	.	.	235	.	.	.
* Schweine	1 000	687	695	.	760	.	.	.	696	.
Mastschweine	1 000	238	243	.	242	.	.	.	220	.
* Zuchtsauen	1 000	79	78	.	84	.	.	.	79	.
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	51	49	.	53	.	.	.	50	.
<b>Schlachtungen von Inlandtieren</b>										
* Rinder	Anzahl	15 621	16 413	15 598	15 770	16 666	15 043	14 635	15 751	17 473
* Kälber	Anzahl	393	369	322	388	389	308	277	320	314
* Schweine	Anzahl	109 399	113 707	104 480	108 546	116 613	112 568	104 683	112 048	103 765
* Hausschlachtungen	Anzahl	12 917	12 411	6 482	5 253	7 211	6 365	5 615	5 489	7 453
<b>Schlachtmengen 6)</b>										
* Rinder	t	13 593	14 061	13 033	13 314	14 183	13 518	12 634	13 426	13 217
* Kälber	t	4 633	4 806	4 535	4 557	4 789	4 395	4 230	4 469	4 892
* Schweine	t	8 836	9 134	8 400	8 662	9 271	9 005	8 291	8 829	8 197
<b>Geflügel</b>										
* Eingelegte Bruteier für Legehennenküken 7)	1 000	49	59	47	80	65	41	24	24	28
<b>Milch</b>										
* Milcherzeugung	1 000 t	79	80	86	83	77	86	86	81	75
* an Molkereien und Händler geliefert	%	94,2	95,0	95,7	95,6	95,3	95,7	95,7	95,5	95,3
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,9	11,1	11,8	11,4	10,9	12,2	11,8	11,1	10,6

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. - 7) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. -



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	1980				1981			
		Monatsdurchschnitt	Jul	August	September	Jun	Jul	August	September	
Produzierendes Gewerbe										
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe <sup>1)</sup>										
Betriebe	Anzahl	2 893	2 899	2 903	2 898	2 893	2 896	2 892	2 890	2 891
* Beschäftigte	1 000	392	397	398	400	401	390	391	394	393
* Arbeiter 2)	1 000	278	282	283	284	284	275	276	278	277
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	40 261	40 135	37 252	38 463	41 914	35 757	36 205	38 368	41 321
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 006	1 082	1 089	1 037	1 029	1 160	1 131	1 068	1 068
* Löhne	Mill. DM	618	664	687	646	637	699	708	658	656
* Gehälter	Mill. DM	388	418	402	391	392	461	423	410	412
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE <sup>3)</sup>	76	82	71	75	68	74	79	72	85
* Gasverbrauch 4)	Mill. cbm	143	148	148	132	153	154	180	177	180
* Heizölverbrauch	1 000 t	199	173	134	130	128	110	105	109	109
* leichtes Heizöl	1 000 t	28	23	16	16	16	13	12	13	14
* schweres Heizöl	1 000 t	171	150	118	115	112	97	93	96	95
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 009	992	939	949	966	960	981	974	991
* Stromerzeugung	Mill. kWh	274	258	209	208	202	192	194	185	194
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	5 478	5 996	5 718	5 428	6 191	5 904	5 989	5 969	6 533
* Auslandsatz	Mill. DM	1 599	1 817	1 600	1 552	1 827	2 150	2 112	2 187	2 310
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Produzierendes Gewerbe insgesamt	1970 = 100	133	134	113	123	131	138	120	130	138 <sup>P</sup>
ohne Bauhauptgewerbe	1970 = 100	137	138	116	124	133	140	123	131	140 <sup>P</sup>
Verarbeitendes Gewerbe	1970 = 100	134	135	114	122	131	139	121	129	138
* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1970 = 100	134	129	118	119	125	133	122	127	135
Herstellung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1970 = 100	105	105	105	116	117	120	105	111	118
Chemische Industrie	1970 = 100	135	123	104	105	112	120	111	114	126
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	138	145	115	125	140	155	129	133	144
Maschinenbau: Büromaschinen, ADV - Geräte und -einrichtungen	1970 = 100	140	144	110	124	138	170	118	135	146
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	123	126	99	118	127	120	102	120	123
Herstellung von Schuhen	1970 = 100	63	61	39	66	69	37	52	66	68
* Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1970 = 100	151	155	122	142	145	169	135	145	166
Bauhauptgewerbe	1970 = 100	111	115	98	126	122	124	101	126	125
Handwerk <sup>4)</sup>										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	106	104	.	.	104	102	.	.	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976=100	121	133	.	.	133	135	.	.	...
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	307	310	196	214	216	257	202	241	...
Strombezug <sup>5)</sup>	Mill. kWh	2 060	2 123	1 988	1 671	2 005	2 005	2 072	1 949	...
Stromlieferungen <sup>5)</sup>	Mill. kWh	799	870	823	516	742	872	843	735	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 550	1 545	1 349	1 356	1 464	1 375	1 417	1 439	...
* Gaserzeugung	Mill. cbm	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	...
Gasbezug	Mill. cbm	300	310	223	193	235	216	223	236	...
Gasverbrauch	Mill. cbm	281	283	203	174	213	209	216	229	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	73 875	75 413	75 726	76 179	76 116	73 483 <sup>P</sup>	73 912 <sup>P</sup>	74 466 <sup>P</sup>	74 302 <sup>P</sup>
Facharbeiter	Anzahl	40 132	40 026	40 340	40 041	40 171	39 474 <sup>P</sup>	39 536 <sup>P</sup>	39 565 <sup>P</sup>	39 452 <sup>P</sup>
Fachwerker und Werker	Anzahl	16 970	17 596	18 095	18 102	18 031	16 757 <sup>P</sup>	17 007 <sup>P</sup>	17 049 <sup>P</sup>	16 943 <sup>P</sup>
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 665	9 412	8 859	10 321	10 783	8 986 <sup>P</sup>	8 773 <sup>P</sup>	9 995 <sup>P</sup>	10 402 <sup>P</sup>
Privater Bau	1 000	5 950	5 969	5 589	6 268	6 663	5 709 <sup>P</sup>	5 332 <sup>P</sup>	6 094 <sup>P</sup>	6 272 <sup>P</sup>
* Wohnungsbau	1 000	4 036	3 932	3 546	4 208	4 400	3 769 <sup>P</sup>	3 335 <sup>P</sup>	3 957 <sup>P</sup>	4 042 <sup>P</sup>
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	76	71	72	72	94	54 <sup>P</sup>	43 <sup>P</sup>	62 <sup>P</sup>	69 <sup>P</sup>
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 838	1 966	1 971	1 988	2 169	1 866 <sup>P</sup>	1 954 <sup>P</sup>	2 075 <sup>P</sup>	2 161 <sup>P</sup>
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	3 715	3 443	3 270	4 053	4 120	3 277 <sup>P</sup>	3 441 <sup>P</sup>	3 901 <sup>P</sup>	4 130 <sup>P</sup>
Hochbau	1 000	766	707	641	783	820	675 <sup>P</sup>	665 <sup>P</sup>	770 <sup>P</sup>	817 <sup>P</sup>
Tiefbau	1 000	2 949	2 736	2 629	3 270	3 300	2 602 <sup>P</sup>	2 776 <sup>P</sup>	3 131 <sup>P</sup>	3 313 <sup>P</sup>
Straßenbau	1 000	1 687	1 486	1 437	1 797	1 830	1 427 <sup>P</sup>	1 485 <sup>P</sup>	1 748 <sup>P</sup>	1 827 <sup>P</sup>
Löhne und Gehälter	Mill. DM	166	178	191	187	197	191 <sup>P</sup>	196 <sup>P</sup>	192 <sup>P</sup>	201 <sup>P</sup>
* Löhne	Mill. DM	143	154	166	163	173	164 <sup>P</sup>	171 <sup>P</sup>	167 <sup>P</sup>	175 <sup>P</sup>
* Gehälter	Mill. DM	23	24	25	24	24	27 <sup>P</sup>	25 <sup>P</sup>	25 <sup>P</sup>	26 <sup>P</sup>
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	433	552	541	551	664	599 <sup>P</sup>	498 <sup>P</sup>	559 <sup>P</sup>	613 <sup>P</sup>

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblich Auszubildender. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (tSKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 5) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen).



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	1980				1981			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 336	1 304	1 421	1 268	1 184	1 210	1 249	1 183	1 009
* mit 1 Wohnung	Anzahl	1 016	945	1 007	896	810	782	862	756	658
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	265	297	345	312	304	346	340	355	292
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	56	62	69	60	70	82	47	72	59
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 306	1 311	1 455	1 235	1 175	1 272	1 247	1 226	1 042
* Wohnfläche	1 000 qm	212	210	234	197	190	206	202	202	170
* Wohnräume	Anzahl	9 912	9 857	11 001	9 409	8 831	9 726	9 426	9 447	7 991
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	314	340	378	321	309	367	352	355	299
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	4	5	5	6	2	16	10	2	3
Unternehmen	Anzahl	198	200	174	186	177	156	204	149	136
Private Haushalte	Anzahl	1 135	1 100	1 242	1 076	1 005	1 038	1 035	1 032	870
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	218	226	230	216	231	187	166	215	207
* Umbauter Raum	1 000 cbm	879	879	974	798	692	816	853	883	818
* Nutzfläche	1 000 qm	147	157	167	143	122	146	134	139	147
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	122	166	186	135	116	150	127	148	131
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	31	39	36	39	39	30	28	40	26
Unternehmen	Anzahl	136	157	159	126	173	155	135	169	180
Private Haushalte	Anzahl	51	31	35	51	19	2	3	6	1
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 076	2 224	2 500	2 020	1 940	2 221	2 066	2 262	1 847
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	1 552	1 807	1 697	1 514	1 851	2 250	2 228	...	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	89	104	106	99	117	112	133	...	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	1 463	1 703	1 591	1 415	1 734	2 138	2 095	...	...
* Rohstoffe	Mill. DM	15	17	18	17	20	22	22	...	...
* Halbwaren	Mill. DM	101	98	98	75	110	147	141	...	...
* Fertigwaren	Mill. DM	1 347	1 588	1 476	1 324	1 604	1 970	1 933	...	...
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	492	536	494	450	490	584	591	...	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	855	1 052	982	877	1 114	1 386	1 342	...	...
Nach ausgewählten Verbrauchsländern										
* EG-Länder	Mill. DM	760	837	735	624	862	883	857	...	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	129	136	106	109	143	168	143	...	...
Dänemark	Mill. DM	31	30	24	29	31	31	26	...	...
Frankreich	Mill. DM	214	250	236	171	269	255	256	...	...
Griechenland	Mill. DM	19	19	20	19	18	27	22	...	...
Großbritannien	Mill. DM	110	115	107	84	119	136	129	...	...
Irland	Mill. DM	8	7	7	4	6	7	8	...	...
Italien	Mill. DM	125	154	138	88	152	144	148	...	...
Niederlande	Mill. DM	124	126	118	119	140	115	125	...	...
Österreich	Mill. DM	71	86	84	81	100	89	86	...	...
Schweiz	Mill. DM	72	85	75	73	92	84	85	...	...
USA und Kanada	Mill. DM	81	80	72	65	77	101	97	...	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	275	395	421	357	405	723	748	...	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	89	101	95	106	84	81	101	...	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	1 132	1 412	1 395	1 237	1 471	1 370	1 494	...	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	155	168	153	139	138	157	175	...	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	977	1 244	1 243	1 098	1 332	1 213	1 319	...	...
Aus ausgewählten Ländern										
* EG-Länder	Mill. DM	605	712	698	625	676	998	741	...	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	154	179	176	135	165	178	194	...	...
Dänemark	Mill. DM	10	12	12	10	14	11	8	...	...
Frankreich	Mill. DM	166	199	189	157	195	178	184	...	...
Griechenland	Mill. DM	4	7	7	8	8	9	8	...	...
Großbritannien	Mill. DM	32	54	54	66	47	41	33	...	...
Irland	Mill. DM	3	6	9	6	5	4	5	...	...
Italien	Mill. DM	101	108	112	92	100	129	137	...	...
Niederlande	Mill. DM	135	147	147	150	151	171	171	...	...
Österreich	Mill. DM	34	48	49	44	47	40	50	...	...
Schweiz	Mill. DM	21	23	25	18	24	26	27	...	...
USA und Kanada	Mill. DM	74	100	84	69	125	121	114	...	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	272	393	375	370	428	311	343	...	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	41	44	53	38	68	60	85	...	...



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	1980				1981			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1970 = 100	108	108	106	107	108	...	...	...	...
* Umsatz in jeweiligen Preisen	1970 = 100	208	220	217	202	209	...	...	...	...
Waren verschiedener Art	1970 = 100	226	241	238	215	210	...	...	...	...
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	201	220	218	213	206	...	...	...	...
Textilwaren und Schuhe	1970 = 100	182	195	184	154	187	...	...	...	...
Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf	1970 = 100	217	224	218	205	225	...	...	...	...
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1970 = 100	189	204	192	182	190	...	...	...	...
Fahrzeuge, Maschinen, Büro-einrichtungen	1970 = 100	209	198	184	159	177	...	...	...	...
Umsatz in Preisen von 1970	1970 = 100	139	139	137	127	132	...	...	...	...
Waren verschiedener Art	1970 = 100	.	.	.	.	.	...	...	...	...
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	140	148	145	142	138	...	...	...	...
Textilwaren und Schuhe	1970 = 100	113	115	108	91	109	...	...	...	...
Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf	1970 = 100	143	138	134	125	137	...	...	...	...
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1970 = 100	141	139	130	123	129	...	...	...	...
Fahrzeuge, Maschinen, Büro-einrichtungen	1970 = 100	142	127	118	102	113	...	...	...	...
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1970 = 100	97	97	103	104	100	...	...	...	...
Teilbeschäftigte	1970 = 100	134	136	149	142	138	...	...	...	...
* Umsatz	1970 = 100	148	153	165	178	200	...	...	...	...
Beherbergungsgewerbe	1970 = 100	164	172	201	218	247	...	...	...	...
Gaststättengewerbe	1970 = 100	136	140	138	149	167	...	...	...	...
Fremdenverkehr (Neuer Berichtskreis) <sup>1)</sup> in Betrieben mit 9 und mehr Betten										
* Fremdenmeldungen	1 000	407	420	551	582	663	522	552	588	...
* Ausländer	1 000	69	76	175	153	117	105	142	148	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 529	1 566	2 585	2 406	2 368	2 052	2 412	2 571	...
* Ausländer	1 000	210	242	706	523	341	323	508	522	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang	1 000 t	1 656	1 613	1 744	1 563	1 682	1 566	1 655	1 631	1 579
* Güterversand	1 000 t	1 498	1 502	1 647	1 451	1 566	1 412	1 454	1 451	1 559
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	14 383	13 420	12 740	10 463	11 994	14 121	13 425	9 902	11 750
Krafträder und Motorroller	Anzahl	642	740	785	621	357	1 861	1 684	1 324	1 053
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	12 575	11 516	10 889	8 931	10 560	11 317	10 806	7 837	9 773
* Lastkraftwagen	Anzahl	687	689	620	556	695	535	524	462	537
Zugmaschinen	Anzahl	375	367	324	264	282	276	303	219	306
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 898	1 931	2 022	2 276	2 299	2 086	1 912	2 293	...
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	7 253	7 306	7 074	6 771	7 413	6 595	6 257	7 152	...
Verunglückte Personen	Anzahl	2 650	2 676	2 804	3 204	3 132	2 906	2 600	3 078	...
* Getötete	Anzahl	67	70	75	76	93	87	61	66	...
Pkw - Insassen	Anzahl	34	34	26	27	51	49	22	29	...
Fußgänger	Anzahl	14	15	17	13	15	8	11	8	...
* Verletzte	Anzahl	2 583	2 606	2 729	3 128	3 039	2 819	2 539	3 012	...
Pkw - Insassen	Anzahl	1 481	1 477	1 515	1 565	1 447	1 452	1 252	1 462	...
Fußgänger	Anzahl	268	259	207	269	280	202	173	255	...
Schwerverletzte	Anzahl	830	835	876	999	1 043	952	845	997	...
Pkw - Insassen	Anzahl	427	417	443	426	431	461	357	434	...
Fußgänger	Anzahl	118	118	93	116	129	78	70	112	...

1) Einschl. Jugendherbergen und Kinderheimen sowie Privatquartieren in den bis 1980 erfaßten 643 Gemeinden.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	1980				1981			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen 1) (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. DM	52 902	58 422	55 806	55 989	56 792	61 483	61 487	61 627	62 439
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. DM	51 851	57 122	54 531	54 740	55 531	60 169	60 168	60 296	61 079
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	42 125	46 964	44 634	44 874	45 582	49 212	49 302	49 412	50 010
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	9 726	10 157	9 897	9 866	9 950	10 957	10 866	10 884	11 069
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	11 102	12 527	11 880	11 811	12 261	13 386	13 267	13 157	13 686
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	10 786	12 163	11 513	11 498	11 892	12 863	12 729	12 707	13 032
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	316	364	367	313	370	523	538	450	654
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	6 365	6 955	6 641	6 652	6 729	7 634	7 551	7 612	7 767
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	5 321	5 918	5 606	5 637	5 715	6 200	6 178	6 151	6 234
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 044	1 037	1 035	1 015	1 014	1 435	1 373	1 461	1 533
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	34 384	37 640	36 010	36 277	36 541	39 149	39 350	39 527	39 626
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	26 018	28 883	27 515	27 739	27 975	30 150	30 395	30 554	30 744
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	8 366	8 756	8 496	8 538	8 566	8 999	8 955	8 973	8 882
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	45 323	48 947	46 545	46 962	46 616	49 520	49 451	49 877	49 493
Sichteinlagen	Mill. DM	7 183	7 299	7 355	7 198	6 874	7 063	6 743	7 064	6 761
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	6 680	6 793	6 827	6 660	6 415	6 507	6 258	6 467	6 631
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	503	506	528	539	458	556	485	597	430
Termingelder	Mill. DM	11 866	15 091	14 157	14 660	14 674	17 427	17 920	18 158	18 170
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	10 705	13 717	12 741	13 146	13 141	15 848	16 442	16 636	16 639
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 160	1 374	1 416	1 514	1 533	1 578	1 478	1 521	1 531
* Spareinlagen	Mill. DM	26 275	26 556	25 033	25 104	25 068	25 030	24 787	24 655	24 562
bei Sparkassen	Mill. DM	15 201	15 290	14 476	14 506	14 461	14 387	14 257	14 193	14 144
* Gutschriften auf Sparkonten 2)	Mill. DM	1 202	1 286	1 282	1 070	1 043	1 189	1 514	1 186	1 224
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	1 147	1 266	1 421	1 003	1 081	1 395	1 786	1 318	1 323
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse 3)	Anzahl	35	37	36	39	43	41	51	63	73
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	10 005	13 883	35 153	6 307	26 414	21 648	33 878	36 328	55 937
Vergleichsverfahren	Anzahl	.	.	-	-	-	-	-	-	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	834	919	947	983	886	1 032	1 146	1 093	1 013
* Wechselsumme	1 000 DM	5 184	6 823	6 591	27 661	12 798	16 058	8 484	9 564	7 825
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	1 021 729	1 119 293	856 835	1 129 544	1 308 982	1 236 604	906 076	1 132 348	203 965
Steuern vom Einkommen	1 000 DM	701 283	773 282	537 253	786 629	1 017 791	932 460	581 389	789 369	965 023
Lohnsteuer 4)	1 000 DM	416 416	515 079	441 993	689 951	403 857	376 803	457 355	727 976	400 764
Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	1 000 DM	67 459	108 527	-	267 783	-	-	-	275 188	-
Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	161 587	154 712	- 18 022	12 751	435 010	366 107	15 779	- 17 135	385 340
Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	13 410	16 351	93 991	12 313	17 770	9 357	87 649	19 704	9 827
Körperschaftsteuer 4)	1 000 DM	109 870	87 141	19 291	71 614	161 154	180 193	20 606	58 824	169 092
Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung	1 000 DM	25 899	13 731	-	65 032	-	-	-	30 757	-
Steuern vom Umsatz	1 000 DM	320 446	346 011	319 582	342 915	291 191	304 144	324 687	342 979	238 942
Umsatzsteuer	1 000 DM	221 286	228 992	206 676	220 054	188 664	178 966	211 568	213 803	130 217
Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	99 160	117 019	112 906	122 861	102 527	125 178	113 119	129 176	108 725
* Bundessteuern	1 000 DM	137 390	154 241	124 799	158 355	140 436	184 952	136 602	125 933	137 536
Zölle	1 000 DM	8 624	9 232	8 487	10 284	7 438	8 078	7 760	10 769	8 138
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	126 386	133 812	114 681	146 164	131 326	175 349	126 518	112 854	127 615
* Landessteuern	1 000 DM	72 986	67 563	68 203	98 666	62 077	60 320	73 902	95 168	61 234
Vermögensteuer	1 000 DM	15 501	14 826	2 364	38 883	3 991	3 273	7 512	41 629	5 847
Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	40 047	34 028	46 696	42 444	40 298	36 616	47 923	35 712	37 314
Biersteuer	1 000 DM	6 242	6 387	8 415	6 775	7 306	6 539	7 622	7 313	7 325
* Gemeindesteuern 5)	1 000 DM	468 559	491 895	.	.	.	458 596	.	.	.
Grundsteuer A	1 000 DM	8 016	8 046	.	.	.	9 205	.	.	.
Grundsteuer B	1 000 DM	69 308	71 639	.	.	.	75 687	.	.	.
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	333 622	367 982	.	.	.	331 165	.	.	.
Lohnsummensteuer 6)	1 000 DM	21 658	5 573	.	.	.	137	.	.	.
Grunderwerbsteuer	1 000 DM	25 393	27 940	.	.	.	24 925	.	.	.

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter; ohne durchlaufende Kredite. - 2) Einschl. Zinsgutschriften. - 3) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 4) Nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - 5) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. - 6) Ab 1980 nur noch Reste aus der bis 1979 erhobenen Lohnsummensteuer.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	1980				1981			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	683 252	728 650	618 585	728 655	781 745	807 125	642 578	696 826	734 178
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	309 411	335 700	235 005	337 722	444 741	410 066	253 842	338 476	422 731
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	216 307	233 563	215 723	231 474	196 559	212 054	214 247	231 180	173 913
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	20 143	14 145	43 058	1 103	9	53	37 887	1 237	- 2
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	536 057	565 662	484 102	581 864	640 071	627 102	507 488	586 059	620 447
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	308 085	334 313	234 047	335 002	442 650	409 065	252 603	335 340	419 473
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	134 843	149 640	138 794	147 093	135 335	157 664	143 096	154 314	139 742
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	20 143	14 145	43 058	1 103	9	53	37 887	1 237	- 2
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	593 880	705 455	.	.	.	637 086	.	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 1)	1 000 DM	216 181	281 635	.	.	.	252 919	.	.	.
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	242 761	299 907	.	.	.	256 735	.	.	.
Preise										
* Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1976 = 100	110,9	117,0	117,6	117,7	117,7	123,9	124,4	124,8	125,4
* Nahrungs- und Genußmittel	1976 = 100	108,2	112,7	113,5	113,6	112,9	118,8	118,5	117,9	118,3
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Bauwerk 2)	1976 = 100	121,1	134,1	.	136,1	.	.	.	143,4	.
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	489	516	554	.	.	.	584	.	.
* Männliche Arbeiter	DM	523	554	591	.	.	.	620	.	.
* Facharbeiter	DM	553	586	628	.	.	.	656	.	.
* Angelernte Arbeiter	DM	501	530	562	.	.	.	587	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	423	453	478	.	.	.	507	.	.
* Weibliche Arbeiter	DM	346	366	393	.	.	.	420	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	334	364	380	.	.	.	402	.	.
Bruttostundenverdienste	DM	11,59	12,28	13,26	.	.	.	14,01	.	.
* Männliche Arbeiter	DM	12,23	12,99	13,98	.	.	.	14,74	.	.
* Facharbeiter	DM	12,92	13,70	14,75	.	.	.	15,54	.	.
* Angelernte Arbeiter	DM	11,73	12,46	13,37	.	.	.	13,98	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	10,02	10,70	11,51	.	.	.	12,19	.	.
* Weibliche Arbeiter	DM	8,69	9,20	9,94	.	.	.	10,58	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	8,34	8,88	9,61	.	.	.	10,15	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	42,1	41,9	41,8	.	.	.	41,7	.	.
* Männliche Arbeiter	Std.	42,6	42,5	42,3	.	.	.	42,1	.	.
* Weibliche Arbeiter	Std.	39,8	39,7	39,6	.	.	.	39,7	.	.
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste	DM	2 475	2 615	2 847	.	.	.	3 002	.	.
in Industrie und Handel zusammen	DM	2 210	2 345	2 537	.	.	.	2 665	.	.
* Kaufmännische Angestellte	DM	2 704	2 861	3 103	.	.	.	3 243	.	.
* männlich	DM	1 745	1 856	2 004	.	.	.	2 120	.	.
* weiblich	DM	3 098	3 259	3 575	.	.	.	3 760	.	.
* Technische Angestellte	DM	3 173	3 337	3 659	.	.	.	3 847	.	.
* männlich	DM	2 132	2 246	2 448	.	.	.	2 613	.	.
* weiblich	DM	2 871	3 028	3 316	.	.	.	3 492	.	.
in Industrie, Hoch- und Tiefbau	DM	2 584	2 735	2 985	.	.	.	3 140	.	.
* Kaufmännische Angestellte	DM	3 037	3 221	3 527	.	.	.	3 711	.	.
* männlich	DM	2 047	2 165	2 344	.	.	.	2 468	.	.
* weiblich	DM	3 153	3 313	3 634	.	.	.	3 821	.	.
* Technische Angestellte	DM	3 218	3 381	3 709	.	.	.	3 900	.	.
* männlich	DM	2 243	2 351	2 550	.	.	.	2 707	.	.
* weiblich	DM	1 988	2 114	2 272	.	.	.	2 372	.	.
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	1 974	2 099	2 257	.	.	.	2 357	.	.
* Kaufmännische Angestellte	DM	2 449	2 593	2 783	.	.	.	2 878	.	.
* männlich	DM	1 586	1 693	1 827	.	.	.	1 933	.	.
* weiblich	DM				.	.	.		.	.

1) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. - 2) Ohne Baunebenleistungen.



# Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	1980				1981			
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 359	61 566	61 561	61 589	61 616	61 657	61 666	...	...
Eheschließungen 1)	Anzahl	28 735	30 151 <sup>P</sup>	34 231 <sup>P</sup>	33 853 <sup>P</sup>	40 756 <sup>P</sup>	42 546 <sup>P</sup>	37 702 <sup>P</sup>	38 339 <sup>P</sup>	...
Lebendgeborene 2)	Anzahl	48 499	51 721 <sup>P</sup>	52 230 <sup>P</sup>	56 388 <sup>P</sup>	52 158 <sup>P</sup>	50 044 <sup>P</sup>	53 561 <sup>P</sup>	56 417 <sup>P</sup>	...
Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	59 311	59 510 <sup>P</sup>	57 498 <sup>P</sup>	59 016 <sup>P</sup>	55 590 <sup>P</sup>	58 451 <sup>P</sup>	59 307 <sup>P</sup>	58 862 <sup>P</sup>	...
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (—)	Anzahl	- 10 812	- 7 788 <sup>P</sup>	- 5 268 <sup>P</sup>	- 2 628 <sup>P</sup>	- 3 432 <sup>P</sup>	- 8 407 <sup>P</sup>	- 5 746 <sup>P</sup>	- 2 445 <sup>P</sup>	...
Arbeitslose	1 000	876	889	781	853	865	1 110	1 126	1 246	1 289
Männer	1 000	417	426	356	386	390	542	546	605	627
Offene Stellen	1 000	304	308	353	335	324	242	236	219	206
Männer	1 000	198	198	223	214	207	147	142	134	127
Kurzarbeiter	1 000	88	137	86	85	43	340	317	221	167
Männer	1 000	59	98	62	63	28	224	207	145	115
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	22 374	22 553	.	.	24 066	.	.	...	23 339
Schlachtmenge 4)	1 000 t	364	373	359	372	346	364	382	...	...
Produzierendes Gewerbe 5)										
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Produzierendes Gewerbe insgesamt	1970 = 100	123	123	130	109	105	130	128	109	106 <sup>P</sup>
ohne Baugewerbe	1970 = 100	125	125	131	110	105	131	129	109	107 <sup>P</sup>
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	1970 = 100	121	122	129	108	103	128	127	107	104 <sup>P</sup>
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1970 = 100	125	122	130	113	109	126	124	113	111 <sup>P</sup>
Investitionsgüter Produzierendes Gewerbe	1970 = 100	121	124	133	106	95	134	133	104	98 <sup>P</sup>
Verbrauchsgüter Produzierendes Gewerbe	1970 = 100	120	120	124	101	98	120	115	99	99 <sup>P</sup>
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1970 = 100	126	130	135	120	123	139	143	124	128 <sup>P</sup>
Baugewerbe	1970 = 100	109	107	125	105	107	123	120	100	99 <sup>P</sup>
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe										
Beschäftigte	1 000	7 608	7 660	7 649	7 678	7 693	7 481	7 475	7 489	7 498
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	771	762	732	748	668	717	697	704	646
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	92 121	99 639	98 800	97 147	85 763	99 995	103 310	103 427	93 991
Auslandsumsatz*	Mill. DM	22 131	24 198	24 190	22 901	19 359	25 905	27 227	26 816	24 003
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	24 878	24 862	21 186	21 220	19 908	22 855	21 149	21 896	20 919
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	3 780	3 554	3 010	3 102	2 927	2 883	2 132	2 828	2 921
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 240	1 263	1 281	1 278	1 289	1 223 <sup>P</sup>	1 229 <sup>P</sup>	1 222 <sup>P</sup>	1 229 <sup>P</sup>
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	144	145	159	157	138	150 <sup>P</sup>	150 <sup>P</sup>	147 <sup>P</sup>	134 <sup>P</sup>
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	7 673	9 374	9 614	10 205	9 082	9 291 <sup>P</sup>	9 800 <sup>P</sup>	10 156 <sup>P</sup>	...
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	18 220	16 378	18 049	19 082	16 377	17 018	16 168	16 357	14 141
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	17 124	15 191	16 889	17 856	15 277	15 520	14 824	14 995	12 693
Wohnfläche	1 000 qm	3 095	2 926	3 122	3 320	2 896	3 190	2 951	3 032	2 741
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 282	3 239	3 552	4 017	3 206	3 137	3 090	3 353	3 154
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	31 970	31 718	33 435	35 553	31 438	35 977	33 248	34 640	31 473
Handel										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
EG-Länder	Mill. DM	12 962	14 019	14 477	13 983	11 088	14 677	15 363	16 399	12 517
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 230	2 290	2 286	1 931	1 968	2 295	2 561	2 198	2 001
Dänemark	Mill. DM	570	556	531	503	494	585	628	664	613
Frankreich	Mill. DM	3 333	3 885	3 901	3 900	2 693	4 102	4 209	4 608	3 296
Griechenland	Mill. DM	314	315	429	359	290	376	412	454	339
Großbritannien	Mill. DM	1 753	1 910	2 067	1 906	1 552	1 949	2 217	2 532	1 923
Irland	Mill. DM	109	111	108	103	86	131	130	154	123
Italien	Mill. DM	2 045	2 495	2 529	2 719	1 625	2 579	2 508	2 780	1 801
Niederlande	Mill. DM	2 608	2 773	2 627	2 562	2 380	2 661	2 698	3 009	2 421
Österreich	Mill. DM	1 372	1 605	1 539	1 701	1 446	1 640	1 571	1 840	1 505
Schweiz	Mill. DM	1 367	1 667	1 666	1 655	1 404	1 610	1 642	1 827	1 526
USA und Kanada	Mill. DM	1 935	1 971	1 851	2 071	1 311	2 238	2 429	2 703	1 972
Entwicklungsländer	Mill. DM	3 757	4 315	3 678	4 567	4 012	5 220	5 734	7 066	5 410
Staatshandelsländer	Mill. DM	1 570	1 617	1 573	1 626	1 548	1 696	1 572	1 963	1 343

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel; ohne Schweinehausschlachtungen. - 5) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke. - 6) Ungerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal / Nm<sup>3</sup>.



# Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	1980				1981			
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	24 347	28 438	28 211	29 177	24 365	29 680	30 689	32 591	28 199
EG-Länder	Mill. DM	11 976	13 117	13 464	13 822	10 984	13 864	14 475	15 298	12 596
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	1 951	2 039	2 196	1 984	1 632	1 951	2 128	2 050	1 761
Dänemark	Mill. DM	386	478	430	406	419	508	449	449	452
Frankreich	Mill. DM	2 766	3 049	3 190	3 066	2 302	3 482	3 362	3 598	2 594
Griechenland	Mill. DM	200	230	220	276	225	201	283	296	222
Großbritannien	Mill. DM	1 435	1 906	1 742	2 072	1 672	1 908	2 248	2 252	2 087
Irland	Mill. DM	98	127	115	155	96	136	147	160	107
Italien	Mill. DM	2 150	2 257	2 422	2 707	1 893	2 133	2 360	2 916	2 068
Niederlande	Mill. DM	2 990	3 261	3 149	3 155	2 745	3 545	3 498	3 576	3 306
Österreich	Mill. DM	701	819	801	859	692	821	803	970	733
Schweiz	Mill. DM	886	1 012	994	1 025	753	1 005	1 029	1 123	842
USA und Kanada	Mill. DM	1 948	2 443	2 512	2 576	2 066	2 773	2 765	2 721	2 455
Entwicklungsländer	Mill. DM	4 531	5 794	5 489	5 856	5 318	6 094	5 873	6 325	6 393
Staatshandelsländer	Mill. DM	1 337	1 449	1 490	1 518	1 297	1 333	1 491	1 781	1 730
Einzelhandel										
Umsatz	1970 = 100	191,6	202,3	184,6	200,8	180,1	200,6 <sup>P</sup>	192,5 <sup>P</sup>	203,8 <sup>P</sup>	188,0 <sup>P</sup>
Gastgewerbe										
Umsatz	1970 = 100	160,4	169,8	176,1	190,3	182,1	162,9 <sup>P</sup>	162,9 <sup>P</sup>	...	...
Geld und Kredit										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken <sup>1)</sup>	Mrd. DM	1 305	1 428	1 349	1 353	1 368	1 459	1 478	1 487	1 496 <sup>P</sup>
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	999	1 098	1 036	1 038	1 052	1 120	1 136	1 136	1 142 <sup>P</sup>
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	306	330	312	315	316	338	342	351	354 <sup>P</sup>
Einlagen von Nichtbanken <sup>2)</sup>	Mrd. DM	959	1 011	946	942	947	1 002	1 002	998	1 003 <sup>P</sup>
Spareinlagen	Mrd. DM	478	486	461	458	459	464	461	455	454 <sup>P</sup>
Steuern										
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	21 262	22 814	29 713	20 696	18 645	16 883	29 320	21 236	19 295
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	13 445	14 488	22 298	11 858	10 554	8 829	21 557	12 046	10 927
Lohnsteuer	Mill. DM	8 089	9 297	9 498	10 317	9 514	8 177	9 359	11 064	10 185
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	3 129	3 066	7 801	433	222	- 79	7 372	- 39	- 147
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	7 017	7 787	7 408	7 575	7 669	7 716	7 758	7 929	8 029
Umsatzsteuer	Mill. DM	4 250	4 404	4 020	4 128	4 255	4 147	4 280	4 227	4 336
Bundessteuern	Mill. DM	3 723	3 838	3 784	3 789	3 783	4 120	3 973	3 999	3 985
Zölle	Mill. DM	343	384	371	401	390	421	388	413	396
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	3 185	3 243	3 239	3 202	3 132	3 491	3 409	3 388	3 315
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel <sup>3)</sup>	1976 = 100	106,0	112,7	112,7	112,9	112,7	121,2	121,7	122,4	123,3 <sup>P</sup>
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte <sup>3)</sup>	1976 = 100	96,9	99,3	96,6	96,4	95,4	102,4	101,9	102,6 <sup>P</sup>	103,0 <sup>P</sup>
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte <sup>3)</sup>	1976 = 100	108,9	117,1	117,2	117,6	117,6	125,3	125,8	127,1	128,0
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1976 = 100	120,8	133,7	.	.	135,7	141,8	.	.	142,7
Bauleistungen am Bauwerk <sup>4)</sup>	1976 = 100	121,1	134,1	.	.	136,1	142,4	.	.	143,4
Preisindex für den Straßenbau	1976 = 100	120,8	136,2	.	.	138,7	140,9	.	.	141,0
Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1976 = 100	110,9	117,0	117,4	117,6	117,7	123,3	123,9	124,4	124,8
Nahrungs- und Genußmittel	1976 = 100	108,2	112,7	113,5	113,5	113,6	118,9	118,8	118,5	117,9
Kleidung und Schuhe	1976 = 100	114,2	120,8	120,5	120,7	121,2	126,3	126,5	126,7	127,0
Wohnungsmiete	1976 = 100	109,8	115,4	115,3	115,7	116,0	119,8	120,2	120,7	121,3
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1976 = 100	124,8	137,6	138,0	137,5	135,5	152,3	152,9	157,2	162,9
Übriges für die Haushaltsführung	1976 = 100	110,2	116,7	116,6	116,6	116,8	123,5	123,5	123,6	123,5
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1976 = 100	110,0	116,8	117,9	118,1	118,2	124,7	125,8	126,9	127,9
Körper- und Gesundheitspflege	1976 = 100	112,6	119,1	118,9	119,3	119,8	125,4	125,7	126,3	126,7
Bildung und Unterhaltung	1976 = 100	106,1	108,9	108,9	109,0	109,1	112,5	112,7	112,9	113,1
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1976 = 100	114,5	123,2	124,8	125,3	125,4	128,8	132,4	132,9	132,9

1) Kredite der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. - 2) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). - 4) Ohne Baunebenleistungen.



**Baunachfrage weiterhin schwach**

Im September 1981 wurden von den rheinland-pfälzischen Bauaufsichtsbehörden Genehmigungen für die Errichtung von 1 009 Wohn- und 207 Nichtwohngebäuden erteilt. Damit war die Baunachfrage im Wohnbau um 15% und im Nichtwohnbau um 10% geringer als im September 1980. Knapp 13% der Wohngebäude und gut ein Drittel der Nichtwohngebäude sollen in Fertigteilbauweise errichtet werden.

Die Zahl der zum Bau freigegebenen Wohnungen ging im Vergleich zu September 1980 um 4,8% auf 1 847 zurück. In Ein- und Zweifamilienhäusern waren 1 242 Wohnungen geplant (— 18%), in Mehrfamilienhäusern 431 (+ 18%). Gleichzeitig erhöhten sich die Kosten für einen Kubikmeter umbauten Raum im Wohnbau von 263 DM auf 287 DM.

Rund 76% der Baugenehmigungen für Wohnungen wurden von privaten Haushalten beantragt und nur jede vierte von einem Wohnungs- oder sonstigen Unternehmen.

In der Zeit von Januar bis September 1981 wurden 10 126 Wohn- und 1 576 Nichtwohngebäude zum Bau freigegeben, das sind 20 bzw. 25% weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Zahl der Wohnungen ging um 10,5% auf 18 527 zurück. ne

**Weniger Unfälle und Verunglückte am „autofreien Sonntag“**

Am „autofreien Sonntag“ (27. September 1981) ereigneten sich auf den rheinland-pfälzischen Straßen weniger Unfälle. Insgesamt 115 Verkehrsunfälle mit Personenschaden oder schwerem Sachschaden wurden registriert, am vierten Septembersonntag 1980 waren es 163 gewesen.

53 Unfälle (im Vorjahr 79) führten zu Personenschäden, zwei (acht) Verkehrsteilnehmer kamen ums Leben. Weitere 18 (48) Personen wurden schwer und 56 (66) leicht verletzt. Der Sonntag wurde von vielen für eine Fahrradtour genutzt. Es kam kein Radfahrer zu Schaden. gz

**10% weniger Führerscheinbewerber**

Von Januar bis Juni 1981 bewarben sich in Rheinland-Pfalz 74 858 Personen um einen Führerschein der Klassen Eins bis Fünf. Das sind 10,4% weniger als im ersten Halbjahr 1980. Jeder dritte Führerscheinbewerber war eine Frau (— 12,1%). Bei den Fahrerlaubnis-Prüfungen fiel jeder Dritte durch. Von den Männern hatten 28% keinen Erfolg, von den Frauen 38%.

Nahezu 70% der Prüflinge bewarben sich um einen Führerschein der Klasse Drei (— 6,2%), von den Frauen waren es mehr als 90% (— 10%). Bei diesen Prüfungen fielen 32% der Männer und 39% der Frauen durch. Weniger Führerscheinbewerber wurden auch bei den Klassen Eins (— 1,7%) und Zwei (— 9,3%) registriert. gz



---

## **kurz + aktuell**

---

### **Drei Viertel der neuzugelassenen Kraftfahrzeuge sind Personenwagen**

Von Januar bis September 1981 wurden in Rheinland-Pfalz 128 671 fabrikneue Kraftfahrzeuge zum Verkehr zugelassen. Das sind 750 oder 0,6% weniger als im gleichen Zeitraum 1980. Die Zahl der neu zugelassenen Krafträder stieg um 71% auf 14 462. Dieser Zugang ist weitgehend auf Leichtkrafträder (Hubraum 50 bis 80 cm<sup>3</sup>) zurückzuführen. Dagegen wurden weniger Personenkraftwagen neu zugelassen (— 4,9%).

Drei Viertel der neu zugelassenen Fahrzeuge waren Personenkraftwagen. Hier ist kein eindeutiger Trend zu kleineren Hubraumklassen festzustellen. Zwar nahm erwartungsgemäß die Zahl der Kleinwagen mit weniger als 1 000 cm<sup>3</sup> um 10% zu - bei gleichzeitiger Reduzierung der Neuzulassungen von Personenwagen mit einem Hubraum von über 2 000 cm<sup>3</sup> (— 13%), doch fand in den mittleren Hubraumklassen von 1 000 bis 1 500 cm<sup>3</sup> (— 12%) und 1 500 bis 2 000 cm<sup>3</sup> (+ 2,8%) eine Verlagerung nach oben statt. gz

### **Weniger Verkehrstote**

Von Januar bis September 1981 kamen auf den rheinland-pfälzischen Straßen 574 Personen bei Verkehrsunfällen ums Leben. Das sind 85 Verkehrstote weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Dieser Rückgang ist vor allem auf die Veränderung des Unfallgeschehens im Regierungsbezirk Koblenz zurückzuführen, wo die Zahl der tödlich Verunglückten von 279 auf 211 sank. Im Regierungsbezirk Trier wurden zwölf Verkehrstote mehr gezählt (Rheinhessen-Pfalz: 29 weniger).

Zugenommen hat die Zahl der Getöteten bei Radfahrer (+ 7). Dagegen verringerte sich die Zahl der tödlich verletzten Fußgänger um 42, der motorisierten Zweiradfahrer um 18 und der Insassen von Personenkraftwagen um 14.

Mehr als ein Fünftel aller Verkehrstoten zählt zur Altersgruppe 18 bis 21 Jahren (— 8). 41 Jugendliche zwischen 15 und 17 Jahren wurden getötet (— 31) und 37 Kinder unter 15 Jahren (— 14). gz

### **Leichter Preisrückgang bei Heizöl und Treibstoff**

Im Oktober konnte seit längerer Zeit erstmals wieder ein leichter Preisrückgang für Heizöl und Treibstoff festgestellt werden. 100 Liter Heizöl kosteten in Rheinland-Pfalz im Monatsdurchschnitt 75,52 DM und damit 4,7% weniger als im September. Treibstoff verbilligte sich seit September bis zu 4,5%, wobei die Preise der freien Tankstellen stärker nachgaben (bis 4,5%) als für Markenbenzin (bis 3,5%). Die Preise anderer Energieträger stiegen jedoch weiter an, und zwar vor allem für Gas (+ 5,1%) und feste Brennstoffe (bis zu 2%). sn



### **Kaufkraftgewinne beim Umtausch der D-Mark in Italien und Jugoslawien**

Über die sogenannten Verbrauchergeldparitäten läßt sich feststellen, ob ein länger im Ausland lebender Deutscher beim Umtausch der D-Mark in die jeweilige Landeswährung mehr oder weniger kaufen kann als daheim. Die Reisegeldparitäten geben den Kaufkraftgewinn oder -verlust beim Umtausch der D-Mark für Urlauber und Geschäftsreisende in den wichtigsten europäischen Reiseländern an.

Von den im europäischen Ausland nach deutschen Verbrauchsgewohnheiten lebenden deutschen Haushalten konnten im April 1981 diejenigen in Italien beim Umtausch der D-Mark den größten Kaufkraftgewinn (+ 23%) erreichen. Danach folgen deutsche Haushalte in Luxemburg (+ 14,5%), Jugoslawien (+ 6%) und den Niederlanden (+ 2%). Gleich hoch war die Kaufkraft in Spanien, während in den übrigen Ländern Kaufkraftverluste hingenommen werden mußten, die höchsten in der Schweiz und in Dänemark (jeweils — 21%). Deutsche Haushalte, die sich den ausländischen Verbrauchsgewohnheiten anpaßten, erzielten in Italien beim Umtausch der D-Mark sogar einen Kaufkraftgewinn von nicht weniger als 48%.

Die Reisegeldparitäten für ausgewählte europäische Länder zeigen, daß sich im Winter 1980/81 und im Sommer 1981 im Vergleich zum Vorjahr die Gewichte zugunsten eines Urlaubs in Deutschland verschoben haben. Im Juni 1981 konnten Touristen und Geschäftsreisende beim Umtausch der D-Mark in einzelnen Reiseländern noch beachtliche Kaufkraftgewinne erzielen, so in Jugoslawien (+ 28%), Italien (+ 19%) und Luxemburg (+ 18%). wr

Mehr über dieses Thema auf Seite 271

### **Die Deutschen machen mehr Urlaub in Deutschland**

In den beiden Hochsaisonmonaten Juli und August 1981 kamen mehr als 1,1 Millionen Gäste nach Rheinland-Pfalz. Die Zahl der Übernachtungen stellte sich auf 5 Millionen. Gegenüber den entsprechenden Vorjahresmonaten nahm die Zahl der Gäste um 0,6% zu. Vermutlich mit bedingt durch den Kaufkraftverlust der D-Mark im Ausland, kamen 5,6% mehr Deutsche bei 11,7% weniger Ausländern. Das gleiche gilt für die Übernachtungen (Inländer + 5,1%, Ausländer — 16,2%). Etwa vier von fünf Gästen waren Deutsche.

An den Gästeübernachtungen im Juli und August 1981 hatten die Hotels und Hotels garnis einen Anteil von einem Drittel. Es folgen Privatquartiere (20%) und Ferienhäuser einschließlich Ferienwohnungen (11%).

Die Fremdenverkehrsgebiete Mosel/Saar und Eifel/Ahr hatten jeweils knapp ein Viertel aller Übernachtungen. An dritter Stelle lag die Pfalz mit 15%. Von den insgesamt mehr als 1 Mill. Ausländerübernachtungen entfielen 34% auf das Gebiet Mosel/Saar, 25% auf den Raum Eifel/Ahr und 14% auf das Rheintal. pe

### **Starke Zunahme der ausländischen Sozialhilfeempfänger**

Im Jahre 1980 erhielten in Rheinland-Pfalz 99 110 Personen laufende oder einmalige Unterstützungen nach dem Bundessozialhilfegesetz. Die Zahl der Hilfeempfänger lag um 4 813 oder 5,1% höher als im Vorjahr.

Eine besonders starke Zunahme um 80% ergab sich bei den auf Sozialhilfe angewiesenen Ausländern und Staatenlosen (rund 5 000). Die Ursachen hierfür sind in der derzeitigen Arbeitsmarktsituation und in der gesetzlichen Neuordnung des Arbeitsgenehmigungsverfahrens für Ausländer zu suchen.

Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt erhielten mehr als 61 000 Personen. Die Inanspruchnahme dieser Hilfeleistungen wurde überwiegend mit nicht ausreichenden Versicherungs- und Versorgungsansprüchen, mit Ausfall des Ernährers, Krankheit oder Verlust des Arbeitsplatzes begründet. Hilfe in besonderen Lebenslagen wurde 53 785 Personen gewährt. Die häufigsten Hilfearten waren hier wiederum die Hilfe zur Pflege (25 058 Empfänger) und die Krankenhilfe (17 957).

Rund 13 700 Personen erhielten Leistungen nach dem Landespflegegeldgesetz, unter ihnen 4 361 wegen Blindheit unterstützte Hilfeempfänger. zi

### **Geranien, Topfchrysanthemen und Weihnachtssterne**

Die Gartenbaubetriebe von Rheinland-Pfalz kultivierten im Jahre 1981 in Unterglasanlagen rund 65 Mill. Topf- und Ballenpflanzen. Darunter befanden sich 50 Mill. Jungpflanzen. Geranien (39 Mill.), Topfchrysanthemen (15 Mill.) und Weihnachtssterne (1,5 Mill.) bestimmten weitgehend die Produktion.

Die Unterglasfläche für Schnittblumen belief sich auf 36 ha. Nennenswerte Arten waren hier neben Rosen, Nelken und Gerbera vor allem Chrysanthemen (16 ha). Der Freilandanbau von Schnittblumen und -gehölzen erreichte fast 110 ha. Knapp ein Viertel davon beanspruchten allein die Rosen. lx

### **Mehr Rinder und Schafe geschlachtet**

In Rheinland-Pfalz wurden in den ersten neun Monaten dieses Jahres 145 600 Rinder, 2 900 Kälber, 997 300 Schweine und 22 800 Schafe inländischer Herkunft geschlachtet. Gegenüber dem gleichen Zeitraum des Jahres 1980 nahm die Zahl der geschlachteten Rinder (+ 3,6%) und Schafe (+ 11%) zu. Schweine (— 0,8%) und Kälber (— 14,4%) wurden weniger geschlachtet. Die gesamte Schlachtmenge verringerte sich dadurch kaum.

Außerdem wurden 7 710 Rinder, 17 450 Schweine und 9 380 Schafe aus dem Ausland geschlachtet. Die hieraus gewonnene Schlachtmenge belief sich auf rund 3 800 t. rö



### **Zwei Drittel aller Bauernhöfe aufgegeben**

In Rheinland-Pfalz gab es Mitte dieses Jahres 61 000 landwirtschaftliche Betriebe mit 1 ha und mehr landwirtschaftlich genutzter Fläche. Ihre Zahl hat sich seit 1980, überwiegend als Folge des Generationswechsels, um weitere 3,6% vermindert. Überdurchschnittlich hoch war die Verringerung der Zahl der Betriebe unter 10 ha (— 4 bis 5%). Die Zahl der Betriebe mit 30 bis 50 ha (+ 1,3%) und über 50 ha (+ 6,3%) hat dagegen zugenommen. Die rund 6 000 Betriebe über 30 ha, die nur 10% der Gesamtzahl ausmachten, bewirtschafteten mehr als ein Drittel der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche.

Im Zuge des Strukturwandels in der Landwirtschaft sind seit 1949 zwei Drittel aller Bauernhöfe aufgegeben worden. Gleichzeitig stieg die Zahl der 30 bis 50 ha sowie über 50 ha großen Betriebe um weit mehr als das Sechsfache bzw. um gut das Dreifache an. Die mittlere Betriebsgröße erhöhte sich von 4,9 auf 12,2 ha. lx

### **5,2 Mill. hl Weinmost**

Die diesjährige Weinmosternte in Rheinland-Pfalz wird sich nach vorläufigen Ermittlungen auf insgesamt 5,2 Mill. hl belaufen. Sie übertrifft damit das vorjährige Ergebnis zwar um fast 2 Mill. hl oder gut die Hälfte, bleibt aber infolge der im April eingetretenen Frostschäden um 10% unter der Menge im Sechsjahresdurchschnitt 1975/80. Im vierten Jahr nacheinander wurden damit weniger als 6 Mill. hl erzeugt. Die bisher größte Weinmosternte ist im Jahre 1973 mit 7,7 Mill. hl eingebracht worden.

Die Flächenleistung beträgt 90 hl je Hektar gegenüber 57 hl im Vorjahr und 95 hl im mehrjährigen Durchschnitt. Die Hektarerträge fallen jedoch regional sehr unterschiedlich aus. Während an der Mittel- und Untermosel sowie in der Rheinpfalz teilweise überdurchschnittliche Erträge eingebracht werden konnten, traten insbesondere an Ahr, Saar, Ruwer und Oberrhein sowie am Mittelrhein und an der oberen Nahe wiederum große Verluste ein. Auch in Rheinhessen können die bisherigen Durchschnittserträge nicht erreicht werden. Die Ergebnisse liegen aber in den meisten Gebieten wesentlich über den vielfach sehr geringen Erträgen des Jahres 1980.

Obwohl die letzten Wochen keine Verbesserung mehr brachten und die Lese größtenteils unter schwierigen Bedingungen erfolgen mußte, ist die Qualität des neuen Jahrgangs sehr gut ausgefallen. Das durchschnittliche Mostgewicht beträgt bei Weißmost 73° und bei Rotmost 67° Oechsle. Etwa 58% der Ernte sind für die Herstellung von Qualitätswein und 40% von Prädikatswein geeignet. tg

### **Kühe gaben weniger Milch**

In den ersten neun Monaten dieses Jahres gaben die rheinland-pfälzischen Kühe rund 724 400 t Milch. Das sind 3,2% weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Der Rückgang ist sowohl auf eine verminderte Milchleistung als auch auf einen kleineren Viehbestand zurückzuführen. Vom Gesamtaufkommen gingen 95% an die Molkereien. rö

### **Weniger Wintergerste ausgesät**

Die rheinland-pfälzischen Landwirte haben in diesem Jahr 3% weniger Wintergerste ausgesät als 1980. Die Wintergerstenfläche dürfte sich danach 1982 auf rund 51 800 ha belaufen.

Bei Winterweizen wird sich die Fläche gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig ändern. Für den Roggenanbau ist mit einer erneuten Einschränkung zu rechnen. rö

### **Themen der letzten Hefte**

#### **Heft 8/August 1981**

Ausbildungsplätze 1981  
Bevölkerung 1980  
Ernteaussichten für 1981  
Struktur der Weinbaubetriebe 1979  
Arbeitnehmerverdienste in Industrie und Handel  
1978 bis 1980  
Fahrgastschiffahrt 1970 bis 1980

#### **Heft 9/September 1981**

Behinderte 1980  
Wohngeldempfänger 1980  
Regionale Wirtschaftskraft und Wirtschaftsstruktur 1978  
Das vermögenssteuerpflichtige Vermögen und seine Besteuerung

#### **Heft 10/Okttober 1981**

Medizinische Informatik - ein neues Tätigkeitsfeld der Statistik  
Weiterbildung 1980  
Entwicklung der Rebsorten 1964 - 1979  
Ausbau der Kanalisierung 1963 - 1979  
Technischer Wandel in der Bauproduktion

### **Themen der folgenden Hefte**

Wirtschaftliche Entwicklung 1981  
Neue Verfahren in der Schulstatistik  
Personalkosten im produzierenden Gewerbe  
Schaumweinindustrie  
Wohnungsmarktsituation  
Regionale Entwicklung der Einzelhandelsunternehmen  
Wandlung im Bedarf an Arbeitskräften



### Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden	$\phi$ = Durchschnitt
0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p = vorläufige Angabe
. = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r = berichtigte Angabe
... = Angabe fällt später an	s = geschätzte Angabe
( ) = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist	

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSFESTE RHEINLAND-PFALZ \* 1.-8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz \* Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Satz: Druckerei Gebrüder Wester, Andernach - Druck: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Bezugspreis: Einzelheft DM 2,80, Jahresabonnement DM 28,— zuzüglich Zustellgebühr - Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Mainzer Straße 15/16, Fernruf (0 26 03) 7 12 45, Telex 869 033 stle d oder durch den Buchhandel - Nachdruck mit Quellenangabe bei Einsenden eines Belegexemplars gestattet. ISSN 0174-2914.